



Politische Berichte

Nummer 5 / 14. Jahrgang

25. Februar 1993

G 7756 D Preis 2,00 DM

Regierung bereitet „Bildungsgipfel“ vor. Abitur und Studienzeit sollen kürzer werden

Regierung zur Bildung: Elitebildung, aber kürzer

Anfang Februar haben die Ministerien für Bildung und Wissenschaft und für Forschung und Technologie ein „Grundsatzpapier zur Bildungs- und Forschungspolitik“ vorgelegt, das den Rahmen für eine grundlegende Reform des Bildungswesens setzen soll. Die Bundesregierung hatte im vergangenen Oktober den Auftrag für diese Programmschrift erteilt, die auch einem für den Juni diesen Jahres vorgesehenen „Bildungsgipfel“ die Richtung weisen soll. Das Papier bezieht sich auf Stellungnahmen von Wirtschafts- und Wissenschaftsverbänden und die Bildungsprogramm-Diskussion der CDU.

Hauptthema ist die Hochschul- und Forschungspolitik; mit der allgemeinen Bildungspolitik beschäftigt es sich nur insofern, als ein Zusammenhang zu diesen Bereichen besteht. Dabei figuriert als zentraler Orientierungspunkt „die Sicherung des Standorts Deutschland auch in den Bereichen Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung“.

Zur Reform des *Universitätsstudiums* wird verlangt, die Studiendauer auf vier bis fünf Jahre zu verkürzen, wobei zukünftig zwischen einem berufsbefähigenden Studium und einem darauf aufbauenden Promotionsstudium differenziert werden soll. Die Fachhochschulen sollen ausgebaut werden, so daß sie bis zu 40 % der Studierenden aufnehmen können. Allgemeine Studiengebühren werden nicht befürwortet, allerdings bei Erwägung von Gebühren für Überschreitung der Regelstudienzeiten und bei Zweitstudien.

Die zentralen Forderungen zum *allgemeinen und berufsbildenden Schulwesen* sind die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf zwölf Jahre und „die Ausgestaltung der dualen Berufsausbildung zu einer attraktiven Alternative zum Hochschulstudium“.

In der *Forschung* wird die engere Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft verlangt.

Vieles in dem Grundsatzpapier ist nicht neu, sondern wiederholt Leitlinien, mit denen die Koalition unter der Fahne der Elitebildung in den 80er Jahren angetreten ist. Der Ton hat sich indessen merklich verändert. An die Stelle von Verlautbarungen im Stile breiter Zustimmung fähiger Perspektiven sind teilweise ziemlich barsche Imperative an die Adresse von Ländern und Hochschulen getreten. Überhaupt atmet aus dem Papier eine gewisse Nervosität über den

Mangel an Umsetzung des konservativen Programms.

Der Konflikt mit den Ländern ist an zwei Punkten eklatant. Der eine betrifft die Finanzen. Die Länder sind für die Grundausrüstung der Hochschulen mit Personal- und Sachmitteln verantwortlich. Das betrifft das Lehrpersonal und einen Teil des in der Forschung beschäftigten Personals. Bei den Sachmitteln geht es primär um Gebäude und größere Geräte. Der Großteil der Forschungsvorhaben wird durch zeit- und zweckgebundene Drittmittel für spezielle Sachmittel und die Anstellung befristet beschäftigten Personals finanziert. In den letzten Jahren haben die Länder aber vor allem im investiven Bereich die Mittel in einem Umfang reduziert, der diese Grundausrüstung und damit den Betrieb überhaupt in Frage stellt. Von ihnen wird nun erwartet, daß sie „die Grundausrüstung ihrer Hochschulen dem tatsächlichen Bedarf anpassen“. Im gleichen Zug wird von den Universitäten verlangt, „die von ihnen selbst beschlossene Reform des grundständigen Studiums umgehend durchzuführen“, um den Punkt kategorisch zu enden: „Von der Erfüllung dieser Voraussetzungen ist abhängig, wie sich der Bund künftig an der Finanzierung des Hochschulbetriebs beteiligt“.

Eine andere Kollision bahnt sich bei der Verfassungsreform an. Die von der

Verfassungskommission vorgesehenen Änderungen zur konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes und der Länder und zur Begrenzung der Bundeskompetenzen im Bereich des Hochschulrechts „sind aus der Sicht aller Wissenschaftsorganisationen und von Wirtschaftsorganisationen (die die Ministerien übernehmen) nicht geeignet, die Leistungsfähigkeit des Hochschul- und Forschungssystems zu gewährleisten“. Die Bundesregierung sieht sich hier in ihrem Bestreben nach weiterer Zentralisierung der Bildungspolitik sowohl in der BRD als auch in der EG beeinträchtigt.

Aus dem Papier wird aber noch ein viel grundlegenderes Problem konservativer Bildungspolitik deutlich. Bekanntlich sind unter dem Kriegsruf der Elitebildung Maßnahmen von der Einschränkung der öffentlichen Studienfinanzierung bis zur verschärften Prüfungsselektion in Gang gesetzt worden, um den Zugang zum Studium auf jene zu beschränken, die „dafür geeignet“ seien. Trotz eines zeitweisen Rückgangs in der Mitte der 80er Jahre hält jedoch das Streben nach höher qualifizierenden Bildungsabschlüssen ungebrochen an. Die Zahl der Studienanfänger steigt.

Das darin eben auch sich ausdrückende allgemeine Streben nach Emanzipation von entfremdeten Arbeitsverhältnissen und nach Entwicklung der individuellen Anlagen konnte nicht in die

Schranken gewiesen werden. Im Gegenteil, dieses Streben findet teilweise Rückhalt in der Entwicklung der Anforderungen der industriellen Arbeitsprozesse an die Arbeitskraft selbst. Dieser Zwiespalt äußert sich in dem Papier darin, daß auf der einen Seite die Differenzierung im Schulsystem betont, am Abitur als allgemeiner Hochschulzugangsberechtigung festgehalten wird. Andererseits aber wird die „Herstellung der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung“ als Ziel anvisiert und eine Regelung des Hochschulzugangs für „besonders Qualifizierte ohne formale Hochschulzugangsberechtigung“ gefordert.

Ein ähnlicher Widerspruch begegnet bei der Studienreform. Unter der „Verbesserung der Qualität des Lehrbetriebs“, womit die Zahl der Studienabnehmer gesenkt und die Studiendauer verkürzt werden soll, geraten notwendig jene Prüfungs- und Stoffausweitungen in die Kritik, die seinerzeit eingeführt wurden, um diejenigen vom Universitätsstudium fernzuhalten, die das konservative Dogma von der Begabung für ungeeignet diskreditiert.

In der Bildungspolitik bahnt sich eine tiefgreifende gesellschaftliche Auseinandersetzung an; deren Ausgang ist gegenwärtig alles andere als gewiß.

Quelle: Grundsätze der Bundesregierung zur Bildungs- und Forschungspolitik, 2/93 — (chf)

Familienministerin Rönsch: Kinder für die Bundeswehr!

„Es ist wichtig, Eltern in ihrem Kinderwunsch zu unterstützen. Schließlich braucht der Verteidigungsminister auch genügend junge Soldaten, um eine wehrfähige Armee aufrechterhalten zu können.“ Mit diesem — von faschistischer Familienpolitik nicht zu unterscheiden — „Argument“ hat Bundesfamilienministerin Hannelore Rönsch (CDU) in den *Kieler Nachrichten* am 10. Februar auf den Vorschlag Verteidigungsminister Rühes geantwortet, die Bezieher höherer Einkommen könnten auf das Kindergeld auch verzichten. Die Gleichsetzung Kinder = künftige Soldaten geht nur auf, wenn man von einer totalitären Verfügung des Staates über die ihm unterworfenen Personen ausgeht — bis zu der Möglichkeit, über Leben und Tod seiner „Staatsbürger“ durch Herbeiführung eines Krieges, Mobilmachung und das dann greifende System von Befehl und Gehorsam nach Belieben ohne Widerstandsmöglichkeit der Betroffenen entscheiden zu dürfen. — (rül)

Kurdistan-Konferenz: Kampagne gegen Tourismus

Die 5. Jahrestagung der Kurdistan-Solidaritätsgruppen in der BRD am 20./21. Februar in Frankfurt hat eine Kampagne gegen den Türkei-Tourismus beschlossen. Mit einem bundesweit verbreiteten Plakat, Infoständen und Pressekonferenz bei der Anfang März in Berlin beginnenden „Internationalen Tourismus-Börse“ und einem bundesweiten Aktionstag Anfang April soll der zunehmende Türkei-Tourismus kritisiert werden. 60 Prozent der Hotels und touristischen Anlagen in der Türkei sind in den Händen der türkischen Militärs, die Einnahmen aus dem Tourismus dienen direkt zur Finanzierung des Krieges in Kurdistan.

Außerdem beschloß die Konferenz einen Aufruf „Notfalltaschen für Kurdistan“. Diese sollen die medizinische Versorgung in den kurdischen Gebieten verbessern helfen. Ein Faltblatt und Infomaterial wird bis April fertig.

Dem in Diyarbakir verhafteten deutschen Journalisten Stephan Waldburg und den anderen politischen Gefangenen soll eine Grußbotschaft übermittelt werden. Vertreter des Freundeskreises Stephan Waldburg berichteten über ihre sonstigen Aktivitäten.

Rechtsanwalt Eilard Biskamp berichtete der Konferenz über die Situation in den (inzwischen drei) Strafprozessen gegen Kurdinnen und Kurden vor bundesdeutschen Staatsschutzgerichten und über die Anzeige, die gegen die Bundesregierung wegen „Beihilfe zum Völkermord“ in Kurdistan eingereicht wurde (siehe auch Seite 10).

An der Konferenz nahmen Vertreter von Kurdistan-Solidaritätsgruppen aus 14 Städten teil. — (rül)

Rechte Anschläge auf Linke

Am 24. Januar wurde im thüringischen Schloßheim (Nähe Erfurt) Mario Jödecke von Faschisten in einem Cafe niedergestochen. Der in der autonomen Antifa aktiv gewesene Mario wurde tödlich verletzt. Am 3. Februar wurde der Antifaschist Olaf Heydenbluth im thüringischen Suhl tot aufgefunden. Er hatte eine Platzwunde am Kopf und einen Gürtel um den Hals. Olaf war aktiver Antifaschist, Mitglied der SDAJ, und wurde zuvor bereits mehrfach von Faschisten bedroht. Über die Freiburger Paketbombe haben die Medien noch berichtet, über die Morde in Thüringen nicht. Auch über die Trauerfeiern und die in dem Zusammenhang stattgefundenen Demonstrationen berichtete nur die thüringische Presse. In Mühlhausen beteiligten sich ca. 200 Leute an einem Trauerzug für Mario. In Suhl demonstrierten ca. 1000 Menschen. Als die Veranstaltung bereits beendet war, riegelte die Polizei den Marktplatz ab und stürzte sich auf Demonstrationsteilnehmer. Die PDS-Landtagsfraktion Thüringen legte Protest ein. — (jöd)

Proteste gegen Stilllegungen

Mehrere zehntausend Stahlarbeiter und Bergleute demonstrierten in den letzten Wochen im Ruhrgebiet gegen Betriebsstilllegungen, die von den Konzernvorständen geplant werden. In der Stahlindustrie sprechen die Kapitalisten von der „schwersten Krise seit 1945“. Die Ruhrkohle AG will die ursprünglich bis 1995 geplanten „Anpassungsmaßnahmen“ weitgehend schon in diesem Jahr durchziehen. Bild: Rheinhausen, 17.2.93. — (wof)



Freilassung abgelehnt

Gesetz hält für Willkürentscheidung gegen RAF-Gefangene her

Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat die Aussetzung der lebenslangen Freiheitsstrafe für drei seit fast 18 Jahren inhaftierte Gefangene aus der RAF, Karl-Heinz Dellwo, Lutz Tauber und Hanna Krabbe, abgelehnt. OLG und Bundesanwaltschaft begründen die Ablehnung damit, daß die Gefangenen „nicht an dem gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren zur Prüfung der Aussetzung des Restes der Strafe ... mitwirken wollten“. Das Verfahren sieht vor bedingter Entlassung die Anhörung eines Sachverständigen zwingend vor, und zwar „in 1. Hinsicht“ eines Psychiaters, dem Psychologen und Soziologen beigeordnet werden können. Die Gefangenen hatten ein *psychiatrisches* Gutachten abgelehnt und beantragt, einen Professor für Kriminologie und Strafrecht zu beauftragen. Das OLG hat ihren Antrag in billiger Weise zum Vorwand seiner Ablehnung genommen.

„Die Begutachtung“ trage, schiebt die BAW nach, „dem Sicherheitsbedürfnis der Allgemeinheit Rechnung“.

Selbst wenn man die Kategorien des Strafrechts und der Strafprozedurordnung auf die politischen Gefangenen anlegt, wird die Infamie und kleinliche Verlogenheit dieser Behörde deutlich, die — hier nur nebenbei bemerkt — seit über 20 Jahren jede noch so geringe Lebensäußerung von politischen Gefangenen aufzeichnen läßt. Von Menschen, die wegen schwerer Delikte wie Mord zu lebenslangem Gefängnis verurteilt werden, kann schwerlich verlangt werden, daß sie ihre Tat, die Hintergründe, ihre Motive öffentlich reflektieren. Hier kann ein psychiatrisches Gutachten unter der Fragestellung, „ob keine Gefahr mehr besteht, daß die durch die Tat zutage getretene Gefährlichkeit fortbesteht“ (§454 StPO), nicht grundsätzlich verworfen werden. Demgegenüber aber haben sich die zu lebenslangem Gefängnis verurteilten Gefangenen aus der RAF öffentlich und überprüfbar geäußert. Sie haben die Handlungen, für die sie verurteilt wurden, politisch begründet. Sie haben sich in den langen Jahren

ihrer Haft politisch geäußert, und sie äußern sich heute, haben Stellung zur Erklärung der RAF vom April bezogen, geben Fernsehinterviews, veröffentlichen Beiträge in Broschüren, dem *Angedörigen-Info* ... Nichts, aber auch gar nichts könnte ein psychiatrisches Gutachten im Hinblick auf die „Gefährlichkeit“ der Gefangenen erbringen, was nicht aus den öffentlichen Äußerungen der Gefangenen selbst hervorgeht.

Die Strafverfolgungsbehörden haben, wenn sie den Gefangenen auch den Status politischer Gefangener verweigern, wenigstens deren „politische Motivation“ nie bestritten (sondern straf- und haftverschärfend bewertet). Wenn sie nun stur rechtspositivistisch und dabei das Gesetz eng auslegend auf einem psychiatrischen Gutachten bestehen, machen sie den Gefangenen heute streitig, politische Menschen zu sein. Ihre Berufung auf's Gesetz ist in Wirklichkeit nackte Willkür.

(1) Pressemitteilung des Generalbundesanwalts vom 11.2. — (scc)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn

Neue Mehrwertsteuererhöhung?

Für eine weitere Mehrwertsteuererhöhung noch über die zum 1. 1. in Kraft getretene Anhebung auf 15 Prozent hinaus macht sich der Sachverständigenrat stark. Ohne zusätzliche Abgaben und Steuern, so der Vorsitzende des Sachverständigenrats, Prof. Hax, im Saarländischen Rundfunk, werde man „nicht auskommen“. Dabei solle man „beim Konsum ansetzen; das wäre dann in erster Linie die Mehrwertsteuer“. Mit anderen Worten: Steuererhöhung ja, aber so, daß auch die Ärmsten noch zahlen müssen, damit der Kurs der Steuererhöhungen für die Reichen weitergefahren werden kann.

Parteienfinanzierung: Neuer Streit

Die vom Bundespräsident eingesetzte Kommission zur Neuordnung der Parteienfinanzierung hat ihren Bericht vorgelegt. Sie schlägt vor: Die Abzugsfähigkeit für Parteipenden soll von 60000 DM (Verheiratete 120000 DM) im Jahr auf 2000 bzw. 4000 DM sinken. Für jede Wählerstimme sollen statt bisher 5 DM künftig 0,90 DM gezahlt werden. Zusätzlich sollen die Parteien 0,20 DM je D-Mark Beitrags- und Spendenaufkommen als Zuschuß erhalten. Während CDU und SPD die Vorschläge der Kommission kritisieren, bezeichneten die Grünen die Vorschläge als „konsequent und kompetent“. Die Kommission geht davon aus, daß die staatlichen Zuschüsse um 10 Mio. DM auf 220 Mio. DM im Jahr sinken würden, SPD und CDU befürchten einen Rückgang ihrer Einnahmen um 50 % (CDU) bzw. 60 Mio. DM für alle Parteien zusammen (SPD). Bis Jahresende muß der Bundestag jetzt ein neues Gesetz ausarbeiten.

Länder zu Finanzausgleich

Gegen die Stimmen Baden-Württembergs haben die 16 Länderfinanzminister einen „Gesetzesentwurf zur Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs“ beschlossen. Die Ost-Länder sollen danach ab 1995 zwischen 18,9 und 36,9 Mrd. DM mehr erhalten. Den größten Teil davon wollen die West-Länder zahlen. Sie fordern deshalb eine Anhebung des Länder-Anteils am Mehrwertsteueraufkommen von 37 % auf 45 %. Die Bundesregierung dagegen will eine Senkung des Länderanteils von 37 % auf 33 %. Zusätzlich sollen die Ost-Länder „Bundes-Ergänzungszuweisungen“ (BEZ) erhalten. Hier gibt es Streit um den Betrag: Während die West-Länder u.a. ein „Sonderlasten-BEZ“ von 14 Mrd. DM zugestehen, fordern die Ost-Länder 32 Mrd. DM.

BGS: Infrarot-Grenzkontrollen

Der Bundesgrenzschutz hat seine Grenzkontrollen im Osten mit Infrarot-Nachtsichtgeräten — wie bereits gemeldet — jetzt verstärkt. Seit Anfang Februar sind die elektronischen Warnsysteme auf Radar- und Infrarotbasis an der deutsch-polnischen und der deutsch-tschechi-

schen Grenze im Einsatz, teilt das „Grenzschutzpräsidium Ost“ mit. Bis Mai werde die Erprobung der Geräte abgeschlossen, dann werde das Bundesinnenministerium über die weitere Anwendung entscheiden. Zur Zeit würden an den Grenzen zu beiden Ländern täglich über 200 „illegal einreisende“ Menschen verhaftet und umgehend zurückgeschickt.

Bahn-Privatisierung

Am 17. Februar hat das Bundeskabinett das Gesetzespaket zur „Bahnreform“ verabschiedet, laut Verkehrsminister Krause „eine der größten Unternehmenssanierungen in der deutschen Wirtschaft“. Es sieht die Gründung einer „Deutschen Eisenbahn AG“ bis 1. 1. 94 und anschließend die Privatisierung der Bahn vor. Die Regierung verspricht eine „Entlastung“ des Bundeshaushalts von 139 Mrd. DM bis zum Jahr 2003. Tatsächlich soll die „neue Bahn“ bis dahin 430 Mrd. DM Staatszuschüsse erhalten — angeblich 139 Mrd. DM weniger, als sonst nötiger wären. Den neuen — privaten — Eignern der Bahn winken also enorme Staatszuschüsse.

Beamte: Besoldungssperre bis 1. 5.

Die Besoldung der Beamten wird erst zum 1. Mai dieses Jahres um die beim ÖTV-Tarifabschluß den Arbeitern und Angestellten bereits zum 1. Januar zugestandenen mageren 3 % angehoben. Faktisch bedeutet das eine Anhebung im Jahresdurchschnitt um ca. 2 % — bei einer Teuerung von über 4 % Prozent Reallohnsenkung um über 2 %. Die ÖTV will nichts unternehmen, ihr Sprecher sprach lediglich von einem „Schritt in die falsche Richtung“, während CDA-Chef Fink — offenbar in der Sorge, die Union könne unter den Beamten Anhänger verlieren, über eine „himmelsschreiende Ungerechtigkeit“ wettete.

Ruhe: Neue Allianz — gegen Osten

Eine „neue euro-atlantische Partnerschaft unter Gleichen“ hat Verteidigungsminister Rühle bei seinem Besuch in den USA gefordert. Einzelne Staaten Osteuropas müßten auch Mitglieder der NATO werden können. Damit könnten die Baltikumstaaten, evtl. auch Polen, Slowakei und Kroatien gemeint sein, mit denen der BRD-Imperialismus Allianzen wünscht bzw. — wie bei Kroatien — schon geschlossen hat. Im April 1993 soll bei Heidelberg mit der Aufstellung eines „deutsch-amerikanischen Korps“ begonnen werden, teilte Rühle in einem Vortrag vor der Adenauer-Stiftung in Washington weiter mit.

Was kommt demnächst?

Am 25. Februar beraten die EG-Wirtschaftsminister über die Stahlkrise. Am 26. und 27. Februar tagen die Ministerpräsidenten der Länder, u.a. über „Solidarpakt“ und den Länderfinanzausgleich. Am 4. März will Kohl die Gesetze zum Solidarpakt und zum „Föderalen Konsolidierungsprogramm“ (FKP) im Kabinett verabschieden. Am 7. März sind Kommunalwahlen in Hessen. Am 11./12. 3. ist dann Bund-Länder-Klausur zu „Solidarpakt“ und „FKP“.

Ausländerbeauftragte will „ius soli“ Es gibt aber auch reaktionäre Ziele

Dokumentiert: Aus der Presseerklärung der Ausländerbeauftragten:

„Es ist höchste Zeit“, erklärte Frau Schmalz-Jacobson zu Beginn, „der Tatsache, daß die Bundesregierung längst ein Einwanderungsland geworden ist, rechtlich Rechnung zu tragen“. Mit diesem heute in der Presse vorgestellten Entwurf stellt die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung ihre Forderungen nach Hinnahme doppelter Staatsangehörigkeiten, der Einführung des „ius soli“ bei der Vererbung der Staatsangehörigkeit sowie der Verabschiedung weitergehender Rechtsansprüche auf Einbürgerung in den notwendigen rechtlich einheitlichen Rahmen. ... Zu den Grundsätzen dieses Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Staatsangehörigkeitsgesetzes zählen:

1. Verankerung des „ius soli“

Noch wird die Staatsangehörigkeit in der Bundesrepublik nach dem sogenannten „ius sanguinis“ vererbt; das heißt: die Abstammung ist das entscheidende Moment. Im Gegensatz zur Bundesrepublik sind andere europäische Staaten (z.B. Frankreich und Großbritannien) von diesem Prinzip längst abgegangen. Angesichts der Bevölkerungsentwicklung ist der Übergang zu einer Mischform von „ius sanguinis“ und „ius soli“ auch in unserem Rechtssystem überfällig. Dementsprechend sieht der vorliegende Gesetzesentwurf vor, daß Kinder, die in Deutschland geboren werden, für den Fall, daß beide Elternteile den Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit erlangen.

2. Gleichstellung von nichtehelichen mit ehelichen Kindern

Nach bisherigem Recht gelten nichteheliche Kinder eines deutschen Vaters — anders als die nichtehelichen Kinder einer deutschen Mutter — nicht automatisch mit der Geburt als Deutsche. Diese Ungleichbehandlung wird mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf beseitigt.

3. Einführung weitergehender und neuer Rechtsansprüche auf Einbürgerung

Nach dem bisher geltenden Einbürgerungsrecht sind Rechtsansprüche auf Einbürgerung auch zukünftig der erklärte Ausnahmefall (Paragraph 85 und 86 Ausländergesetz). Der vorliegende Entwurf sieht vor, die Ausnahme zur Regel zu machen, indem vor allem der Kreis der Anspruchsberechtigten erweitert wird. Davon unberührt sind insbesondere folgende Gruppen:

- dauerhaft in Deutschland lebende Ausländer nach achtjährigem Aufenthalt,
- Asylberechtigte nach fünfjährigem Aufenthalt,

- Ehegatten von Deutschen,
- ausländische Kinder, die im Ausland geboren worden sind, wenn sie dauerhaft in Deutschland leben werden.

Die Voraussetzungen, um in den Genuß des Rechtsanspruchs zu gelangen, beschränken sich im wesentlichen auf die Rechtmäßigkeit des Aufenthalts und dessen auf Dauerhaftigkeit angelegte Perspektive.

4. Abkehr vom Grundsatz der Vermeidung von doppelten Staatsangehörigkeiten

Das bisher größte Hindernis für Einbürgerungswillige, nämlich die Forderung nach Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit, wird durch diesen Entwurf grundsätzlich beseitigt. Ist die Hinnahme doppelter Staatsangehörigkeiten bisher die erklärte Ausnahme in der Einbürgerungspraxis der Bundesrepublik, so wird die Hinnahme hier zur erklärten Regel.

„Ich bin mir dessen bewußt“, erklärte Frau Schmalz-Jacobson, „daß gerade die Frage der doppelten Staatsangehörigkeit einer der umstrittensten Punkte in dieser Diskussion ist. Aber erstens sind im Zuge des zusammenwachsenden Europa doppelte Staatsangehörigkeiten gar nicht mehr zu vermeiden — wenn man beispielsweise an die Kinder aus binationalen Ehen denkt — und zweitens ist die Ermöglichung doppelter Staatsangehörigkeiten die Brücke, die wir vor allem der zweiten und dritten Ausländergeneration bauen müssen. Diese Ausländerkinder sind ja längst keine mehr und die sogenannten „Heimatländer“ sind höchstens noch die Heimat der Eltern und Großeltern.“

„Die Änderung unseres Staatsangehörigkeitsrechts“, so Frau Schmalz-Jacobson, „ist aus gesellschaftspolitischen Erwägungen heraus überfällig. Viele Probleme, die sich heute im Feld der Ausländerpolitik stellen, hätten wir gar nicht, wenn wir diesen Menschen, die längst integraler Bestandteil der bundesdeutschen Bevölkerung sind, den Schritt zur Einbürgerung so leicht wie möglich machen. Solange wir die dazu notwendigen Gesetzesänderungen nicht beschließen, ist es unehrlich, bei auftauchenden Problemen die Einbürgerung als Patentlösung anzubieten.“

„Wir müssen erkennen, daß wir mit dieser von mir vorgelegten Gesetzesnovelle nicht allein den Ausländern etwas Gutes tun. Es ist in unser aller Interesse, eventuell vorhandene Konfliktpotentiale frühzeitig zu erkennen und abzubauen. Wie ich schon öfter betont habe: Die Frage lautet längst nicht mehr, ob, sondern nur noch wie wir mit Ausländern zusammenleben wollen. Das von mir heute vorgelegte Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Staatsangehörigkeitsrechts ist eine unverzichtbare Antwort auf dieses „Wie?“.“



Kapitalisten und Regierung treiben in Ost- und Westdeutschland die Teuerungsrate weiter hoch. Für den Januar dieses Jahres meldet das Statistische Bundesamt einen Anstieg der Preise im Westen um 4,4 Prozent — weit mehr, als durch die Mehrwertsteuererhöhung sowieso zu erwarten gewesen ist. Die Kapitalisten haben also ihrerseits noch einmal kräftig auf die Preise draufgeschlagen. Im Osten stieg die Teuerung sogar um 8,9 Prozent. Die Wohnungsmieten lagen hier im Januar um 58,8 Prozent höher als ein Jahr zuvor. (Bild: af/mz)

Behindertenverbände fordern ein Diskriminierungsverbot im GG

Mehrere Behindertenverbände haben sich im *Initiativkreis Gleichstellung Behindertener* zusammengeschlossen, der am 15. 1. 93 vor den Berichterstattern der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bund und Ländern seine Vorstellungen über die Aufnahme einer Vorschrift zugunsten Behindertener in Art. 3 GG erläutern konnte. In einem Offenen Brief an die Verfassungskommission bekräftigte der *Initiativkreis* anschließend seine Forderungen. Es folgen Auszüge daraus:

Bei der Anhörung „wurde deutlich, daß ausnahmslos alle Behinderten-Verbände, -Organisationen und -Initiativen gemeinsam eine Ergänzung des Grundgesetzes befürworten. Wir konnten dabei nach unserem Eindruck die anwesenden Mitglieder Ihrer Kommission durchaus von unserem Anliegen überzeugen ... Eine solche in der Geschichte der Bundesrepublik nahezu einmalige Übereinstimmung konnte vor allem deshalb erreicht werden, weil neben den Spitzen der jeweiligen Organisationen vor allem die Behinderten in ganz Deutschland in großer Geschlossenheit hinter dieser Forderung stehen. Bereits

zum 5. Mai 1992 haben sich Behinderte in mehr als 40 Städten an Protestaktionen, Demonstrationen und Diskussionsveranstaltungen beteiligt. (...)

Wir sind uns darüber im klaren, daß die unmittelbaren Auswirkungen eines mit Verfassungsrang ausgestatteten Benachteiligungsverbotes nicht überschätzt werden dürfen. Ihre Entscheidung wird jedoch als wichtiges Signal verstanden werden: entweder für eine stärkere Solidarisierung des sozialen Rechtsstaats mit behinderten Menschen oder als Zurückweisung durch eine allein auf die Belange Nichtbehinderter ausgerichtete Gesellschaft.

In einer Zeit, in der an deutschen Universitäten das Lebensrecht behinderter Menschen zur Diskussion gestellt wird, in der sich eine zunehmende Gewaltbereitschaft auch gegen Behinderte richtet und in der sich viele von uns zunehmend bedroht und ausgegrenzt fühlen, hoffen wir auf eine eindeutige Stellungnahme des Verfassungsgebers. Das Vertrauen einer großen Bevölkerungsgruppe in den Rechtsstaat, das in dieser Hoffnung zum Ausdruck kommt, müßte bei einer Zurückweisung Schaden nehmen und wür-

de die Abwendung von den Institutionen des Gemeinwesens verstärken. (...)

Nach Art. 3 Abs. 3 GG darf niemand wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache etc. benachteiligt oder bevorzugt werden. Diese Benachteiligungsverbote, die wir um eine Vorschrift für Behinderte zu ergänzen vorschlagen, waren vor allem eine rechtsstaatliche Reaktion auf das nationalsozialistische Unrechtsregime. Insoweit stellt bereits die Tatsache, daß Behinderte bisher dort nicht genannt sind, eine nicht zu rechtfertigende Benachteiligung dar. Auch Behinderte waren Opfer des Nazi-Terrors, was allerdings unmittelbar nach 1945 verborgen nicht so gesehen wurde. Das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, das u.a. die Sterilisation Behindertener zuließ, wurde z.B. nicht wie andere Gesetze als nationalsozialistisches Unrecht außer Kraft gesetzt. Wir möchten Sie bitten, auch insoweit dieses Verstoßnis des Parlamentarischen Rates nachzuholen. (...)

Quelle: Pressemitteilung der ISL vom 4. 2. 1993 — (wjw).

Präsident Clintons Rede vor den vereinigten Kammern des Kongresses am 17.2. konzentrierte sich auf sein Wirtschaftsprogramm, „new direction“ (Neue Richtung) genannt. Anders als bei Reagan und Bush spielten Aussagen über die politische und militärische Führungsrolle der USA in der Welt nur eine untergeordnete Rolle.

Klar ist jedoch, daß Clinton's Wirtschaftsprogramm die US-Wirtschaft auf die geänderte Lage auf dem Weltmarkt vorbereiten soll: „Und in diesem geschichtlichen Augenblick, in dem der Kommunismus geschlagen ist, die Freiheit sich um den Erdball verbreitet, in dem eine neue globale Wirtschaft sich vor unseren Augen zu entwickeln beginnt, sind wir Amerikaner aufgerufen, uns mit dieser veränderten Lage zu ändern...“ (Clinton in seiner Rede am 17. Februar)

Sein Wirtschaftsprogramm, soweit ausgearbeitet und bekannt gemacht, hat zwei Hauptkomponenten: Wirtschaftsanhebung und Defizitreduzierung. Für die kurzfristige Wirtschaftsanhebung sind 30 Mrd. \$ für Straßenbau und andere öffentliche Baumaßnahmen vorgesehen, die eine halbe Million Arbeitsplätze schaffen sollen. Für die langfristige Gesundheit der Wirtschaft müsse das Defizit reduziert werden: „Das Kernstück unseres Plans ist langfristig. Er hat ein Investitionsprogramm, das darauf ausgelegt ist, öffentliche und private Investitionen in Bereichen zu erhöhen, die kritisch für unsere wirtschaftliche Zukunft sind. Und er hat einen Defizitreduzierungsplan, der die Spareinlagen erhöhen wird, die für Investitionen im privaten Sektor zur Verfügung stehen, die Zinsen senken wird, den Anteil des Bundeshaushalts senken wird, der für Zinszahlung beansprucht wird, und das Risiko von Störungen der Finanzmärkte senken wird, die die Wirtschaft negativ beeinflussen könnten.“

Unter dem Titel „Defizitreduzierung“ ist eine Mischung aus Steuererhöhung und Ausgabenkürzung angekündigt. Einige der Steuererhöhungen, geordnet nach der Höhe des Steueraufkommens für die Jahre 1993-98 (in Klammern):

- für Einkommen über 140000 \$ im Jahr soll der Spitzensteuersatz von 31 % auf 36 % erhöht werden, eine 10 %ige Zusatzsteuer auf Einkommen über 250000 \$ pro Jahr; (zusätzliches Steuer-

Clintons Wirtschaftsprogramm: „Wir sitzen alle in einem Boot“

aufkommen 1993-1998: 126 Mrd. \$);

- Energiesteuer auf Öl, Kohle und Gas: (79 Mrd. \$);
- Erhöhung der Steuern auf Unternehmensgewinne über 10 Mio. \$ (0,1 % aller Unternehmen) von 34 % auf 36 %: (31 Mrd. Dollar);
- die Bemessungsgrundlage für die Medicare-Beiträge, z. Zt. 135000 \$ im Jahr, soll fallen: (29 Mrd. \$);
- Erhöhung der Besteuerung von Einkünften aus der gesetzlichen Rentenversicherung von 50 % auf 85 % für Ehepaare mit Gesamteinkommen über 32000 \$ im Jahr: (21 Mrd. \$);
- Reduzierung der Absetzbarkeit von Spesen für Geschäftsmahlzeiten und Bewirtschaftung von 80 % auf 50 %: (16 Mrd. \$). (Es ist unglaublich, aber diese Zahl bedeutet, daß um die 10 Mrd. \$ pro Jahr an Spesen abgesetzt wird. Die Kapitalistenbande scheint auf Spesen zu leben).

An Steuererleichterungen sind vorgesehen:

- Investitions-Steuerkredit, temporär für große Betriebe, auf Dauer für kleine Betriebe: (29 Mrd. \$);
- Steuerkredit für niedrige Einkommen aus Arbeit: (27 Mrd. \$);
- Steuerkredit für Forschung: (10 Mrd. \$);
- Subventionen für sozialen Wohnungsbau: (6 Mrd. \$);
- Steuerkredit für betrieblich geförderte Ausbildung: (5 Mrd. \$).

Auf der Ausgabenseite sind folgende Kürzungen vorgesehen (in Klammern die Einsparungen von 1993-98):

- Militär: weniger neue Waffensysteme, geringere Truppenstärke, Einfrieren des Solds in 1994 und geringere Erhöhungen danach: (127 Mrd. \$);
- Begrenzung der Krankheitsversorgungskosten, keine Details angegeben: (60 Mrd. \$);
- Gehaltseinfrierung für die Beschäftigten des Bundes in 1994 und Erhöhungen unter der Inflationsrate danach: (11 Mrd. \$);
- Beseitigung von hunderttausend Stellen im Öffentlichen Dienst des Bun-

des: (12 Milliarden US-Dollar).

Ausgabenerhöhungen sind geplant für:

- Ausbildung: Abgeltung von Studienkrediten durch Sozialen Dienst, Lehrlingsprogramm, Fortbildung und Umschulung für Arbeiter: (38 Mrd. \$);
- Technologie: nationales schnelles Computernetzwerk u.a.: (17 Mrd. \$);
- Wohnungsbau und Stadtentwicklung: (10 Mrd. \$);
- Verkehr: Massenverkehrsmittel, Schnellbahn: (8 Mrd. \$);
- Umwelt: (8 Mrd. \$);
- Energie: Kernfusionsforschung, Entwicklung von erneuerbaren Energiequellen, Energieeffizienz: (3 Mrd. Dollar).

Im übrigen griff Clinton in seiner Rede viele seiner Wahlversprechen auf, die nach der Wahl gewöhnlich schnellstens vergessen werden. Geht man von den gegenwärtigen Vorschlägen aus — was am Ende als Gesetz herauskommt, wird wahrscheinlich viel schlimmer sein — dann ist im wesentlichen nur die höhere Besteuerung der Rentner aus der Mittelklasse ein Abgehen von seinen Wahlversprechen und die Senkung der Einkommensgrenze der höheren Besteuerung für „die Reichen“ von 200000 auf 140000 \$ Jahreseinkommen.

Neu ist die starke Betonung der Defizitreduzierung. Das war ein Spezialthema von Ross Perot, aber nicht Clintons hauptsächliches Wahlkampfthema. Reagan und Bush haben von der Defizitreduzierung immer geredet, aber das Defizit ist nur größer geworden. Es scheint, als habe es die Mächtigen nicht gestört.

Was hat sich geändert, daß die Kapitalistenklasse Clinton geheißt hat, als erstes das Defizit zu senken? Clinton's Rede gibt eine Antwort: das flüssige Kapital für Investitionen wird knapp und der Zins könnte steigen, wenn ein immer größeres Defizit finanziert werden muß. Bislang hatten die Kapitalisten trotz niedriger Zinssätze kein großes Interesse, Geld für Investitionen zu leihen, weil die Rezession keine besonders rosigen Profitaussichten verhieß. Geldkapital lag

herum und suchte nach Anlage. Das Finanzkapital war für Haushaltsdefizite als sichere Geldanlage. Jetzt scheint die Rezession soweit überwunden, daß die Ka-

pitalisten Profite wittern. Billiger Kredit muß her. Regierungsanleihen sind eine lästige Konkurrenz, verteuern gesetzmäßig den Kredit. — (ger, her)

Clinton: Die ersten zwei Minuten

Es war immer die Strategie der Reaganauten, enorme Defizite zu machen und das dann als Keule zu benutzen, um die Demokraten weich zu klopfen. Es hat funktioniert. Das einzige Wort aus Washington ist der „Gewinn durch Schmerz“-Schwulst bezüglich der Notwendigkeit, das Defizit zu kürzen und das ganz auf Kosten der Leute, denen Clinton versprochen hatte, daß er sie nie reinlegen werde.

Inzwischen spiegelt sich die wirkliche strukturelle Krise der Wirtschaft zunehmend, Tag für Tag, in den Zeitungen: Entlassungen, Frühverrentungen, Lohnkürzungen. (Es folgt eine Liste aus dem Wirtschaftsteil der *New York Times* vom Wahltag bis zum 1. Februar 1993 über geplante Entlassungen, die, wie die Autoren versichern, bei weitem nicht vollständig zu sein braucht. Es fehlt hier der Platz, die Liste abzuzeichnen. Eine Addierung ergibt jedoch 240000 geplante Entlassungen für das Frühjahr 1993 und danach. Betriebe aus verschiedensten Produktionsbereichen wie Automobil-, Chemie-, Computer-, Lebensmittelindustrie sind auf der Liste. Die Entlassungswelle sei derzeit noch im Anschwellen, lassen die 500 größten Firmen verlauten, die ihre Belegschaften in den Jahren 1981 bis 1991 um 3,6 Millionen Beschäftigte verringert haben.)

Sag nicht, wir hätten nicht davor gewarnt.

Man hört nichts mehr von der Schaffung von guten Arbeitsplätzen. Arbeitsplatzschaffende Strategien wie

verkürzte Arbeitswoche werden nicht mal diskutiert. Clintons Berater folgen dem wirtschaftspolitischen Konzept, das Ross Perot entwickelt hat, mit allen seinen Schwächen und keiner seiner Stärken. Es gibt eine Menge Dinge, die man tun könnte, aber das würde bedeuten, daß man die Bundesbank zwingen müßte, die langfristigen Zinsen zu senken, indem sie ihre Anleiheausgabe auf die langfristige Seite des Marktes verlagern. Aber das würde bedeuten, Wall Street zu erzürnen, die Firmenanleihen (höherer Zins, fette Provisionen) verkaufen wollen ohne viel Konkurrenz von Regierungsanleihen. Je niedriger das Defizit, umso weniger Neuausgaben von Regierungsanleihen.

Defizite sind nicht unter allen Umständen schlecht. Der Punkt ist, wofür man sie benutzt. Unter Reagan/Bush waren sie eine Methode, um Geld in der gesellschaftlichen Pyramide nach oben zu pumpen. Unter Clinton werden sie das Instrument sein, mit dem die unteren 60 % dieser Pyramide diszipliniert werden, z. B. mit seinen unglaublichen Sozialhilfeforhaben, die es den Bundesstaaten erlaubt, alle öffentliche Unterstützung einzustellen, wenn es ihnen paßt. Alle zwölf Jahre bekommen wir einen Demokratischen Präsidenten, damit er die Drecksarbeit macht, die sich die Republikaner nicht getrauen. Jimmy Carter wartete zwei Jahre, bevor er eine Sparprogramm erließ, Clinton wartete zwei Minuten.

Eigene Übersetzung aus: *The Nation*, 22.2.1993

Am 4.2. hat der Bundestag über das „Standortsicherungsgesetz“, am 10. Februar über den Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung in einer ersten Fragestunde beraten. Die Vertreter der Regierung räumten in beiden Beratungen ein, daß sich die Wirtschaft der BRD-Konzerne in einer schweren Krise befindet. Wirtschaftsminister Rexrodt erklärte, die BRD sei „in eine Phase des zyklischen Abschwungs eingetreten, und wir wissen noch nicht, wann dieser Abschwung zum Ende kommt.“

Insbesondere bei den wirtschaftlichen Verwüstungen der BRD-Konzerne im Osten sieht die Regierung noch kein Ende. Wieder Rexrodt: „Ich bin mir nicht sicher, ob wir im Industriebereich bereits auf der Talsohle angekommen sind, aber ich gehe davon aus, daß wir uns der untersten Linie nähern.“ Zusätzlich werden auch im Westen die Krisenmeldungen von Tag zu Tag dramatischer. Die Automobilindustrie meldet Absatzverluste über 25 Prozent im Januar, bei Stahl und Kohle sind Massenentlassungen angekündigt. Rexrodt: „Die Märkte brechen weg.“

Die Wirtschaftspolitik der Konzerne, von Bundesbank und Regierung nimmt in dieser Lage immer mehr Züge der Brünningschen Notverordnungspolitik Anfang der 30er Jahre und der Reichsbankpolitik unter dem faschistischen Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht an: Autobahnbauprogramme und ähnliche Großprojekte insbesondere im Osten, massive Steigerung der Kapitalexperte der BRD-Konzerne, begleitet durch Abkommen mit den Staaten in Osteuropa, um sich deren Märkte zu unterwerfen, Arbeitsdienst, direkte Staatshilfe für große Konzerne und schwere Angriffe auf den Lebensstandard der Lohnabhängigen.

Lohnsenkung

In ihrem Jahreswirtschaftsbericht geht die Regierung noch von der zweifelhaften Annahme aus, daß schon im zweiten Halbjahr dieses Jahres die Absatzzahlen der Konzerne wieder ansteigen werden. Vorbedingung seien Lohnsenkungen. Finanzminister Waigel: „Die Lohnpolitik in West und Ost war in den letzten

BRD-Krisenprogramm: Kapitalexport, Steuergeschenke, Arbeitsdienst

Jahren überzogen und bedarf der Korrektur... um in der zweiten Hälfte dieses Jahres den Anschluß an den Aufschwung und an die internationale Konjunktur wiederzugewinnen.“

Steuersenkung für die Reichen

Steuersenkungen sollen vor allem den großen Konzernen zusätzliche Liquidität verschaffen. So räumen Regierungssprecher offen ein, daß das sogenannte „Standortsicherungsgesetz“ mit seiner massiven Senkung von Einkommens- und Körperschaftsteuer für Spitzenverdiener und der Senkung der Erbschaftsteuer (u.a. Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer von 53 auf 44 % und entsprechende Senkung der Körperschaftsteuer, siehe *Politische Berichte* 1/93) vor allem diesem Zweck dient. Der FDP-Abgeordnete Rind erklärte, „daß wir jetzt — dazu kennen wir uns auch — mit dem Standortsicherungsgesetz schwerpunktmäßig natürlich die großen Unternehmen im Blickfeld haben, die sich im internationalen Wettbewerb u.a. wegen der Steuerbelastung nicht mehr behaupten können.“

Ungehinderte Bereicherung der ohnehin Reichen gilt weiter als Gipfel wirtschaftlicher Vernunft: „Es ist betriebswirtschaftlich unvernünftig und volkswirtschaftlich schädlich, die Gewinne im Unternehmen einzusperren.“ (FDP-Sprecher Rind) Ganz in diesem Sinne überlegt die Regierung sogar eine Ausweitung der Steuergeschenke für die Reichen. So deuteten FDP-Sprecher an, man wolle nach der Erbschaftsteuer auch die Schenkungssteuer reduzieren, und betonten, ihre Partei halte an dem Ziel einer völligen Abschaffung der (kommunalen) Gewerbesteuer fest.

Kapitalexport in Billiglohnländer

Die BRD-Konzerne beabsichtigen, in den nächsten Jahren ihre Auslandswerke

in Billiglohngebieten rasch auszubauen und so ihre beherrschende Stellung auf dem europäischen Markt und ihre Stellung auf dem Weltmarkt weiter zu verstärken. „Die Bundesrepublik Deutschland hat sich... ein beträchtliches Auslandsvermögen aufgebaut. Zusammen mit Japan steht Deutschland an der Spitze der Gläubigernationen der westlichen Welt“, faßt die Bundesbank in ihrem neuesten Monatsbericht die derzeitige Stellung der BRD-Konzerne in der imperialistischen Konkurrenz zusammen. Das Netto-Auslandsvermögen der BRD (d.h. abzüglich Kapitalanlagen von Auslandsunternehmen und -personen in der BRD) hat inzwischen einen Umfang von 341 Mrd. Dollar (Zum Vergleich: Japan 383 Mrd. Dollar, USA 1.362 Mrd. Dollar). Daraus flossen allein 1992 netto 14 Mrd. DM an BRD-Konzerne und -Privatleute. Brutto, d.h. ohne Abzug der entsprechenden Geldabflüsse ins Ausland, betrugen die Kapitalerträge von BRD-Konzernen und -Privatpersonen aus Auslandsvermögen 1992 sogar 120 Mrd. DM!

Dieses enorme Auslandsvermögen wollen die BRD-Konzerne in den nächsten Jahren zügig weiter ausbauen. Wieder Waigel: „Es geht um die ökonomische und damit um die politische Rolle, die unser Land in der Gemeinschaft der Industrienationen in den kommenden Jahren einnehmen will.“ Dementsprechend findet man in der Presse inzwischen fast genauso zahlreich wie die Meldungen über neue Entlassungen Hinweise auf neue Auslandswerke von BRD-Konzernen, in Mexiko, Korea, Indien, Singapur usw.

Eine auffällige Bedeutung hat dabei das Ostgeschäft. Bei der kurzen Aussprache zur Stahlkrise am 10. Februar betonten alle Sprecher der Regierungsparteien, die Importe von Stahl aus Osteuropa (die dortigen Stahlwerke bieten aus Verzweiflung über fehlenden Absatz

im Inland den Stahl inzwischen zu Spottpreisen auf den westeuropäischen Märkten an) und von Kohle sollten weiter steigen. Wirtschaftsminister Rexrodt: „Ziel (in der Stahlpolitik, d. Red.) muß ein konsequenter Abbau vorhandener Überkapazitäten sein. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das Stahlangebot insbesondere aus unseren östlichen Nachbarstaaten nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ mittelfristig eher steigen als abnehmen wird.“ CDU-Sprecher Ramsauer ergänzte, am „Existenzkampf der deutschen Stahlindustrie“ seien auch politische Entscheidungen schuld:

„Beispiel 1: Die hohen Energiekosten für Strom und Kohle. Kohle aus osteuropäischen Ländern ist beispielsweise frei Anschlußgleis Bayern um ca. 100 DM pro Tonne günstiger als die gleiche Menge Kohle aus dem Ruhrgebiet. Hinzu kommt auch noch, daß die tschechische Kohle wegen ihres geringeren Schwefelanteils besser als die heimische ist.“

Beispiel 2: Die hohen Personalkosten. Hier sind die Tarifpartner gefragt. Während in der deutschen Stahlindustrie die Personalkosten bereits auf 22 % der gesamten Produktionskosten gestiegen sind, liegen sie in den osteuropäischen Ländern... bei ganzen 4 %.“

Dabei denkt man beim Stahlverband aber keineswegs an eine einfache Öffnung für Ost-Importe. Geplant scheinen eher „kontrollierte“ Importe, um auf diese Weise die Ostlieferanten direkt zu beherrschen und mit diesen Lieferanten im Rücken Konkurrenten im Westen — im Bundestag war u.a. die Rede von spanischen Stahlwerken — angreifen zu können. Das entspricht in vielen Punkten der Reichsbankpolitik unter Schacht in den 30er Jahren, als sich der deutsche Imperialismus mit bilateralen, von Staat und Reichsbank begleiteten Abkommen schon einmal einen beherrschenden Zu-

griff auf die Volkswirtschaften in Osteuropa zu erobern begann.

... Arbeitsdienst

Ein solcher Kurs bedeutet für die Lohnabhängigen im Inland: Weiterer massiver Anstieg der Arbeitslosigkeit, Verödung ganzer Regionen (wie im Osten) und soziales Elend. Für den Fall einer Vertiefung der Krise bereitet man bereits Arbeitsdienst vor. Der CDU/CSU-Abgeordnete Fritz in der Stahldebatte am 10.2. im Bundestag: „Ich denke daran, daß wir die Bundesregierung darum bitten sollten zu prüfen, ob man nach §249h des AFG Arbeitskräfte, die freigesetzt wurden, im Umweltschutzbereich im weitesten Sinne einsetzen kann, wobei das Arbeitslosengeld als Zuschuß gewährt werden kann. Damit könnte man einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, Altstandorte freizusetzen, aufzuräumen, von Altlasten zu befreien und dadurch schneller für die Wirtschaftsförderung, für neue Arbeitsplätze zu recyceln.“

Der SPD-Abgeordnete Schreiner kritisierte das zu Recht: „Davor kann ich Sie nur warnen. Sie scheinen nicht ganz zu wissen, wovon sie reden. Das Instrument des §249h führt im Ergebnis zu arbeitsdienstähnlichen Verhältnissen. Ich will ihnen das in zwei Sätzen belegen. Diejenigen, die §249h unterliegen, müssen bereit sein, zu untertariflichen Löhnen zu arbeiten. Wenn sie dazu nicht bereit sind, werden sie mit Sperrfristen belegt.“

Ausblick

Alle Elemente des oben geschilderten Regierungskurses gehen davon aus, daß die Krise bereits im zweiten Halbjahr wieder nachlassen wird. Inzwischen mehrten sich aber selbst im Regierungslager die Zweifel, ob dies noch realistisch ist. Für den Fall einer weiteren Vertiefung der Krise muß man damit rechnen, daß die Zwangsmaßnahmen gegen die Lohnabhängigen und die direkten Zuschüsse an große Konzerne noch stärker ausgebaut werden.

Quellen: Bundestagsprotokoll vom 4. und 10. Februar 1993; Bundesbank-Monatsbericht, Januar 1993 — (rül)

Nachfolgend dokumentieren wir den Beitrag von Prof. Dr. Velkov Valkanov, Präsident des Komitees für Menschenrechte Bulgariens, den er am 16. 1. auf dem Internationalen Hearing „Berufsverbote im vereinigten Deutschland und das neue Europa“ vorgetragen hat (s. a. Politische Berichte Nr. 4/93). — (har)

In Bulgarien, wie auch in den anderen osteuropäischen Staaten, ist Demokratie zu einem Schlüsselwort geworden. Selbstverständlich ist die Demokratie nicht nur einfach ein Wort. Sie ist ein realer Prozeß. Er wird von Millionen Menschen auf Initiative der linken Kräfte, die sich seit langem der erschöpften Möglichkeiten des bürokratisch-totalitären Systems bewußt sind, verwirklicht.

Doch werden immer häufiger die von der Demokratie angebotenen Mechanismen für eine undemokratische Lösung der vor der Gesellschaft stehenden Probleme genutzt. An die Macht gekommen, starteten die rechten Kräfte den sogenannten Systemwechsel. Darunter verstehen sie die Durchsetzung der Herrschaft ihrer eng gruppengebundenen Klasseninteressen. Sie begannen den Kampf um Restauration des politischen und wirtschaftlichen Systems aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, um Rehabilitierung des Faschismus, um eine rücksichtslose Restitution, um Ausplünderung des staatlichen Eigentums durch eine antisozial ausgerichtete Privatisierung.

Ihre Politik hatte eine massenhafte Vernichtung materieller und geistiger Werte, die im Sozialismus geschaffen worden waren, zur Folge. Der Rückgang in der Industrieproduktion beträgt schon fast 50 %, die Landwirtschaft wurde grausam zerstört (gegen den Willen der Menschen wurden die Genossenschaften aufgelöst und deren Besitz buchstäblich ausgeplündert), die Arbeitslosigkeit erreichte immense Ausmaße, die Kriminalität nahm zum Verzeifeln stark zu (über das Dreifache), die Kultur wurde als unnützes Zeug weggeworfen (an ihrer Stelle blüht die Pornographie).

Um sich den Erfolg ihrer gegen das Volk gerichteten Sache zu sichern, unternahmen die neuen Machthaber die sogenannte „Dekommunisierung“, die für sie Vertreibung Tausender Menschen, die ihnen ungenügend zuverlässig scheinen, von ihren Arbeitsplätzen bedeutet.

„Dekommunisierung“ Bulgariens wird wegen Verletzung der Demokratie bekämpft

Beim Komitee für Menschenrechte gehen viele Beschwerden von Bürgern ein, die der „Dekommunisierung“ ausgesetzt sind.

Es werden verschiedene Formen und Anlässe für eine Entlassung genutzt. Am häufigsten wird die Form des sogenannten Abbaus angewandt: Bestimmte Dienststellen werden für abgebaut erklärt, und aus diesen Grunde werden die jeweiligen Personen entlassen. Doch gleich danach werden diese Dienststellen wieder hergestellt (unter einer anderen Bezeichnung), und schon werden nun neue, dem Regime treue Personen angestellt.

Zum größten Bedauern schloß sich dem Prozeß der „Dekommunisierung“ auch das gesetzgebende Organ unseres Landes — die Volksversammlung — an. Damit wird versucht, der „Dekommunisierung“ eine Normativbasis zu geben.

In der Volksversammlung wurden eine Reihe von Gesetzentwürfen über die „Dekommunisierung“ zu unterschiedlichen Bereichen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens eingebracht. Die wesentlichen von ihnen sind:

— Gesetzentwurf über die Überwindung der Folgen der kommunistischen Führung in den staatlichen und kommunalen Organen, in den Organen der richterlichen Gewalt und in den staatlichen und kommunalen Unternehmen und Institutionen,

— Gesetzentwurf über die Dekommunisierung im staatlichen Bereich,

— Gesetzentwurf über die Demokratisierung,

— Gesetzentwurf über zusätzliche Anforderungen an wissenschaftliche Einrichtungen und die oberste Attestierungskommission.

In speziellen Gesetzen wurden manchmal auch einzelne Normen mit „dekomunisierender“ Wirkung eingeführt. Solche Gesetze sind z. B. das Gesetz über die Banken und das Kreditwesen und das Gesetz über die Änderung und Ergänzung des Rentengesetzes.

Von allen eingebrachten Gesetzesentwürfen hat die Volksversammlung bis-

her drei verabschiedet. Das erste Gesetz ist das Gesetz über die Banken und das Kreditwesen, das in § 9 (seiner vorübergehenden und abschließenden Bestimmungen) die Wahl in leitende Gremien der Banken oder die Einstellung auf bestimmte Posten von jenen Personen verbietet, die in den letzten fünfzehn Jahren in die zentralen, Bezirks-, Stadt- und Gemeindeleitungen der BKP (Bulgarische Kommunistische Partei, Anm. d. Red.), des Dimitroffschen Kommunistischen Jugendverbandes, der Vaterländischen Front, des Verbandes der aktiven Widerstandskämpfer gegen Faschismus und Kapitalismus, der Bulgarischen Gewerkschaftsverbände und der Bulgarischen Bauernpartei gewählt worden waren oder leitende Stellen im ZK der BKP bekleidet haben, die Angestellte oder Mitarbeiter der Staatssicherheit waren.

Dieses Verbot, wie zu verstehen ist, erstreckt sich auf die leitenden Ämter bei allen Arten von Banken, d. h. auch auf die privaten Banken.

Es betrifft alle Personen, die einst in die aufgeführten Organisationen gewählt worden waren, auch jene, die zu einem späteren Zeitpunkt aus diesen austraten oder ausgeschlossen wurden. Das Verbot bezieht sich auch auf jene Mitarbeiter der Staatssicherheit, die für den Schutz der nationalen Sicherheit gearbeitet haben.

Das zweite verabschiedete Gesetz ist das Gesetz über die Änderung und Ergänzung des Rentengesetzes vom 12. Juni 1992. Kraft Artikel 10a dieses Gesetzes wurden jenen Personen, die leitende Ämter in der BKP, der Vaterländischen Front, des Dimitroffschen Kommunistischen Jugendverbandes und des Verbandes der aktiven Widerstandskämpfer gegen Faschismus und Kapitalismus innehatten, die erworbenen Dienstjahre nicht anerkannt. Tausende Bürger, die ihren Arbeitsverpflichtungen in einer dieser gesellschaftlichen Organisationen nachgegangen waren und für die die jeweiligen Versicherungsbeiträge geleistet wurden, sollten Kraft dieser Bestimmung rückwirkend ohne Rente bleiben.

Das dritte verabschiedete „Dekommunisierungsgesetz“ ist das Gesetz über die vorübergehende Einführung einiger Anforderungen an die Mitglieder der leitenden Gremien wissenschaftlicher Einrichtungen und an die oberste Attestierungskommission. Mit diesem Gesetz wurde verboten, daß bestimmte wissenschaftliche Ämter — Lehrstuhlleiter, Mitglied wissenschaftlicher oder Fakultätsräte u. a. — von Personen bekleidet werden, die bestimmte Stellen in den Strukturen der BKP hatten oder Lehrkräfte wie auch Absolventen bestimmter wissenschaftlicher Einrichtungen (z. B. der Akademie für Gesellschaftswissenschaften) oder Lehrkräfte in bestimmten wissenschaftlichen Disziplinen waren.

Unter die Wirkung dieses Gesetzes fallen nicht nur BKP-Mitglieder, sondern auch viele Parteiloze. Gemäß Art. 3 P. 3 dieses Gesetzes dürfen auch alle Personen, die unmittelbar dem Politbüro oder dem Sekretariat des ZK der BKP unterstellte Posten innehatten, die im Gesetz vorgesehenen Ämter nicht bekleiden. Somit fallen unter dieses Gesetz alle, die vor dem 10. November 1989 Professoren wurden, soweit die Professur unmittelbar dem Sekretariat des ZK der BKP unterstand. Aber ein großer Teil derjenigen, die vor dem 10. November 1989 Professoren wurden, sind parteilos.

Alle diese Gesetze verletzen zutiefst die Grundnormen unserer Verfassung, insbesondere Artikel 6 Absatz 2 und Artikel 38, die keinerlei Einschränkungen der Rechte der Bürger aufgrund von politischer Zugehörigkeit oder Gesinnung zulassen.

Grob verletzen diese Gesetze auch die internationalen Verträge über die Menschenrechte, insbesondere Artikel 2, Absatz 2 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte wie auch Artikel 14 der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Bulgarien ist Vertragspartei in beiden Akten.

Unsere Öffentlichkeit lebte mit der Erwartung, daß der Präsident der Republik Bulgarien diese Gesetze an die Volksversammlung zur erneuten Erörte-

rung zurückweisen würde. Leider erfolgte das nicht.

Aber wir, eine Gruppe Linke-Abgeordnete, fochten diese Gesetze vor dem Verfassungsgericht an. Zu unserer riesigen Genugtuung verkündete das Verfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit der Dekommunisierungsbestimmungen im Gesetz über die Banken und das Kreditwesen und im Gesetz über die Änderung und Ergänzung des Rentengesetzes.

Zum dritten Gesetz — über die Dekommunisierung in der Wissenschaft — hat das Verfassungsgericht sein Urteil noch nicht gefällt, doch glauben wir, daß das Verfassungsgericht auch in diesem Fall auf der nötigen Höhe seiner Verantwortung sein wird.

Die progressive Öffentlichkeit bei uns widersetzt sich entschieden den antidemokratischen und verfassungswidrigen Aktionen, die auf „Dekommunisierung“ des Staates und unserer Gesellschaft ausgerichtet sind. Es wird immer deutlicher, daß diese Aktionen nicht allein in die Grundrechte des Menschen eingreifen, sondern auch eine tiefgreifende Zerrüttung in die Leitung der gesellschaftlichen Beziehungen bringt.

Die sich vertiefende wirtschaftliche, politische und geistige Krise, die wir erleben, ist zum größten Teil auch auf die Vernichtung der Kader in den jeweiligen Bereichen zurückzuführen.

Wir sind davon überzeugt, daß das von den rechten Kräften eingeleitete Herangehen gegen die Menschenrechte und gegen die Interessen der Gesellschaft mit einem Mißerfolg enden wird.

Eine Verhaltenslinie, die direkt gegen mehr als ein Drittel der Gesellschaft gerichtet ist, kann keinen Erfolg haben. Man darf nicht vergessen, daß bei den Parlamentswahlen im Oktober 1991 die Linken ein Drittel der Wählerstimmen und bei den Präsidentenwahlen — nahezu 48 % bekommen hatten.

Die letzten Ereignisse in Bulgarien zeigen, daß die Menschen immer mehr die Notwendigkeit von ernsthaften Veränderungen, die eine tatsächliche demokratische Entwicklung unseres Landes gewährleisten soll, erkannt haben.

Welche Ziele verfolgen die USA in Jugoslawien?



Als der bundesdeutsche Verteidigungsminister Rühe vergangene Woche in Washington war, fühlte er sich als spitzbüßischer Schuljunge, der ein großes Geheimnis ausplaudern durfte. Nach Gesprächen mit verschiedenen Vertretern des US-Außen- und Verteidigungsministeriums hatte er den Eindruck gewonnen, daß die USA eine Initiative zur Durchsetzung des Flugverbots über Bosnien starten werde. Auf der Pressekonferenz, auf der Rühe das „Geheimnis“ ausplauderte, mußte er allerdings schon auf Nachfrage kleinlaut zugeben, daß es wohl nur „Erwägungen“ der US-Regierung seien; eine unter vielen. Es mußte ihm dann schon wie eine Rüge vorkommen, als kurz darauf die US-Regierung die Möglichkeit eines militärischen Eingreifens herunterspielte. Man werde in der Frage des Flugverbotes jetzt nicht drängen, hieß es aus dem US-Verteidigungsministerium. Man mußte den Eindruck gewinnen, daß es der US-Regierung darum ging, dem deutschen Politiker die Vorfreude auf den Einsatz von Militärverbänden gegen die Bundesrepublik Jugoslawien zu nehmen.

Fast schien es auch letzte Woche so, als gebe es eine Abstimmung zwischen der britischen und der US-Regierung, um das offene Vorpreschen der Kohl-Regierung für einen militärischen Einsatz auf dem Balkan zu dämpfen. Kaum hatte nämlich Kohl die Aufhebung des Waffenembargos für die kroatische-bosnischen Statthalter in Sarajewo gefordert, als schon der britische Außenminister Hurd in Bonn vorstellte wurde. Dort warnte er dann vor der voreiligen Aufhebung des Embargos, weil die Folgen eines solchen Schrittes völlig ungewiß seien. Ein deutlicher Ruffel.

Im Zusammenhang mit diesen Ereignissen muß man daher auch den von der US-Regierung initiierten Sechs-Punkte-Plan für die Beilegung der Bosnienkrise sehen. Ausgerechnet der bosnischen Serbenführer Karadžić faßte den Kern des Sechs-Punkte-Planes treffend zusammen. Nach Bekanntwerden der US-Pläne sagte Karadžić im Belgrader Fernsehen, „alle Leiden der Serben, aber

auch der Muslime wurden durch Ambitionen Deutschlands und der Türkei verursacht, Regionalmächte auf dem Balkan zu werden. Diese Machtansprüche widersprechen aber den Interessen Rußlands und der USA, und deswegen ist es sehr gut, daß diese beiden jetzt aktiv an der Lösung des Problems teilnehmen.“ (Süddeutsche Zeitung, 16. 2. 1993)

Wie stark die Beteiligung der USA nun letztlich werden wird, ist aus dem neuen Plan keineswegs abzulesen, der im wesentlichen aus vagen Absichtserklärungen besteht. Möglicherweise mußte die US-Regierung auch schnell irgendwas vorweisen, weil sie sonst in Verdacht geraten wäre, den Konflikt noch zusätzlich anzuhetzen. Denn die Militäreinheiten des Bosniers Izetbegović hatten in Erwartung eines viel schärferen Eingreifens der USA sämtliche

Friedensverhandlungen boykottiert und eine Offensive gegen serbische Stellen begonnen. Dieses Vorgehen ist jetzt gründlich in die Hose gegangen. Daher auch die Ausrufung eines einseitigen Waffenstillstandes von Seiten Izetbegovićs.

Was ist nun der Inhalt des Sechspunkte-Plans? An erster Stelle steht die Einrichtung eines weiteren Vermittlers, neben den UNO- bzw. EG-Gesandten Vance und Owen. Der neue Sonderbeauftragte der USA, Bartholomew, soll nun „das ganze Gewicht der amerikanischen Diplomatie in die Waagschale werfen“. Seine Reputation hat er als Statthalter der USA im Libanon bekommen und als Unterhändler in Spanien, als es darum ging, die Aufforderung der spanischen Regierung nach Schließung von US-Basen abzuwenden. Weitere

Punkte der Erklärung sind eine Verschärfung der Wirtschaftssanktionen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien (ohne genauere Ausführung in welcher Form) und eine Willensbekundung der US-Regierung, daß nach Einigung der Konfliktparteien zur Sicherung des Vertrages auch US-Soldaten auf dem Balkan stationiert werden können. Schließlich soll die humanitäre Hilfe verstärkt, weitere Truppen in Mazedonien stationiert und an alle Konfliktparteien appelliert werden, ihre Probleme auf dem Verhandlungsweg zu lösen. Auch eine Verschärfung des Flugverbots wird erwägt.

So unkonkret die Pläne auch sind, so sind doch zwei Gründe zu beachten, die zu der US-Initiative zu diesem Zeitpunkt führten. Zum einen der schon erwähnte Vorstoß gegen die deutsche Dominanz. Es geht dabei sicher weniger darum, der

Bundesregierung auf den Füßen zu stehen als um eine stärkere Kontrolle der deutschen Balkanaktivitäten. Wer welche Einflusssphären auf dem Balkan erhält, ist offenbar noch nicht ausgemacht. Die britische und französische Bourgeoisie werden auf jeden Fall mit aller Macht verhindern wollen, daß es der BRD im Zusammenspiel mit der Türkei gelingt, die dominante Macht auf dem Balkan zu werden. Der zweite Grund für den Vorstoß der US-Regierung liegt in der veränderten Situation in Rußland. Der erste Weg des neu ernannten Sonderbotschafters Bartholomew führte nach Moskau. Dort mußte er sich von dem von der russischen Regierung ebenfalls als Sonderbeauftragten für Jugoslawien kreierte stellvertretenden Außenminister Tschurkin sagen lassen, daß die russische Regierung die von den USA vorgesehene Verschärfung der Sanktionen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien und die härtere Durchsetzung des Flugverbots ablehne. Schon zuvor hat das russische Parlament die UNO aufgefordert, Kroatien wegen Verletzung des Waffenstillstands mit Sanktionen zu belegen und die Zwangsmaßnahmen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien aufzuheben. Immer stärker wird von der bisherigen US-hörigen russischen Außenpolitik Abstand genommen und auf eine eigenständigere Position gesetzt. In der Jelzin-treuen russischen Wochenzeitung Rossija wird diese Position wie folgt umschrieben: „Der Westen verfolgt mit seiner Einmischung auf dem Balkan überhaupt nicht das Ziel, den Brand in Bosnien und Herzegowina zu löschen. Serbien soll geschwächt und die Schaffung eines starken slawischen Staates auf dem Balkan verhindert werden. Rußland muß eine militärische Einmischung verhindern. Die Praxis darf nicht zur legitimen Gewohnheit werden, daß sich die EG in ein politisches und die UN in eine Straforgan der Weltgemeinschaft verwandelt. Die Stabilität auf dem Balkan ist die Stabilität Rußlands — und heute ist auch die Einheit Rußlands schon in Frage gestellt.“ (Rossija, 30. 12. 1993) — (har)

Italien: Feldzug gegen Korruption — wohin?

Seit einem Jahr folgt in Italien eine Enttüllung über Korruption, eine Verhaftung und Anklage auf die andere. Die Liste der beschuldigten Unternehmer, Verwaltungsbeamten und Politiker ist lang und reicht weit in Parteien, Parlament und Regierung. Unter dem Druck von fünf Anklagen hat Craxi, der frühere Ministerpräsident, den Vorsitz der Sozialistischen Partei (PSI) niedergelegt. Sein Stellvertreter ist aus der Partei ausgeschieden und als Justizminister zurückgetreten. Ebenfalls zurückgetreten sind der Finanzminister und der Gesundheitsminister.

Das Muster der Bestechung sieht meistens so aus: Unternehmen zahlen an die Verwaltungen bzw. an die Parteien (vor allem an die dominierenden Regierungsparteien Sozialistische und Christdemokratische Partei), um bei öffentlichen Aufträgen den Zuschlag zu erhalten. In der Höhe sind diese Zahlungen häufig ein fester Prozentsatz vom Auftragsvolumen und in die Angebotspreise der Unternehmen schon einkalkuliert. So fließen über die öffentliche Auftragsvergabe Haushaltsgelder in die Parteikassen. Dieser Vorgang ist nicht neu.

Auffällig ist: Trotz der schweren politischen und auch wirtschaftlichen und sozialen Krise wird die Erklärung einer

Regierungskrise unter äußerster Anstrengung vermieden — kein Vergleich zu früher, wo kleine Anlässe zur Ausrufung von Regierungskrisen geführt haben, über die politische Kräfteverhältnisse innerhalb des regierenden Parteienblocks neu gewichtet wurden. Heute erklärt der Staatspräsident Scalfaro — und hinter ihm das Finanzkapital in Gestalt des Unternehmerverbands Confindustria — derzeit sei „eine Regierungskrise undenkbar“. Die Regierung Amato wird für die Fortsetzung der brutalen Haushaltssanierungspolitik gebraucht. Die EG fordert für ihren 8-Mrd.-ECU-Kredit an Italien eine zweite Sanierungsstufe über weitere 20000 Mrd. Lire.

Zweite Auffälligkeit: Die Reaktion hat es geschafft, eine Wahlreform — Verschiebung des heutigen Proportionalsystems hin zu einem Mehrheitswahlsystem für „starke Mehrheiten“, „starke Regierung“ usw. — als Ausweg aus der Krise populär zu machen. Ein großer Teil der regierenden Kräfte, aber auch aus der Opposition, will mit den jetzigen Parlamentsmehrheiten eine Wahlreform beschließen und dann schnell vorgezogene Neuwahlen durchführen. Keine der bestehenden Krisen wäre bereinigt, und das konstitutionelle System wäre spürbar nach rechts verschoben. — (rok)

Unita hat internationale Hilfe im Bürgerkrieg

Der Krieg, den die Unita gegen die angolische Regierungspartei MPLA führt, weitet sich aus. Nach Berichten portugiesischer Söldner haben Truppen der Unita Anfang Februar Huanda, die zweitgrößte Stadt Angolas, erobert. Wahrscheinlich will die seit über einem Jahrzehnt um die Macht kämpfende Unita die angolische Regierung soweit schwächen, daß sie eine internationale Anerkennung verhindern kann. US-Präsident Clinton hatte jedenfalls vor den Wahlen in einem Interview erklärt, er werde die aus den Wahlen im Herbst letzten Jahres hervorgegangene Regierung der MPLA anerkennen und die USA würden diplomatische Beziehungen mit Angola aufnehmen. Inzwischen mehren sich die Beweise, daß die Unita bei ihrer Offensive sowohl direkte Unterstützung zum Beispiel aus der BRD erhält wie auch militärische Hilfe von der südafrikanischen Regierung.

Die bundesdeutsche Aktion „Hilfe in Not“, eine Hilfsorganisation mit engen Beziehungen zur CSU, hatte zunächst im Auftrag der UN die Unterstützung der Nahrungsmittelversorgung im Südosten Angolas übernommen, den die Unita kontrolliert. Nachdem die Unita das Wahlergebnis nicht akzeptierte und

den Krieg gegen die Regierungstruppen wieder aufnahm, stoppte die UN das Hilfsprogramm. Nach Berichten aus Namibia hat „Hilfe in Not“ die Belieferung von Unita-Stützpunkten dennoch mindestens bis Ende Januar fortgeführt.

Die Regierung Zimbabwes, die mehrfach versucht hat, Verhandlungen zwischen der Regierung Angolas und dem Unita-Führer Savimbi zu ermöglichen, erklärte Ende Januar, das südafrikanische Militär sende regelmäßig Transportflugzeuge nach Angola, die über Zimbabwe, Botswana und Namibia fliegen, um die Unita mit Waffen zu beliefern. Mehrfach hätten südafrikanische Flugzeuge versucht, die Luftkontrolle der zimbabwischen Militärflughäfen zu verwirren, um die Flüge zu tarnen. Aus Angola wird gemeldet, die Unita erhalte inzwischen auch direkte Unterstützung durch das berüchtigte Bataillon 32 der südafrikanischen Armee. Das Bataillon 32 war 1975 von der südafrikanischen Regierung gebildet worden mit dem ausdrücklichen Auftrag, destabilisierende Operationen in dem gerade von portugiesischer Kolonialherrschaft befreiten Angola zu unternehmen. Viele Soldaten sind Söldner aus Angola.

Quelle: New African Februar 1993 — (uld)

PKK: Waffenstillstand ist möglich

Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) hat positiv auf den vom Europäischen Parlament am 1. Dezember gefaßten Beschluß, den Krieg im türkisch besetzten Teil Kurdistans mit friedlichen Mitteln zu lösen, geantwortet. In der Antwort, die der Vertreter der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK), Hasan Akif, Mitte Februar dem Vorsitzenden des Europäischen Parlaments, Egon Klepsch (CDU), übergeben hat, heißt es wörtlich:

„Sehr geehrter Herr Klepsch, der Aufruf des Europäischen Parlaments vom 1. Dezember 1992, die Gefechte zwischen der türkischen Regierung und den im Osten der Türkei aktiven Guerillas zu beenden und die kurdische Frage auf friedlicher Basis zu lösen, ist von der Arbeiterpartei Kurdistans zur Kenntnis genommen und mit großer Sorgfalt geprüft worden. Sie mißt ihrem Aufruf einen großen Wert bei.“

Unter den derzeitigen globalen Bedingungen verlangt die kurdische Frage nach einer richtigen Lösung. Solange sich die Lösung der Frage hinzieht, leidet das kurdische Volk jeden vergangenen Tag unter noch größeren Schmer-

zen. Als eine Kriegspartei haben wir, so wie auch der Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan, in offiziellen Erklärungen öfters zum Ausdruck gebracht hat, immer bekundet, daß wir „für eine demokratische Lösung und den Dialog in der kurdischen Frage“ offenstehen.

Aber die Türkische Republik zwingt trotz unserer menschlichen Aufrufe ihre historisch verwurzelte, traditionelle Vernichtungspolitik dem kurdischen Volk auf. So wie das kurdische Volk seiner grundlegenden Rechte und Freiheiten beraubt ist, ist es ständig von einem Vernichtungsangriff bedroht.

Das Europäische Parlament hat sich bis heute gegenüber den Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und in Kurdistan interessiert gezeigt. Wir möchten noch einmal ausdrücklich betonen, daß wir dem Aufruf zu einem Waffenstillstand zwischen beiden Seiten ohne jegliche Vorbedingungen offenstehen. Ebenso möchten wir, als einen Beweis für unsere Ernsthaftigkeit, bekunden, daß die Antwort im Namen des Zentralkomitees der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) formuliert wurde. — (Kurdistan-Komitee, 19. Februar 1993)

Internationale Umschau



Für das Verbot einer Kundgebung der Studentenorganisation des faschistischen „Vlaamse Blok“ in Antwerpen setzen sich mehrere antifaschistische Organisationen in Belgien, darunter die der „Partei der Arbeit“ (PvdA) nahestehende „Rote Jugend“ (Rode Jeugd) ein. Die Studentenorganisation des „Vlaamse Blok“, NSV, will am 9. März in Antwerpen eine provokatorische Kundgebung durchführen, angeblich für eine „freie Presse“. In einem offenen Brief an den sozialdemokratischen Bürgermeister der Stadt weisen sie nach, daß der Vlaamse Blok bzw. dessen Studentenorganisation eine faschistische Organisation ist und verboten gehört. So habe der Vlaamse Blok den 100. Geburtstag Adolf Hitlers mit einem Fest gefeiert. Bild: Mitglieder des NSV nach einer Besetzung von Zimmer des Rathauses in Antwerpen, mit faschistischer Odalsrunen und anderen Propagandaabzeichen. — (rül, Bild: Solidair)

Bürgerliche und Rechte vor den Wahlen in Frankreich

Es scheint ziemlich wahrscheinlich, daß die Sozialisten bei den Parlamentswahlen am 21. bzw. 28. März ihre bisherige Mehrheit an Sitzen verlieren werden; das Mehrheitswahlrecht könnte dazu führen, daß die bürgerlichen Kandidaten bei etwa 40 % der Stimmen eine Zweidrittelmehrheit der Sitze erhalten. Beunruhigend sind die Programmpunkte zur Ausländerpolitik: Angetrieben von Le Pen und seiner Nationalen Front, deren Wahlprogramm Einwanderungs- und Einbürgerungsstopp lautet, hat die Union pour la France (UPF), das Bündnis der verschiedenen bürgerlichen Parteien, folgende Forderungen aufgestellt: Ausweisung illegal Eingewanderter, ohne daß sie dagegen Berufung einlegen können — eine Regelung, die von den Sozialisten eingeführt worden war —, „Bekämpfung der Polygamie“, eine Ankündigung zur Unterdrückung vieler kultureller Äußerungen nordafrikanischer Einwanderer, und die Abschaffung der automatischen Gewährung der französischen Staatsbürgerschaft, mit der verschleienden Bemerkung, daß dies keine Aufhebung des „droit du sol“ bedeute, also der Zuerkennung der Staatsbürgerschaft nach dem Geburtsort und nicht nach der Abstammung. Die bisherige Agitation eines Teils der bürgerlichen Parteien gegen die Verträge von Maastricht hat keinen Eingang in das Programm der UPF gefunden, man bekennt sich zur EG. Präsident Mitterrand hatte bereits gedroht, er werde keinen antieuropäischen Premierminister ernennen. — (alk)

Schweiz: Gegen Kürzung des Arbeitslosengeldes

Rund 20000 Menschen demonstrierten am 20. Februar in Bern gegen die von der Schweizer Regierung angekündigten Kürzungen bei der Arbeitslosenunterstützung. Aufgerufen hatte die Nationale Koordination der Arbeitslosenkommitees, Gewerkschaften, Sozialdemokraten und linke Parteien. Die Schweizer Regierung, der Bundesrat, hat eine Verlängerung des Versicherungsschutzes von 300 auf 400 Tage bei gleichzeitiger Kürzung der Höhe beschlossen. Nach 250 Tagen wird das Taggeld von 80 auf 70 Prozent gekürzt; gekürzt werden auch die Taggelder für Arbeitslose, die mehr als 130 Franken erhalten. Weiter wird die Zumutbarkeitsregelung geändert: Gefördert werden soll die Annahme eines „Zwischenverdienstes“, der mit weniger bezahlt wird als dem normalen Arbeitslosengeld. Die Versicherung soll dann soviel dazu zahlen, daß der Arbeitslose etwas mehr erhält als das normale Taggeld. Auf der Demonstration wurde kritisiert, daß der Beschluß, die Taggelder zu reduzieren, vor allem Frauen betreffe, da sie im Durchschnitt bereits tiefere Löhne haben. Der Beschluß des Bundesrates soll in der Märzsession des Parlamentes beschlossen werden. Auf der Demonstration wurde allerdings angekündigt, daß für diesen Fall ein Referendum gegen die Regelung in die Wege geleitet werden soll. NZZ, 23. 2. — (alk)

Einzelhändler in Madrid fordern Ladenschlußgesetz

Fast alle kleinen und mittleren Einzelhandelsgeschäfte waren am 27. Januar in Madrid geschlossen. Die Einzelhändler forderten mit dieser Aktion ein Ladenschlußgesetz, in dem eine Öffnungszeit von 60 Stunden festgelegt und nachts eingeschränkt wird, sowie die gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche.

Die Händler entschlossen sich zu diesem Protest, da ihre Existenz akut gefährdet ist. Ein neues Mietgesetz und ein neues Grundsteuergesetz, die Anschließung von SB-Großmärkten auf der „grünen Wiese“ rund um Madrid sowie die Öffnungszeiten von SB-Märkten und Kaufhäusern in der Innenstadt rund um die Uhr zwangen allein 1992 über 5000 Händler zur Geschäftsaufgabe.

In ganz Spanien ist ein Konzentrationsprozeß im Handel im Gange. Hintergrund ist der EG-Markt, ausländische Konzerne, besonders aus der Bundesrepublik und Frankreich, drängen auf dem Markt. 1992 eröffneten über 100 neue SB-Großmärkte. Rund 100000 kleinere und mittlere Läden haben im letzten Jahr schließen müssen.

Die Konzerne treffen auf fast keine gesetzlichen Regelungen, die die kleinen und mittleren Händler schützen. Ein gesetzlicher Ladenschluß besteht nur in Katalonien, Galizien und im Baskenland mit Öffnungszeiten zwischen 60 und 70 Stunden pro Woche, oft aber ohne Nachtbeschränkungen. In den restlichen Provinzen gibt es keine gesetzlichen Regelungen.

So ist es in den Innenstädten dann auch üblich, daß die Großbetriebe auch am Samstag und Sonntag bis in die Nacht oder rund um die Uhr geöffnet haben. Ähnlich verhält es sich mit den SB-Märkten. Wollen die kleineren Händler mithalten, müssen sie ebenfalls solange wie das Kaufhaus nebenan öffnen. Personal dafür kann nicht eingestellt werden. Im wesentlichen geht das nur unter Mithilfe von Familienangehörigen. Dazu kommen gestiegene Grundsteuer und teilweise zwischen 100 und 300 Prozent gestiegene Mieten.

Ein Sprecher des Einzelhandelsverbandes kündigte weitere Aktionen der Händler an und befürwortete ein gemeinsames Vorgehen mit den Gewerkschaften, um einen Ladenschluß und eine Höchstarbeitszeit in ganz Spanien für den Handel durchzusetzen. — (rub)

Peruanische Regierung hört Rotes Kreuz ab

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) hat sich über die peruanische Regierung beschwert, nachdem eine oppositionelle Zeitung in Peru Tonbandprotokolle eines vertraulichen Gesprächs zwischen dem in Haft gehaltenen Vorsitzenden des Sendero, Abimael Guzmán, und zwei Delegierten des IKRK veröffentlichte. Das IKRK berichtet, daß seine Tätigkeit, insbesondere der unbeschränkte Zugang zu Gefangenen und Häftlingen, seit der Verhaftung von Guzmán im September 1992 zunehmend erschwert werde, und hat eine vorläufige Suspendierung seiner Arbeit bekanntgegeben. Dies soll Druck ausüben, da einige Länder ihre Wirtschaftshilfe vom ungehinderten Zugang des IKRK zu Haftanstalten abhängig gemacht haben sollen. — (alk)



Der niederländische Gewerkschaftsbund soll sich für eine Rücknahme der Kürzungspläne der Invalidenrenten einsetzen. Die niederländische Regierung plant, die Invalidenrenten drastisch zu kürzen. Bisher erhalten Arbeitsunfähige 70 Prozent ihres letzten Lohns. Die neuen Pläne der Regierung können dazu führen, daß insbesondere jüngere Lohnabhängige, die durch Berufskrankheiten, Arbeitsunfälle oder ähnliche Umstände nicht mehr arbeiten können, nur noch 70 Prozent des gesetzlichen Mindestlohns erhalten. Auf einer Protestkundgebung in Den Haag am 18. Januar (Bild) forderten die Teilnehmer die Gewerkschaften auf, gegen diese Regierungspläne zu kämpfen. — (rül)

AKW-Kontrollen wie Kaffeesatz-Leserei

Norderstedt. Nachdem vor wenigen Wochen an den Rohrleitungen im Atomkraftwerk in Brunsbüttel einige hundert Risse in den Schweißnähten entdeckt worden sind, meldet nun auch das Landshuter Bürgerforum, daß im baugleichen AKW Ohu 1 in Niederbayern bei der Revision von 1992 ebenfalls kleine „Anrisse“ aufgetreten seien. Man hätte sie nur zum Teil repariert. Diese haarfeinen, mit dem bloßen Auge nicht sichtbaren Schäden seien aber fachgerecht repariert worden — so die Betreiber, das Bayernwerk.

Bisher galt die Grundsatzphilosophie, es könne wegen der Verwendung von austenitischen Stählen in diesen und anderen Siedewasserreaktoren überhaupt nicht zu Rissen kommen. Der Werkstoffexperte Elmar Schlich vom Darmstädter Ökoinstitut dazu: „Schon im ersten Semester Werkstoffprüfung lernen die Studenten, daß dieses Material rissanfällig ist.“

Schleswig-Holsteins Sozialminister Jansen umgeht das Problem wie immer durch lange Untersuchungen, Protokolle, Statements und Streitereien, in diesem Fall mit der inzwischen nicht mehr existenten Firma „Aweco“. Er hat der Staatsanwaltschaft in Itzehoe von dem Verdacht berichtet, im „schwarzen Block“ von Brunsbüttel werde eine

kerntechnische Anlage ohne rechtlich sauber zustande gekommene Genehmigung betrieben. Außerdem bestehe gegen die ehemalige AKW-Prüffirma „Aweco“ der Verdacht auf Fälschung.

Auf Schweißnähten von 1979 waren die Rohrverbindungen noch in Ordnung, 1993 weisen sie Risse auf. Entweder sind also diese Schäden im Laufe der Zeit entstanden — was beim austenitischen Stahl ja eigentlich nicht sein kann! — oder an den Aufnahmen wurde manipuliert. Zwei Werkstoffprüfer der ehemaligen Firma „Aweco“ behaupten das Letztere. Heikel — denn diese Firma soll als Subunternehmen von „Mannesmann“ 1980 z.B. auch in Biblis Kontrollen durchgeführt haben — von der RWE wird das vorsorglich dementiert.

Die von diesem Vorwurf mitbetroffenen Brunsbüttel-Betreiber erhalten von Günther Jansen sofort einen Freispruch: „... dann heißt das nicht automatisch, daß damit die Führung von Preußenelektra oder den Hamburgischen Elektrizitätswerken (HEW) involviert ist, was ja sehr schnell unterstellt wird.“ Die HEW selber wollen am liebsten die strittigen Aufnahmen gar nicht gelten lassen. Sie seien zu schlecht, um darauf überhaupt etwas zu erkennen. „... die Spekulationen anhand von schlechten Aufnahmen sind reine Kaffeesatzleserei.“ — (edl)

Landliebe — nur dem Profit zuliebe

Heilbronn. Die Südmilch AG in Stuttgart mit Werken u.a. in Heilbronn und noch in Künzelsau ist bekannt für knallhartes Management. Aber was hat ein Joghurt mit Umweltzerstörung und Arbeitsplatzvernichtung zu tun? Dieser Frage wollen wir nachgehen. Landliebe heißt die Edelmarke der Südmilch AG. Mit ihr liegt sie ganz im Ökotrend, erzielt steigende Umsätze und satte Gewinne. Die Raumplanerin Stefanie Böge vom Institut für Klima, Umwelt und Energie hat in ihrer Diplomarbeit nachgezeichnet, welche verschlungene Pfade ein Landliebe-Fruchtjoghurt geht, bis er im Regal des Supermarktes landet. Sie wollte herausfinden: „Wie viele Kilometer werden gefahren, welche Transportkosten fallen an, welche Schadstoffe werden freigesetzt, kurzum, was nimmt man in Kauf, wenn man einen Erdbeerjoghurt ersteht?“

Das Ergebnis ist verblüffend. Allein 915 km müssen gefahren werden, um alle Zutaten, Verpackungen etc. zusammenzubekommen und den Joghurt zum Verkauf zu bringen: Die Rohbakterien liefert ein Züchter aus Niebüll/Schleswig-Holstein. Von hier werden sie per PKW zu einer ebenfalls in Niebüll ansässigen Firma gebracht, wo sie auf einer Nährsubstanz aus Tomatenmark und Milch gedeihen, bis sie nach Stuttgart transportiert werden (macht 917 Kilometer). Die Verpackung setzt sich zusammen aus einer Pappkiste, Steige genannt, die aus Bad Rappenau bezogen wird und deren Komponenten, die aus Aalen, Köln und Obergrünburg in Österreich kommen. Den Steigenleim aus Kunstharz liefert eine Lüneburger Firma. Zur Verpackung gehören außerdem: eine polsternde Zwischenlage aus Pappe (Herkunftsorte Varel und Ludwigsborg) und eine Kunststoffolie, die aus französischem Kunststoffgranulat gezogen wird. Macht 2884 Kilometer. Der Zucker wird aus Offen gewonnen, die in der Region um Offenau und Heilbronn geerntet werden. Durchschnittliche Entfernung zur Raffinerie: 35 Kilometer und von der Raffinerie zur Südmilch-Zentrale: 72 Kilometer. Summa summarum: 107 Kilometer. Die Erdbeeren, in polnischen Plantagen gepflückt, landen zunächst in Aachen. Dort werden sie zubereitet und nach Stuttgart transportiert — insgesamt 1246 Kilometer. Das Glas wird in Bayern hergestellt. Die Zutaten werden aus der Region, aus Frechen, Solingen, Huettlingen, Essen und Düsseldorf ins bayrische Neuburg zu einer der größten Glasverarbeitungen Deutschlands verfrachtet. Von dort geht's wieder nach Stuttgart — zusammen 806 Kilometer. Die Milch kommt von 5930 Bauernhöfen in der Umgebung von Mannheim, Künzelsau und

Heilbronn. Durchschnittliche Distanz zwischen Lieferant und Hersteller: 36 Kilometer. Das Etikett liefert eine Firma aus Kulmbach. Den Etikettenleim schickt eine Düsseldorfer Firma nach Stuttgart — alles in allem 1587 Kilometer. Das Aluminium für die Deckel wird im rheinischen Grevenbroich aus Bauxit und Rohaluminium hergestellt, von dort aus nach Weiden bei Kulmbach geliefert, dort zu den Aludeckeln verarbeitet, die wiederum ihren Weg nach Stuttgart nehmen. Insgesamt: 864 Kilometer.

Über neuntausend Kilometer werden so bruttosozialproduktsteigernd produziert, mit allen daraus entstehenden Problemen für die Umwelt. Daß sich das für die Südmilch dennoch rechnet, hat einen einfachen Grund. Der Energieverbrauch, die durch Stickoxyde und Rußpartikel verpestete Luft, die LKW-Karbolagen, der Lärm, die Staus, die zubetonierte Natur: all das schlägt nach einer Schätzung des Heidelberger Umwelt- und Prognoseinstituts mit 200 Milliarden Mark jährlich der Allgemeinheit zu Buche, und die ist den Kapitalisten bekanntlich wurstegal. Betriebswirtschaftlich profitbringend, gesamtwirtschaftlich ruinös — das ist die marktwirtschaftliche Bilanz.

Am 20.1.93 informierte die Gewerkschaft NGG die Öffentlichkeit von der bevorstehenden Schließung des Südmilch-Werkes in Künzelsau. Über 300 Arbeitsplätze werden damit vernichtet. Die NGG schreibt: „Eine ignorante Politik des Managements der Südmilch AG hat zu diesem Desaster geführt. Die Maßnahme bleibt unverstänlich, vor allem vor dem Hintergrund, daß das Werk in Künzelsau bisher immer schwarze Zahlen geschrieben hat ... Bevor Arbeitsplätze und damit die Existenzgrundlage von über 1000 Menschen (300 Arbeitnehmer und ihre Familien) in einem strukturschwachen Gebiet zerstört werden, wäre es notwendig gewesen, die Sortiments- und Produktpolitik der Firma zu überprüfen und eventuell neue Wege zu gehen.“ Gesamtwirtschaftlich gesehen mag es kompletter Unsinn sein, das Werk in Künzelsau zu schließen. Die aus der Schließung entstehenden Probleme und Kosten hat ja nicht Südmilch zu tragen. Diese Kosten trägt die Allgemeinheit. Betriebswirtschaftlich, so haben die Manager von Südmilch gerechnet, ist das der richtige Schritt. Legt das Land und die Gemeinden millionenschwere Strukturhilfeprogramme auf, könnte das Interesse von Südmilch wieder wachsen. Die Kosten trägt ja die Allgemeinheit. Hauptsache die Bilanz von Südmilch stimmt.

Quelle: ZEITmagazin Nr. 5/93 und Presse-dienst NGG HN; aus Kommunalen ALLtag 2/93, gekürzt — (fhs)

Rechtsanspruch auf Kindergartenplatz wird unterhöhlt

Hamburg. Jährlich 4 Millionen DM zusätzlich will der Senat Eltern für die Kindertagesheim- und Hortbetreuung ihrer Kinder abknöpfen. So will er bei der Beitragsberechnung besondere Belastungen wie hohe Mieten, Schulden etc. nicht mehr anerkennen. Für das zweite Kind soll nicht mehr der Mindestsatz gezahlt werden, sondern 30 % des Beitrags des ersten Kindes (mindestens 75 DM). Der Höchstsatz für Hortkinder soll aufgehoben werden. Entgegen den Verlautbarungen werden kaum neue KTH-Plätze geschaffen, sondern 1200 vorhandene Hort- in KTH-Plätze für Drei- bis Sechsjährige umgewandelt. Für den 4. März ruft die Elterninitiative Hamburger Kindergärten und KTHs zu einer großen Demonstration gegen diese Räuberei und den weiterhin bestehenden Erzieherinnennotstand auf. — (scc)

Disziplinarverfahren gegen faschistischen Lehrer

Karlsruhe. Das Oberschulamt Karlsruhe hat gegen den Gewerbeschullehrer und Ex-Kreisvorsitzenden der Republikaner, G. Ritzka, ein Disziplinarverfahren eingeleitet wegen Verdachts eines Dienstvergehens. Ritzka hatte im Unterricht Volksverhetzung betrieben, Zweifel an den Massenmorden der Faschisten an der jüdischen Bevölkerung propagiert und eine Umschreibung der Geschichte verlangt. Schüler hatten sich bereits mit Unterschriftenaktionen gegen Ritzka zur Wehr gesetzt. Erst als der Südwestfunk nach einem Interview mit Ritzka die Vorwürfe der Schüler erhärtete, sah sich die Schulbehörde veranlaßt, Ritzka zu einer Anhörung zu laden und dann vom Dienst zu suspendieren. Der Ar-

beitskreis Antifaschismus Karlsruhe hat sich mit einem offenen Brief an verschiedene Parteien und Institutionen dafür eingesetzt, daß Ritzka aus dem Schuldienst entlassen wird, da eine faschistische Umdeutung der Geschichte nicht geduldet werden darf. — (map)

Kundgebung gegen Abschiebungen

Hamburg. Am Freitag, den 12. Februar, protestierten ungefähr 150 Menschen vor der Schalterhalle des Hamburger Flughafens gegen die Abschiebungen kurdischer Flüchtlinge. Auf Transparenten und Flugblättern wurde ein sofortiger Abschiebestopp gefordert, außerdem wurden drei Redebeiträge über Lautsprecher verlesen. Aufgerufen hatte ein breites Bündnis antirassistischer und antifaschistischer deutscher und nicht-deutscher Gruppen. Die in großer Zahl anwesende Polizei verhinderte das Betreten der Schalterhalle, trotzdem war die Aktion recht erfolgreich und soll unter Umständen von dem Bündnis wiederholt werden.

aus: Lokalberichte Hamburg — (erk)

Erfolg nach Bürgerantrag: Kein Geld für Revanchisten

Köln. Der Rat der Stadt Köln hat jetzt endlich die Gelder für die rechte, revanchistische Breslauer Sammlung gestrichen. Dies hat ein Bündnis von Grünen und SPD im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Haushaltes 1993 denn doch ermöglicht. Bereits Ende 1990 haben auf Initiative des Antifaschistischen Forums 20 Organisationen aus Köln die Streichung der Gelder der Vertriebenen gefordert und einen Bürgerantrag gestellt. Ein Teil dieses Bürgerantrages wurde dann ein Jahr später

erfüllt. Der große Batzen aber, die 27000 DM für die Breslauer Sammlung, wurde belassen. Im Zusammenhang mit der Beratung über den Bürgerantrag im Beschwerdeausschuß hatten die Vertreter des Antifaschistischen Forums darauf hingewiesen, daß geraubte Kulturgüter aus Polen nach dem Deutsch-Polnischen Freundschaftsvertrag zurückgegeben werden müssen. Die Ratsfraktion der Grünen hatte sich für den Bürgerantrag stark gemacht, SPD-Mitglieder der Beschwerdeausschusses mußten den Interessen des Fraktionsvorstandes nachkommen und sich für die Beibehaltung der Gelder einsetzen.

Ende letzten Jahres wandte sich das Antifaschistische Forum erneut an die SPD und forderte die Streichung der Gelder. Der Fraktionsgeschäftsführer Rütter erklärte den Haushaltsposten zur Verhandlungsmasse. Was bleibt, sind die mietfreien städtischen Räume der Breslauer Sammlung in sehr guter Lage im Wert von ca. 60000 DM. Die Auseinandersetzung geht weiter. — (jöd)

Ausländer zur Polizei? Modellprojekt vorgestellt

Stuttgart. In einem Modellprojekt soll in Baden-Württemberg die Einstellung von Ausländern als Polizeibeamte erprobt werden. Leider geht es nicht darum, der Ungleichbehandlung entgegenzuwirken und Ausländern z.B. den Beamtenstatus generell zu ermöglichen. Innenminister Birzele (SPD) beruft sich vielmehr auf die bestehende Rechtslage und macht ein „dringendes dienstliches Bedürfnis“ geltend. Er will ausländische Polizisten speziell als „Kontaktbereichsbeamte“ zur Überwachung und Verfolgung ihrer Landsleute einsetzen sowie im Bereich „organisierte Kriminalität“. — (evc)



Solidarität mit dem kurdischen Hungerstreik

Stuttgart. 2000 Kurden und Kurden und ein paar wenige Deutsche beteiligten sich Mitte Februar an einer Demonstration und Kundgebung zur Unterstützung der kurdischen Abgeordneten, die sich seit Ende Januar in Brüssel im Hungerstreik befanden. Aufgerufen hatten Sympathisanten der nationalen Befreiungsfront Kurdistan (ERNK) und der Freundeskreis des kurdischen Volkes. Die IG Medien und der Arbeitskreis Asyl haben die Protestaktion gegen den türkischen Völkermord begrüßt. Der Hungerstreik in Brüssel ist inzwischen beendet. (aus: Kommunale Berichte Stuttgart, Bild: rac)

Nun auch Kurzarbeit bei Jungheinrich ... und was kommt danach?

Norderstedt/Hamburg. Für die Fertigung in Norderstedt und Hamburg-Wandsbek hat der Vorstand der Jungheinrich AG ab Februar bzw. ab März Kurzarbeit für sechs Monate beim Arbeitsamt angemeldet. Damit hat der Vorstand in der Auseinandersetzung mit der Belegschaft in diesem Betrieb eine neue schärfere Gangart eingelegt: Die Probleme der Kapitalisten werden nun unmittelbar auf dem Rücken der KollegInnen ausgetragen.

Im Handelsblatt konnte man Ende Januar noch lesen: „Trotz der seit dem 2. Halbjahr 1992 eingesetzten Nachfrageflaute nach Gabelstaplern konnte Jungheinrich im Gegensatz zum Wettbewerb bisher Kurzarbeit vermeiden. Angesichts der weiterhin verhaltenen Nachfrage wurde die Kurzarbeit zur vorsorglichen Sicherung der Beschäftigung eingeführt.“

Es ist sicherlich richtig, daß der Gabelstaplermarkt, gemessen an dem „Groß-Deutschland-Boom“ der Jahre 1991 und 1992, eingebrochen ist. Es werden Zahlen genannt, danach ist der Markt von 35000 Gabelstaplern im vorigen Jahr auf höchstens 30000 Stapler zurückgegangen. Insgesamt stellt sich der von den Kapitalisten beklagte Konjunkturerinbruch so dar, daß sie sich einrichten müssen auf Stückzahlen, wie sie sie in den guten Jahren 1988 und 1989 hatten. Denn die Grundausstattung der noch bestehenden Betriebe in der Ex-

DDR ist abgeschlossen — das bewirkte ja einen Teil der zurückliegenden Superprofitjahre — und von den jetzt plattgemachten Unternehmen in diesem Gebiet braucht logischerweise niemand mehr einen Gabelstapler.

Bis Ende 1992 galt innerbetrieblich bei Jungheinrich eine Art „Burgfrieden“ zur Vermeidung von Kurzarbeit: Die sogenannte „passive Personalpolitik“ war angesagt und auch von den Betriebsräten toleriert worden. Diese Personalpolitik bestand wesentlich darin, konsequent von außen niemanden einzustellen und KollegInnen den Eintritt in den Vorruhestand gemäß § 128 AFG (Arbeitsförderungs-gesetz) durch Zahlungen zu versüßen.

Jetzt also: Kurzarbeit an einem, teilweise sogar an zwei Tagen pro Woche in den Fertigungslinien.

Für einen Akkordarbeiter sind das sehr schnell 250.- DM und mehr Verlust am Nettolohn. Und während die betroffenen KollegInnen das privat mit sich ausmachen müssen, ist es den Kapitalisten mal wieder gelungen, ihre Probleme zu vergesellschaften, zu „sozialisieren“.

In den Verhandlungen mit den Betriebsräten war Jungheinrich nicht bereit, verbindliche Zusagen zu machen, während der Kurzarbeitsphase niemandem betriebsbedingt zu kündigen und keine Arbeit fremdzuverlagern: „Diese unternehmerische Freiheit brauchen

wir!“ Und sie machen sich verstärkt daran, Strukturanalysen über Arbeitsabläufe durchzuführen und sogenannte „make or buy-Entscheidungen“ vorzubereiten, d.h. zu prüfen, ob Arbeiten nach außen an Fremdfirmen gegeben werden sollen oder noch im Haus verbleiben. Der Kampf gegen die Verlagerung kleiner, auch kleinster Fertigungskomponenten nach draußen ist jetzt verstärkt angesagt.

Unter diesen Vorzeichen ist die Kurzarbeit für die Belegschaft ein zweischneidiges Schwert: Die Betriebsräte müssen ihr zustimmen, weil nachweislich nicht genügend Aufträge hereinkommen und andernfalls die Firma droht, Leute zu entlassen.

Die Produktivität aber während der verbleibenden Arbeitszeit wird sich durch Rationalisierungsmaßnahmen eher noch mehr steigern, so daß die Belegschaft makabrerweise selbst den Nachweis erbringt, daß die gleiche Fahrzeugstückzahl mit weniger KollegInnen zu fertigen sind — und sie sich damit selbst als überflüssig beweisen. So ist die Kurzarbeitsphase für die Kapitalisten die große Chance, ihre Fertigung auf Kosten der Arbeitslosenversicherung und der Belegschaft „schlanker“ und „fließender“ zu gestalten — ganz im Sinne von lean production — und die verbleibenden KollegInnen das Gefühl zu erzeugen: „Wir sind noch da, und wir kommen ...“ — (bel)



Köln. In der Nacht auf den 4. Februar verübten Faschisten in Köln-Worringen einen Anschlag auf ein Haus, in dem eine türkische Familie und eine Aussiedlerfamilie wohnte. Die Bewohner konnten sich retten. Die Mitschüler des einen jugendlichen Bewohners organisierten eine Demonstration. — (jöd; Bild: af/mz)

Neues Personalvertretungsgesetz in Niedersachsen

Hannover. 1985 verschärfte die damalige CDU/FDP-Regierung das für Niedersachsen bestehende Personalvertretungsrecht, das im öffentlichen Dienst gilt. Gegen die breiten Proteste der Personalräte und Beschäftigten wurden die Rechte der Personalräte stark beschnitten. Die rot-grüne Landesregierung hat jetzt ein neues Gesetz eingebracht, das diese Beschnittenungen aufheben und ein erweitertes Mitbestimmungsrecht beinhalten soll. Die CDU empört sich und hetzt, ob die Landesregierung zu erwartende Prozeßkosten für künftige Streitverfahren mit den Personalräten bereits einkalkuliert habe. Überdies bekamen die Gewerkschaften zu großen Einfluß. Auch die FDP hetzt, daß die ÖTV damit eine stärkere Stellung bekommen werde als die Verwaltung. Wenn auch mit einem erweiterten Mitbestimmungsrecht nicht alle Konflikte zwischen öffentlichem Dienstherrn und Beschäftigten gelöst werden können, bietet es dennoch Unterstützung, die Interessen der Beschäftigten stärker als bisher durchzusetzen. Aber selbst diese kleinen Fortschritte sind den konservativen Parteien zuviel Zugeständnis. — (bee)

Vorbereitung der nächsten Antifa-Konferenz NRW

Essen. Der Koordinationsausschuß der landesweiten Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW und das Antifaschistische Forum Essen haben vereinbart, daß die diesjährige Landeskonferenz im Juni in Essen stattfinden soll. In den nächsten Wochen sollen weitere Träger gesucht werden. Dabei soll die Konferenz auch für die

örtliche antifaschistische Bündnispolitik etwas bringen. Ein Schwerpunkt wird die Gegenwehr gegen faschistische Kandidaturen bei den 1994 anstehenden Wahlen sein, in NRW neben Europa- und Bundestagswahl auch Kommunalwahlen. Das erste Vorbereitungstreffen ist am Sonntag, 7.3., 14.00 Uhr im DGB-Jugendheim Essen. — (wof)

Deutscher Plan zu Kurdistan

Göttingen. In einem Aktionsbericht über die Tätigkeit der Gesellschaft für bedrohte Völker in Kurdistan vom Oktober 1992 wird der Plan einer Kurdistan-Konferenz ausgeheckt, der die Kurden in Nordwest-Kurdistan ignoriert, dafür aber die Türkei zur Garantiemacht ernannt. Für diesen Plan wurde gegenüber Talabani und Barzani gewonnen. „Als Teilnehmer und zugleich spätere Garanten des zu erarbeitenden Friedensvertrages“, heißt es in dem Bericht, „müssen die alliierten Schutzmächte, Vertreter der Vereinten Nationen, engagierte Länder wie Frankreich, Schweden, Dänemark und Deutschland, internationale Völkerrechtler und kompetente Exilkurden sowie natürlich die betroffenen Nachbarstaaten Irak, Iran, Türkei und Syrien fungieren ... Die Forderung nach einer derartigen Konferenz könnte, nachdem ein einheitliches Konzept vorliegt, zum Beispiel von der Gesellschaft für bedrohte Völker auf internationale Ebene gehoben und über das deutsche Außenministerium an deutsche Bundesländer wie Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen oder andere europäische Länder als Schirmherren von Tagung und Tagungsort (Düsseldorf/Hannover) herangetragen werden.“ — (kek)

Göttinger Polizei im Streit mit LKA Hannover

Göttingen. Jahrelang war die Göttinger Polizei wegen vieler und schwerer Übergriffe in den Schlagzeilen. Seit längerer Zeit ist es vergleichsweise ruhig geworden. Dafür treten neue Kritiker der Polizei auf den Plan. So wurde es vor kurzem zum zweiten Mal öffentlich, daß das Deeskalierungskonzept der Göttinger Polizeiführung auf Widerstand von Kräften im niedersächsischen Innenministerium stößt. Die Differenzen betreffen das Verhalten der Behörden gegenüber autonomen Gruppen. So wird die vollständige Durchsetzung des Versammlungsverbotes verlangt, was die Wahrnehmung des Demonstrationsrechts zu einem unkalkulierbaren Risiko machen würde. Und dies zu einer Zeit, in der die Mode der Versammlung stark im Abklingen begriffen ist.

Schon im vergangenen Jahr war es zu einem heftigen Streit zwischen örtlicher Polizeiführung und Landeskriminalamt gekommen, weil die Polizei eine von einer autonomen Gruppe durchgeführte Demonstration mit 1700 Teilnehmern nur mit 50 Beamten begleitet hatte und gegenüber dem LKA erwirkt hatte, daß dieses den Demonstrationen zugunsten nicht mit starken Kräften beobachten, fotografieren und filmen durfte. Im Herbst 1992 äußerte der Göttinger Polizeichef, es gebe „zur Linie der Deeskalation im Umgang mit autonomen Demonstranten keine Alternative. Es sei zwar nicht immer einfach, dies allen auswärtigen Stel-

len deutlich zu machen“ (Göttinger Tagblatt, August 1992).

Demgegenüber hat das Landeskriminalamt eine Sonderkommission in Göttingen installiert, die seit über einem Jahr wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung gegen unbekannte Personen aus dem autonomen Spektrum ermittelt, ohne das geringste Ergebnis vorweisen zu können. Allerdings hat die Kommission fünf Schüler im Alter von 13 bis 17 Jahren vorgeladen, gegen die wegen Anschlägen ermittelt wird, die bis zu vier Jahren zurückliegen. Der Jüngste der Vorgeladenen war zu dem Zeitpunkt gerade neun Jahre alt, der Älteste war gerade dreizehn. Das Landeskriminalamt betreibt im Gegensatz zur Polizei die „Aufmischung“ sich den Autonomen zurechnender Leute.

Die Differenzen zwischen Polizei und Landeskriminalamt sind beachtlich. Was das jetzige Verhalten der Polizei angeht — mal abgesehen davon, ob es wirklich immer deeskalierend wirkt —, ist es auch von Zehntausenden in Göttingen über mehrere Jahre schwer erkaufte. Ob diese Polizeilinie sich hält, ist angesichts fehlender Kontrollen am Ort und Zuständigkeit beim Innenministerium in Hannover äußerst zweifelhaft. Die Grünen haben zumindest im Landtag die § 129 a-Ermittlungen zum Gegenstand einer Anfrage gemacht. — (kek)

Stahlkrise: Konzerne spielen Belegschaften gegeneinander aus

Dortmund. Kaum ein Tag ist in den letzten Wochen vergangen, ohne daß neue Meldungen über Rationalisierungs- und Stilllegungsabsichten der Stahlkonzerne verbreitet wurden. Nach einigen Jahren hoher Profite spricht die Wirtschaftsvereinigung Stahl von der „schwersten Krise seit Ende des Zweiten Weltkriegs“. Die Konzerne klagen über einen drastischen Rückgang der Nachfrage nach Stahl, einen Preisverfall — nicht zuletzt durch Billig-Importe aus osteuropäischen Ländern — und Subventionen der Stahlindustrie in anderen EG-Ländern.

Tatsächlich ist in der Stahlindustrie ein drastischer Produktionseinbruch zu verzeichnen. Im Boom-Jahr 1989 wurden in Westdeutschland 41 Mio. Jahrestonnen Rohstahl hergestellt, 1992 waren es 36,7 Mio. t. Dieser Rückgang beträgt zwar nicht viel mehr als 10 %, der Einbruch fand jedoch erst in der zweiten Jahreshälfte statt und hat seinen Tiefpunkt noch nicht erreicht. Hintergrund ist ein weiterer Rückgang der Nachfrage nach Stahl, verschärft durch die Konjunkturerückentwicklung beim Maschinenbau und in der Automobilindustrie. Gleichzeitig wurde die Produktion in den neuen Bundesländern um über die Hälfte heruntergedrückt: Sie sank von 7,8 Mio. auf 3 Mio. Jahrestonnen.

Eine Antwort der Stahlkonzerne ist der Abbau von Überkapazitäten. EG-weit ist inzwischen von 25 bis 30 Mio. Jahrestonnen und bis zu 80 000 Beschäftigten die Rede. Anders als in der letzten Stahlkrise will die EG-Kommission — in Übereinstimmung mit den BRD-Konzernen und der Bundesregierung — diesmal jedoch keine „manifeste Krise“ nach Art. 58 des EG-Vertrags ausrufen, wodurch die Festlegung von Produktions- und Stilllegungsquoten sowie Preisen möglich würde. Sie setzt auf „freiwillige“ Absprachen: Für die im Vergleich nach wie vor starken BRD-Stahlkonzerne eine günstige Ausgangsposition gegen die europäische Konkurrenz.

Desweiteren beschleunigen alle Stahlkonzerne ihre bereits im letzten Jahr angekündigten Programme zur „Kostenoptimierung“ und weiten sie erheblich aus. Von insgesamt rund 150 000 Beschäftigten in der bundesdeutschen Stahlindustrie stehen nach immer wieder nach oben korrigierten Angaben in den westdeutschen Stahlwerken bis zu 30 000 Beschäftigte zur Disposition und in den ostdeutschen 10 000. Dabei geht es auch um erhebliche Rationalisierungsinvestitionen: Thyssen läßt in Duisburg zur Zeit einen neuen Hochofen errichten, der drei alte Hochofen und 500 Beschäftigte ersetzt. Anders als bisher schließen die

Stahlkonzerne betriebsbedingte Kündigungen nicht mehr aus.

Ebenfalls neu ist, daß es um die Stilllegung ganzer Standorte geht — nicht „nur“ auf dem Gebiet der ehemaligen DDR: Kaum verhohlen reden die Vorstände der Ruhrkonzerne der endgültigen Schließung von EKO-Stahl ebenso das Wort wie der Schließung der Maxhütte in Sulzbach-Rosenberg und der Klöckner-Hütte in Bremen, die sich seit Anfang Dezember in einem Vergleichsverfahren befindet.

Am weitesten fortgeschritten und am drastischsten sind derzeit die Planungen des neuen Krupp-Hoesch-Konzerns. Die Stilllegung der Profilstahlherzeugung in Hagen und Siegen hat Krupp-Hoesch-Chef Cromme nach einer Aufsichtsrats-sitzung am 18.2.1993 bereits angekündigt, „wenn nicht in allernächster Zeit neue Entwicklungen eintreten“. Allein hiervon sind knapp 4000 Beschäftigte betroffen. Darüber hinaus will Cromme entweder die Flüssigphase bei Hoesch in Dortmund oder das gesamte Krupp-Stahlwerk Duisburg-Rheinhausen mit 1800 Beschäftigten schließen. Zur Zeit werden diese beiden Möglichkeiten im Konzern durchgerechnet.

Dabei drängt Cromme auf Eile. Bis Ende März will er im Konzern-Aufsichtsrat entscheiden lassen. Krupp hat sich beim Kauf des Hoesch-Konzerns übernommen, der neue Konzern ist mit 6 Mrd. DM verschuldet und muß jährlich rund 500 Mio. DM Zinsen zahlen. Gleichzeitig soll Widerstand erstickt werden: Durch die Ankündigung von Stilllegungen entweder in Dortmund oder in Duisburg-Rheinhausen will Cromme die Belegschaften massiv gegeneinander ausspielen und die Konkurrenz um Standorte und Arbeitsplätze auf die Spitze treiben. Die Stilllegung ganzer Standorte ist auch ein Verstoß gegen die vertraglichen Vereinbarungen zwischen dem Krupp-Vorstand und der IG Metall zur Fusion von Krupp und Hoesch.

Die Belegschaften der Krupp- und der Hoesch-Werke haben in den letzten Tagen und Wochen mehrere große Aktionen durchgeführt. Weitere stehen an. Die IG Metall führte am 16.2.1993 eine Stahlkonferenz durch, an der 500 Betriebsräte und Vertrauensleute teilnahmen. Beschlossen wurde ein „Marsch auf Bonn“ am 26.3.1993. Die Ziele, um die es dabei gehen soll, sind jedoch nicht ganz klar. IG Metall-Vorsitzender Steinkühler ließ sich weit auf die von den Stahlkonzernen initiierte chauvinistische Diskussion um die Gefährdung des „Stahlstandortes Deutschland“ ein.

Die Erfahrungen der letzten Stahlkrise

hat die IG Metall nie richtig ausgewertet. Das „Stahlpolitische Programm“ von 1985 spielte faktisch keine Rolle mehr, seit die Konzerne wieder „schwarze Zahlen“ schrieben. Jetzt mußte Steinkühler feststellen: „Wir haben zur Zeit nichts anzubieten.“ Immerhin wollen die Betriebsräte im Krupp-Hoesch-Konzern ein gemeinsames Konzept erarbeiten, das betriebsbedingte Kündigungen ausschließt und den Erhalt aller Standorte von Krupp und Hoesch zum Ziel hat, solange keine Alternativen vorhanden sind — auch wenn sich solche Lösungen betriebswirtschaftlich nicht rechnen. Ohnehin bestehen die Überkapazitäten an Anlagen nur auf der Grundlage von Conti-Schicht-Arbeit in den meisten Bereichen, schon die Abschaffung regelmäßiger Sonntagsarbeit würde erheblich zur Standortssicherung beitragen. Immerhin kann die Erarbeitung eines solchen Konzepts dazu beitragen, die Konkurrenz unter den Belegschaften einzuschränken.

Quellenhinweis: FAZ 11.12.1992; SoZ 3/93; WAZ 17., 18., 19.2.1993; NRZ 19.2.1993; Der Spiegel 22.2.1993. — (wof)



20000 Leute kamen am 17.2.1993 zur „Nacht der tausend Feuer“ in Dortmund, 10000 beteiligten sich gleichzeitig an einer Demonstration in Duisburg: Zwei von vielen Aktionen von Stahlbelegschaften in den letzten Wochen.

BAG gegen Diskriminierung von Teilzeitbeschäftigten

Hamburg. Eine Hamburger Verwaltungsangestellte mit 20 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit hat 1989 ein Verfahren auf Höhergruppierung vor dem Arbeitsgericht Hamburg angestrengt gegen die Ungleichbehandlung von Teilzeitbeschäftigten beim Bewährungsaufstieg. Dieses Verfahren ist jetzt, nach knapp vier Jahren, vom Bundesarbeitsgericht (BAG) zu ihren Gunsten entschieden worden. Streitpunkt war die Regelung des § 23 a Bundesangestellten-tarifvertrag (BAT) zum Bewährungsaufstieg: „Bewährungszeiten vor dem 1. Januar 1988, in denen der Angestellte regelmäßig mit mindestens drei Vierteln der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit eines entsprechenden vollbeschäftigten Angestellten beschäftigt war, werden voll, Bewährungszeiten, in denen er mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit eines entsprechenden vollbeschäftigten Angestellten beschäftigt war, werden zur Hälfte angerechnet.“ Die Klägerin hätte also doppelt so lange arbeiten müssen wie eine 2/3- oder vollbeschäftigte Kollegin, bevor sie über Bewährungsaufstieg höhergruppiert worden wäre. Diese Regelung benachteiligt eindeutig Teilzeitbeschäftigte und damit Frauen, die 90 % aller Teilzeitbeschäftigten im Öffentlichen Dienst stellen, während das Verhältnis Männer zu Frauen bei den Vollzeitbeschäftigten 59 % zu 41 % beträgt. Die Klägerin hat im Verfahren

ausdrücklich damit argumentiert, daß hierin eine Ungleichbehandlung von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten liege und damit ein Verstoß gegen Art. 119 EWG-Vertrag und die Lohngleichheitsrichtlinie 75/117/EGW. Außerdem liege eine mittelbare Diskriminierung von Frauen vor, weil durch diese Regelung erheblich mehr Frauen als Männer benachteiligt würden.

Das Verfahren hat sich über fast vier Jahre erstreckt. Das Arbeitsgericht Hamburg hatte zunächst von der Möglichkeit, diese Frage dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu einer Vorabentscheidung vorzulegen, Gebrauch gemacht. Der EuGH hat dann entschieden, daß eine nationale tarifliche Praxis, die den Bewährungsaufstieg für Teilzeitbeschäftigte verdoppelt, unzulässig ist, wenn sich herausstellt, daß zu der Gruppe der Benachteiligten erheblich mehr Frauen als Männer gehören. Außerdem hat der EuGH darauf hingewiesen, daß im Falle einer solchen mittelbaren Diskriminierung das nationale Gericht verpflichtet ist, die tarifvertraglichen Bestimmungen bei seiner Entscheidung unberücksichtigt zu lassen.

Das Arbeitsgericht hat danach dem Antrag auf Höhergruppierung der Klägerin stattgegeben, ebenso das Landes-arbeitsgericht nach der Berufung der Hansestadt Hamburg. Schließlich hat jetzt auch das BAG für die Klägerin entschieden. Bei diesem Urteil ist außer-

dem bemerkenswert, daß das BAG feststellt, daß zum einen eine Vorabentscheidung des EuGH für das anrufende Gericht bindend ist, zum anderen aber auch alle anderen Gerichte durch diese Entscheidung gebunden sind, die in der gleichen Sache zu entscheiden haben.

Die beklagte Stadt Hamburg hatte zur Begründung der Regelung des Bewährungsaufstiegs vortragen lassen, daß damit die Zunahme von Erfahrungswissen honoriert werden solle, was bei Teilzeitbeschäftigten entsprechend länger dauere. Das BAG hat in seiner Entscheidung nahegelegt, daß derart pauschalisierende Regelungen eine Benachteiligung von Teilzeitbeschäftigten wohl kaum rechtfertigen könnten, konnte diese Frage letztlich aber außer Acht lassen, da die Klägerin unwidersprochen vorgetragen hatte, daß sie nach ca. einhalb Jahren sämtliche notwendigen Kenntnisse und Erfahrungen erworben hatte und ab dem Zeitpunkt sich ihre Tätigkeiten nur noch wiederholten.

Dieses Urteil ist eine Ermunterung für alle Teilzeitbeschäftigten und gleichzeitig eine dringende Mahnung an die Gewerkschaften, alle Tarifverträge auf Regelungen zu überprüfen, die Frauen allein deswegen benachteiligen, weil sie häufig nicht in der Lage sind, Vollzeitarbeitsverhältnisse einzugehen bzw. keine Vollzeitarbeitsplätze in ausreichendem Umfang vorhanden sind. (BAG: 4 AZR 152/92 — mek)

Kurz berichtet

Racheprozeß gegen
Klaus Croissant eröffnet

Nachdem man ihn bereits über fünf Monate gefangengehalten hat, ist am 10.2. der Prozeß gegen Klaus Croissant wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit eröffnet worden. Von einem Entgelt für die Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit ist in der Anklageschrift nicht mehr die Rede. Die Aussagen der Offiziere des Staatssicherheitsdienstes haben ebenfalls bestätigt, daß es sich um Zahlungen für Aufwandsbehaftetes Material gehandelt hat. Die gelieferten Materialien waren dabei öffentlich zugänglich. Wie weit Klaus Croissant gegangen ist bei der Charakterisierung einzelner linker Politiker — insbesondere Petra Kelly und Antje Vollmer — scheint nicht ganz klar. Auf jeden Fall kam es ihm auf die politische Zusammenarbeit an, nicht auf die Beschaffung von Geheiminformationen. Das mußte das MfS akzeptieren. Nach der Prozeßklärung von Klaus Croissant war ihm wichtig, seinen Gesprächspartner klarzumachen, womit sie in der Deutschlandpolitik, bezüglich der Anerkennung der DDR und bei Besuchen von führenden Grünen-Politikern in der DDR zu rechnen hätten. Sein Verteidiger Bakker-Schut bezweifelte die völkerrechtliche Zulässigkeit des Verfahrens, da nach dem Untergang der realsozialistischen Gesellschaften nicht mehr eine Verhinderung von Straftaten, sondern ausschließlich Vergeltung das Ziel des Prozesses sein könne. — (chk)

Reichsgründungsfeier der
Nazis in Berlin

Für den 24. Januar 1993 hatte die „Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e.V.“ und das „Hoffmann von Fallersleben Bildungswerk e.V.“ gemeinsam zur „Feierstunde zur Reichsgründung“ geladen. Vorsitzende der Kulturgemeinschaft ist Dr. Ursula Schaffer, die in den vergangenen Jahren die Nazi-Aufmarsche in Halbe angemeldet hat. Das Hoffmann von Fallersleben Bildungswerk spielt die Rolle eines Verbindungsgliedes des braunen Sumpfes mit dem rechten Rand des schwarzen Sumpfes. Laut „Europa Vorn“ gehören dem Vorstand derzeit u.a. Vertreter der Republikaner, der Deutschen Liga, der NPD und der DSU an. Referenten waren z.B. Dr. Hahn (FU) über nationale Identität, der berühmte Professor Motschmann oder Landesschulrat a.D. Bath über Schule und Nation. Heinrich Lummer, der sich hier ebenfalls einreihen wollte, hat seinen Vortrag in letzter Minute absagen müssen, weil selbst Innensenator Heckmann ihm davon wegen der neofaschistischen Verstrickungen abgeraten hat. Das heißt aber nicht, daß Heckmanns Behörde nicht ein wenig Schutz gibt. Die Veranstaltung am 24.1. wurde von Polizisten in Zivil und in Uniform geschützt. Der Presse (taz) wurde aber auf

Anfrage mitgeteilt, die Polizei habe keine Kenntnis von einer derartigen Feier. Nach Frontblatt vom Februar 93 — (chk)

„Althaus ist gar nicht
das Problem“

Mit der Behauptung, er sei IM der Stasi gewesen, wurde Professor Althaus, damals Direktor der Klinik für Urologie der Charité, im Juli 1991 fristlos gekündigt. Das Arbeitsgericht befand im Juni 1992, daß er zu unrecht beschuldigt wurde, weil die Unterschrift unter der vermeintlichen Verpflichtungserklärung wahrscheinlich gefälscht worden war. Der Anwalt der Berufungsklage, Dr. Malorny, erklärte, daß es hauptsächlich um die Bewertung der von der Gauck-Behörde vorgelegten Unterlagen durch das Gericht der ersten Instanz „für mögliche weitere Fälle“ gehe. Das Gericht befand nun, daß Stasi-Akten wohl Indiz aber kein Beweismittel sein können. aus: ND, 21.1.93 — (abe)

Warnstreik bei der
Märkischen Faser AG

Premnitz. 500 Beschäftigte der Märkischen Faser AG in Premnitz, Brandenburg, sind am 9. Februar für zwei Stunden in einen Warnstreik getreten, um ihrer Forderung nach Erhalt des Chemiefaserwerks Nachdruck zu verleihen. Auf einer Betriebsversammlung verlangten die Beschäftigten eine finanzielle Beteiligung des Bundes an der Sanierung und Umstrukturierung des Betriebes. Nach einem 73-tägigen Streik mit Werksbesetzung war Ende vergangenen Jahres den noch rund 2000 Mitarbeitern eine Beschäftigungsgarantie bis Ende März zugesichert worden. Nach Angaben von Brandenburgs Wirtschaftsminister Hirche fehle zu einer Lösung nur noch die Zusage der Treuhänder, daß sie sich am Sanierungskonzept finanziell beteilige. Brandenburg allein könne nicht die Kosten in Höhe von etwa 260 Millionen Mark tragen. — (har)

Protest gegen Truppen-
übungsplatz geht weiter

Wittstock. Nach Bekanntwerden der Bonner Sparpläne beim Rüstungsetat kamen bei der Bürgerinitiative „Freie Heide“ für kurze Zeit Hoffnungen auf, dies könnte auch den Verzicht auf die weitere Nutzung des bisher von sowjetischen bzw. GUS-Streitkräften genutzten Truppenübungsplatzes bedeuten. Am 12.2. appellierten sie deshalb an den selben Tag tagenden Bundesverteidigungsausschuß, den Bombenabwurfplatz Wittstock/Ruppiner Heide zu streichen. Vergebens. Zwar wurde das Gebiet um etwa 10 % verkleinert, jedoch bleibt es mit 13000 Hektar einer der größten Truppenübungsplätze. 3000 Einsätze mit Übungsbombenabwurf sollen pro Jahr geflogen werden. Die Bürgerinitiative gibt nicht auf. Am 14.2. fand die 6. Protestwanderung entlang des Übungsplatzes statt. Für den Oster-sonntag (11.4.) ruft sie zu einer Großdemonstration auf. — (har)

Mecklenburg — das
Armenhaus Deutschlands?

Mecklenburg 1945: Hunderttausende Deutsche aus Polen und der Tschechoslowakei, die auf Beschluß der Siegermächte der Antihitlerkoalition im Ergebnis des von Deutschland entfesselten 2. Weltkrieges umgesiedelt wurden, kamen nach Mecklenburg-Vorpommern. Die in Potsdam beschlossene Bodenreform zur Enteignung der für den Krieg und die Verbrechen Verantwortlichen sicherte vielen, die aus der Landwirtschaft stammten, Grund und Boden für die Schaffung einer eigenen, neuen Existenz. Im Laufe der Jahre wurden sie hier sesshaft. Dem ewigen deutschen „Drang nach Osten“ wurde durch die Enteignung des Großgrundbesitzes ein Ende bereitet. Der Bauer hatte nun seinen eigenen Boden. In Mecklenburg wurde erreicht, dem aggressiven Streben die Spitze zu nehmen und zu mehr Frieden gegenüber dem Osten beizutragen. Ein historisches Ergebnis, dem immer noch zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Mecklenburg heute

Mecklenburg heute: das Armenhaus Deutschlands. So die gängige neue Bezeichnung für das schöne Land an der Ostseeküste. Zu DDR-Zeiten eines der großen Urlaubszentren mit Ostsee und Mecklenburgischer Seenplatte. Die Bauern Mecklenburgs brachten Brot und Butter auf den Tisch von Millionen Menschen, hier gebaute Schiffe waren auf allen Weltmeeren zu Hause. Können und Fleiß waren der Reichtum der Mecklenburger. Und jetzt das Armenhaus?

Versuchsfeld Bonner Politik

Mecklenburg-Vorpommern wird immer mehr zum Versuchsfeld der Bonner Politik für den Rachefeldzug gegen den sozialistischen Versuch im Osten Deutschlands. Die Bedingungen erscheinen günstig: Die Mehrheit der Menschen lebt in Dörfern, außer den drei früheren Bezirksstädten Rostock, Schwerin und Neubrandenburg und einigen Hafenstädten gibt es keine großen Ballungszentren. Es fehlt die Möglichkeit der schnellen Kommunikation, und das macht konzentrierte Reaktionen auf die Regierungspolitik schwierig. Das uralte Prinzip der Herrschenden „Teile und herrsche“ scheint sich hier besonders gut realisieren zu lassen. Begünstigt wird das auch durch manche Illusionen über die versprochenen Segnungen der Marktwirtschaft, wie es die Wahlergebnisse von 1990 zeigten.

Regierung aus dem Westen

Wer hat heute in Mecklenburg das Sagen? Immer mehr ist es neben Schleswig-Holstein der alte deutsche Süden. Die Kolonisierung läßt sich buchstäblich an der Zusammensetzung der Regierung ablesen. Der erste Premier war Gomulka mit einigen Importbeamten. Nach seinem Sturz wurde zwar ein Einheimischer Regierungschef, doch sein Kabinett war von außen eingekreist: Bildungsminister wurde Steffi Schnoor (CDU) aus Westberlin, Regierungssprecher wurde Herdegen aus Bayern. Der ganze Apparat ist westverfälscht. Herdegen (58) ging nach acht Monaten. Nach drei Monaten wurde er bereits verbeamtet und erhält in den nächsten fünf Jahren 0,5 Mio. DM aus Steuergeldern als Entschädigung. Gehörte er zu denen, die noch rechtzeitig vom Zug abspringen, bevor er in den Sackbahnhof rast? Westgoldgräber im Osten. Mecklenburg als melkende Kuh. Nach Kupfer kam als dritter Innenminister „Mehrzweck-Rudi“ Geil aus Baden-Württemberg. Wieder einer, der für alles einsetzbar, aber für nichts zu gebrauchen ist?

Vieles erinnert in besonderer Weise an die 50er Jahre der DDR. Damals kamen sie auch aus dem Süden (der DDR) in der sicher guten Absicht, Ideologie unter Volk zu bringen: „Industriearbeiter aufs Land“ nannten sie sich, besetzten aber bald viele Posten. Große Zustimmung fand das unter den Einheimischen nicht.

Kolonisierung

Ökonomisch wird Mecklenburg-Vorpommern immer tiefer in den Graben



Eine der zahlreichen Protestaktionen gegen die Kahlschlagpolitik der Treuhandanstalt, von Bundesregierung und Konzernen in der früheren DDR. Die furchtbaren Folgen dieser Politik liegen jetzt nicht nur in Mecklenburg offen zutage.

gefahren. Das einzige Ziel: Vernichtung der Strukturen, um Konkurrenten auszuschalten. Gerade die Landwirtschaft böte günstige Voraussetzungen für eine effektive Entwicklung, indem man die ehemaligen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in konkurrenzfähige Betriebe umgewandelt hätte. Doch auch hier regierte Bayern hinein. Im Hintergrund wirkten Waigel und Kiechle, die potentielle Konkurrenten ihrer bayerischen Unternehmen totmachten. Es wird die Strategie des Vertreibens der Bauern von Grund und Boden angewandt. Das führt zur Entwurzelung und macht den Bauern zum Fremden in der eigenen Heimat. Vertreibung von Deutschen durch Deutsche.

Aus dem Lehrbuch der Kolonisierung der jüngsten Zeit stammt auch die Methode der „Ausflaggung“ von 28 noch unter Treuhandobhut fahrenden Schiffen. Das heißt Entlassung von weiteren 650 Seeleuten und dafür Anmusterung von Arbeitskräften aus Billiglohnländern. Von 13000 Mitarbeitern der Hochseeflotten der DDR und heute noch 3950 Mitarbeitern soll die Zahl nochmal auf 2300 runtergefahren werden. Der Profit stimmt. Die Menschen sind Schrott.

Seit dem 1.1.1993 gilt das Nachtbackverbot für Bäcker, das das Backen erst ab 4.00 Uhr morgens erlaubt. Der Hintergrund: Die Bäcker sollen gezwungen werden, neue Technik zu kaufen. Das steigert den Absatz für Westproduzenten.

Lage der Landfrauen

Demütigend der Umgang vor allem mit den Landfrauen, die kaum wieder Arbeit finden werden. Frauen, die sich im Leben bewiesen haben, werden zu „Hauswirtschaftsgehilfen“ umgeschult. Günter Maleuda, ehemaliger Vorsitzender der Bauernpartei DBD und letzter Präsident der Volkskammer der DDR, meinte kürzlich auf einem Seminar in Berlin über das Landleben, daß es hier bald wieder Junker, Mägde und Knechte geben werde. Die Umschulungen zielen genau in diese Richtung.

Bildungs-Rückschritt

Auch in Mecklenburg-Vorpommern wurde als einst rückständigster Teil zu DDR-Zeiten Bildung an alle vermittelt. Es gab darin keinen Unterschied zwischen Stadt und Land. Heute wird hier

die Handschrift der Steffi Schnoor sichtbar: Senkung und Vernichtung des früher erreichten Bildungs- und Kultur-niveaus. Theater und Kinos in Kreisstädten (wie gerade Ende Januar geschehen) werden geschlossen, durch Zusammenlegung wird die Zahl der Sinfonieorchester reduziert, was ihre Verkleinerung und letztlich Vernichtung bedeutet. Aus den Schulen werden viele Lehrer entlassen. Frau Schnoor kündigt den weltweit anerkannten Mediziner Prof. Dr. Horst Klinkmann (Universität Rostock) wegen „Mangels an Bedarf“. Der eigentliche Hintergrund ist, daß er seine Ideale einer gerechten Gesellschaft nicht aufgegeben hat.

Das Bildungsniveau wird auf ein Niveau reduziert, das wieder Menschen zu „Ochsen hinter dem Pflug“ macht, während ein Ochse den Pflug führt, um ein altes Sprichwort aus Mecklenburg abzuwandeln. Das während des Sozialismusversuches in der DDR gebrochene Bildungsmonopol soll durch das neue System wieder verändert werden. Menschen mit zu hoher Allgemeinbildung wie aus der ehemaligen DDR, die die Strukturen der Gesellschaft erkennen und Fragen stellen können, sind für diese Gesellschaft nicht gefragt. Weniger gebildete Menschen sind leichter manipulierbar.

Entvölkerung

Wie in allen anderen neuen Bundesländern vollzieht sich auch in Mecklenburg eine Entvölkerung. 1990 verließen 60502 Personen das Land. 87% waren jünger als 40 Jahre. Von den 20 bis 30-Jährigen, die den größten Anteil ausmachten, ging fast jeder Zehnte. Es werden weniger Eheschließungen und sinkende Geburtenzahlen registriert, was das Land alt werden läßt. Diese Tendenz hält an.

Verzeichnet wird eine steigende Kriminalität. Die tägliche Presse ist voller Meldungen über die verschiedensten Ereignisse. Die psychische Situation, verursacht oft durch finanzielle Schwierigkeiten, führt zu Kurzschlußreaktionen. Eine 28-jährige Mutter von zwei Kindern erschöß im Streit ihren Mann (30). Der Grund: Man hatte sich mit einem nach der Wende übernommenen Großhandel übernommen.

Widerstand

Doch auch in Mecklenburg-Vorpommern regt sich Widerstand. Einmalig wohl in jüngster Zeit der Streik von Schülern einer dritten Klasse aus Rostock, die gegen die Entlassung ihrer Lehrerin während des laufenden Schuljahres protestierten. Die Schüler einer 12. Klasse aus der Kleinstadt Neukalen setzten sich zur Wehr, als ihr Klassenleiter kurz vor dem Abitur entlassen wurde. Kündigungsgründe wie gehabt: „Staatsnähe“ oder „Stasi“, aber ohne jegliche Untersuchung der Umstände.

In Güstrow wurde die Rede eines Beamten aus dem Bonner Arbeitsministerium auf einer Konferenz zum Thema „Wege aus der Arbeitslosigkeit“ tumultartig beendet, als er erklärte, es sei nicht üblich, an einem Sonntage zu arbeiten. Sein lehrerhaftes Auftreten führte zum Abbruch der Konferenz.

Mecklenburg-Vorpommern wird anscheinend immer weniger regierbar. Eine Krise folgt der anderen. Posten werden in rascher Folge ausgetauscht. Die Politikverdrossenheit wächst weiter. In einigen Gemeinden sind Abgeordnete zurückgetreten, was zur Folge hat, daß die Vertretungen nicht mehr beschlußfähig sind. Die CDU und SPD sagen jeweils über den anderen, daß er für die nächsten Wahlen nicht die erforderliche Zahl von Kandidaten zusammenbekommen wird.

Man muß sich darauf einstellen, daß die Regierenden in ihrer Konzeptionslosigkeit ihre Entscheidungen zunehmend kurzschichtiger treffen werden. Aber auch das Chaos ist wohl Methode. Es erlaubt den Einsatz von mehr Polizei (siehe Rostock) zur Lösung von Problemen, wenn man eine Demokratie mit Transparenz und Öffentlichkeit fürchtet. Ist es der mündige, gebildete Bürger, vor dem man Angst hat? Wird der Bürger wieder aktiv, stehen die Zeichen für die gegenwärtig Regierenden in Mecklenburg-Vorpommern auf Sturm. — (KO)



„Dank all unseren Kunden. Wir verabschieden uns.“ Dies war im Schaufenster der renommierten Karl-Marx-Buchhandlung in Ostberlin zu lesen. Noch vor der Währungsunion sicherte sich Bouvier zusammen mit der Berliner Buchhandels-gesellschaft (BBG) diese und zwölf weitere große Volksbuchhandlungen. Inzwischen sind neun davon geschlossen. Schuld am Rückzug seien überhöhte Gewerbesteuer und die Leseunlust der Ostberliner. Letzteres trifft bekanntermaßen nicht zu. Stattdessen dürfte eher das niveaulose und sich wiederholende Angebot Bouviers Grund für die Kaufunlust sein. Die Mitarbeiter selbst verwies er an die BBG, die sich aber in Liquidation befindet. Die Treuhand prüft nun, ob hier eine sog. Aushöhlungs-handlung vorliegt. 120 Beschäftigte sind entlassen worden. Das Arbeitsgericht hat Bouvier

Frauen in Sachsen Eine wissenschaftliche Studie

Frauen sind nicht nur Betroffene der gesellschaftlichen Veränderungen, die ihre soziale Lage nachhaltig beeinflussen, sondern auch aktive, selbständige und kritische Mitgestalterinnen. Trotz der massiven Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit und Wegfall vieler sozialpolitischer Bedingungen, die eine Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie ermöglichen, haben Frauen eine tendenziell optimistische Zukunftsorientierung. Sie stützen sich dabei auf ihre berufliche Kompetenz, stark ausgeprägte Lebensorientierungen in Bezug auf Beruf und Familie, Eigenaktivität und materielle sowie ideelle Unterstützung durch Familie und Freunde.

Dennoch stehen Frauen den gesellschaftlichen Veränderungen nicht unkritisch gegenüber: Die soziale Unsicherheit, gravierende Mängel in einer Politik, die Frauen in ihrer gesetzlich garantierten Chancengleichheit benachteiligt, ideelle Werte der Marktwirtschaft, die die zwischenmenschlichen Beziehungen abkühlen lassen — all das sind Kritikpunkte, die Frauen als Ängste und Risiken antizipieren und nachhaltig Veränderungen einklagen. Chancengleichheit und Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist für Frauen nicht nur eine individuell zu lösende Aufgabe, sondern vor allem eine der PolitikerInnen.

Besondere Betroffenengruppen sind Alleinerziehende, Frauen ab 45 Jahren, Arbeitslose, Frauen mit geringer Qualifikation und Frauen aus der Landwirtschaft bzw. Industrie. Das Problem ist, daß es meist zu einer Bündelung von diesen Aspekten kommt, d.h. es handelt sich um Frauen aus der Industrie bzw. Landwirtschaft, die, wenn sie nur eine geringe Qualifikation haben, ab 45 Jahre kaum mehr Chancen haben, in der nächsten Zeit wieder erwerbstätig zu werden. Oder Alleinerziehende, die aufgrund der Alleinverantwortlichkeit für ihre Kinder zum Risikofaktor bei der

Einstellung seitens der Arbeitgeber werden.

Auch bei Frauen zeigt sich deutlich die sogenannte „Zweidrittelgesellschaft“: Sie teilen sich in Frauen, die erwerbstätig sind und an den positiven Seiten der Marktwirtschaft partizipieren können — unter Inkaufnahme von beruflichem Streß, der die Familie zu kurz kommen läßt — und Frauen, die arbeitslos sind, die ökonomisch am Rand der Gesellschaft stehen und auch von den meisten positiven Seiten der neuen Gesellschaft weitgehend ausgeschlossen sind. Das sind vor allem die vorhin genannten Betroffenengruppen.

Es wurde deutlich, daß die Institutionen, die zum Abbau der Arbeitslosigkeit geschaffen wurden, in Sachsen noch nicht in ihrer Wirkung effizient sind bzw. deren Maßnahmen bereits greifen. Das betrifft insbesondere das Arbeitsamt. Auch andere Institutionen und Möglichkeiten der Interessenvertretung sind noch zu wenig bekannt und werden zu wenig genutzt. Der NutzerInnenkreis begrenzt sich auf meist höher qualifizierte Frauen. Die Problemgruppen werden kaum oder nicht erreicht.

Was das Arbeitsamt betrifft, so konnte festgestellt werden, daß hier noch zu wenig auf berufliche Veränderungswünsche von Frauen eingegangen wird. Denn viele betrachten ihre Arbeitslosigkeit als Chance des Wechsels in einen anderen Beruf, insbesondere Frauen, die bisher in der Industrie bzw. Landwirtschaft tätig waren.

Frauen sind nicht wesentlich apolitisch als Männer. Hinter der Distanz zu Parteien und Gewerkschaften verbirgt sich vor allem politische Frustration und Anomie, aber auch Desinteresse für Politik. Das ist offensichtlich in den traditionell-konservativen Strukturen von Politik begründet, die Entscheidungsprozesse wenig transparent und mitgestaltbar machen und erscheinen lassen.

Auch in anderen öffentlichen Bereichen wollen und können Frauen derzeit wenig aktiv werden: Als wichtigere Aktivitätsbereiche werden derzeit individuell zu lösende, existentielle Fragen des gesellschaftlichen Wandels betrachtet. Allerdings steckt in den Frauen ein sehr großes Aktivitätspotential, ihre Interessen in der näheren Umgebung in Initiativgruppen, Vereinen und Elternvertretungen wahrzunehmen und sich aktiv zu engagieren. D.h. überschaubare Basisdemokratie und -aktivitäten stehen weit vor traditionell-politischem Engagement, wo das individuelle Handeln und der individuelle Erfolg unsichtbar bleibt.

Die Beratungs- und Freizeitinteressen von Frauen sind sehr vielfältig und differenziert. Sie konzentrieren sich, je nach Betroffenheit und Alter, in Beratung zu Rechtsfragen (v.a. Arbeitsrecht) und Behördennutzung, auf Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Ältere, Sport und Initiativen „Gewalt gegen Frauen bzw. Kinder“. Letzteres weist auf eine ganz prekäre Problemlage hin.

Welche Schlußfolgerungen sollten daraus gezogen werden?

1. Frauenpolitik sollte in erster Linie Arbeitsmarktpolitik sein, die sich zugleich auf den Erhalt bzw. den Ausbau von sozialpolitischen Maßnahmen richtet. Frauenpolitik erreicht die Basis der Frauen nur, wenn sie sich glaubwürdig für ihre Bedürfnisse und Interessen einsetzt. Deshalb ist die Unterstützung von Basisinitiativen genauso wichtig wie das Einsetzen für Frauenprobleme vor Ort und strategische Orientierungen (Frauenförderprogramme).

2. Frauenpolitik sollte in zweiter Linie Bildungs- und Informationspolitik sein, die Frauen in die Lage versetzt, sich in der Marktwirtschaft kritisch zu orientieren. Das Dilemma der begrenzten Erreichbarkeit von Frauen mit niedrigerer



Qualifikation ist nur zu lösen, wenn man an ihren spezifischen Interessen ansetzt — und diese liegen im Freizeit- und Familienbereich, in der näheren und bekannten Umgebung. Deshalb sollte es insbesondere auch darauf ankommen, kleine Basisinitiativen zu fördern, Frauen durch den Erfolg der Förderung zu ermutigen, weiter und stärker ihre Interessen wahrzunehmen.

3. Frauenpolitik sollte zugleich auch immer Aufklärungspolitik sein. Noch zu wenig erkennen Frauen, daß sie erheblich stärker als Männer von den wirtschaftlichen und sozialen Umstrukturierungen betroffen sind. Die Schaffung von Öffentlichkeit unter Frauen zu diesen Problemen ist jedoch bei der Mehrzahl der Frauen nicht in ausschließlich abstrakten feministisch-wissenschaftlichen Veranstaltungen und Publikationen möglich, sondern nur in einer Form, die Frauen in ihrer Sprache auch akzeptieren. Frauen wollen ihre Probleme mit den Männern zusammen lösen und nicht

separat oder gar gegen sie.

Wieder andere würden, weil sie sich schon eine bestimmte feministische Problemsicht erarbeitet haben, nicht mehr dahinter zurückgehen. Die Differenziertheit unter Frauen gilt es bei der Schaffung einer frauenpolitischen Öffentlichkeit zu berücksichtigen.

Mit diesem Resümee über „Frauen in Sachsen — zwischen Betroffenheit und Hoffnung“ schließt das Heft 1 einer neuen Schriftenreihe, erschienen im GNN-Verlag Sachsen, „Texte zur politischen Bildung“. Die Erkenntnisse und Schlußfolgerungen dieser wissenschaftlichen Untersuchung aus dem Jahre 1992 dürfen nicht nur für das Land Sachsen von brennendem, aktuellem Interesse sein. Herausgeber der Reihe ist der ROSA-LUXEMBURG-VEREIN e.V. (Rosa-Luxemburg-Str. 19-21, 0-7010 Leipzig). Das Heft 2 dieser Schriftenreihe „Verfolgte ohne Heimat — Beiträge zur Geschichte der Sinti und Roma“ wird in Kürze erscheinen.

Metalltarif Berlin-Brandenburg: Arbeitgeber brechen Vertrag

Die Schlichtungsgespräche für die Metall- und Elektroindustrie im Tarifgebiet II (Berlin-Ost und Brandenburg) sind am 19. Februar gescheitert. Die von dem ehemaligen Regierenden Bürgermeister Dietrich Stobbe geleitete Schlichtungskommission stimmte zwar mit 4:3 Stimmen für die Durchführung der für den 1. April vereinbarten Erhöhung der Löhne und Gehälter, jedoch wären fünf Stimmen erforderlich gewesen, d.h. einer der Arbeitgebervertreter hätte auf Seiten der Gewerkschaften mitstimmen müssen. Dietrich Stobbes Stimmabgabe allein reichte nicht. Wie es nun weitergeht, bleibt offen. Allerdings haben die Arbeitgeber gewisse Fakten geschaffen und Ankündigungen gemacht.

Zunächst sind im Tarifgebiet Sachsen die Schlichtungsgespräche nicht nur für gescheitert erklärt worden, sondern die Arbeitgeber haben dort den Stufentarifvertrag fristlos gekündigt. Das bedeutet, daß quasi ab sofort die Einzelkapitali-

sten die theoretische Möglichkeit zum Abschluß individueller Vereinbarungen haben, nicht nur differenziert nach Betrieben, sondern auch noch differenziert innerhalb der Betriebe nach Beschäftigungsgruppen und einzelnen Beschäftigten. Diese Lage kann sich ausdehnen auf die anderen Tarifgebiete, wenn die Arbeitgeber ihre Drohungen wahr machen und auch dort die Tarifverträge fristlos kündigen. Allerdings weist vieles auf ein differenziertes Vorgehen der Unternehmensverbände je nach wirtschaftlicher, politischer und rechtlicher Situation hin. In Sachsen wie auch in Thüringen existiert z.B. lediglich ein Verhandlungsprotokoll über die Durchführung der stufenweisen Angleichung an die Westtarife bis 1994. Für Berlin-Brandenburg existiert demgegenüber ein unterschriebener und registrierter Tarifvertrag über alle Stufen bis 1994.

Über die Fakten hinaus, die die Arbeitgeber schon geschaffen haben, sind folgende Ankündigungen bekannt ge-

worden: Die Unternehmen in Berlin-Brandenburg erhöhen die tariflichen Leistungen im Jahre 1993 lediglich um neun Prozent, d.h. einschließlich der bereits zu Beginn dieses Jahres in Kraft getretenen Verbesserungen im Tarifzulagenbereich. Vereinbart war eine Erhöhung der Löhne und Gehälter ab April um 26 Prozent. Aus anderen Tarifgebieten war zu hören, daß sogar darüberhinaus noch Öffnungsklauseln für jene Betriebe geschaffen werden sollen, die neun Prozent als nicht tragbar erachten.

Auf der eiligst einberufenen IG-Metall-Konferenz der Verwaltungsstelle Berlin am Samstag, den 20. Februar, stellten sich weitere interessante Einzelheiten heraus. Die Arbeitgebervertreter mußten in der Schlichtungskommission einräumen, daß die Gesamtbeschäftigtenzahl der Unternehmen, die sie in Brandenburg und Ostberlin vertreten, nur noch 55 000 beträgt. Allein in Westberlin demgegenüber sind noch Betriebe mit insgesamt 100 000 Beschäftigten im

VME-Verband organisiert. In Ostberlin und Brandenburg hat also wie in den anderen ostdeutschen Bundesländern auch eine Austrittswelle von Unternehmen aus dem Arbeitgeberverband stattgefunden. Die absehbare Tendenz von Lohn- und Gehaltsvereinbarungen außerhalb der Tarifverträge auf betrieblicher Basis ist unübersehbar, auch wenn formal und rechtlich der Austritt eines Unternehmens aus dem Arbeitgeberverband diesen nicht sofort für den laufenden Tarifvertrag aus der Tarifbindung entläßt.

Einige Betriebsräte aus Ostberlin wußten andererseits über betriebliche Angebote von Unternehmensführungen zu berichten, die 20 oder auch mehr Prozente Lohn- und Gehaltserhöhung ab 1. April anbieten, wenn denn die Betriebsräte und Belegschaften auf Kampfmaßnahmen für die Einhaltung der Tarifverträge verzichten. Bei diesen Unternehmen handelt es sich um Westunternehmen, die im Osten investiert oder Betriebe übernommen haben.

IG Metall eisenhart, aber ohne Konzept

Die IG Metall steht vor einem Scherbenhaufen. Ihre Unbeweglichkeit in Sachen Strategie und Taktik und ihr mangelnder Einfluß auf die öffentliche Meinung ha-

ben sie weitgehend handlungsunfähig gemacht. Die IG Metall hat es bis heute nicht vermocht, der Öffentlichkeit darzustellen, daß die Tarifierhöhung um 26 % effektiv lediglich ca. eine Erhöhung der Löhne und Gehälter von 50 % der Westeinkommen auf dann 60 % entspricht.

Vor allem aber hat die IG Metall keine Strategie entwickelt, die die unterschiedliche Lage von West-Unternehmen im Osten gegenüber Treuhandunternehmen und gegenüber einzelnen kleineren Ostunternehmen wenigstens ansatzweise berücksichtigt. Die Westunternehmen im Osten können zahlen, wollen aber mehr betrieblichen Gestaltungsspielraum. Bei den Treuhandunternehmen sitzt der Staat auf der anderen Seite. Die mittleren und kleineren Unternehmen im Osten müssen mit der Verpflichtung zur Einhaltung des Tarifs ihre Existenz aufgeben. Anstatt zu fordern, daß die Westunternehmen im Osten den Tarif zahlen müssen, daß die Treuhandunternehmen und kleineren Lohnsubventionen gehalten werden können und müssen, kannten die IGM-Tarifstrategen nur eine Strategie: „Wenn um Tarife geht, wollen wir gerne als Betonköpfe gelten“. Wohin das führt, wird jetzt offenbar. — (brr)

Rechtsextreme in Berlins Freiwilliger Polizeireserve

Im Wesentlichen bestätigen mußten Innensenator Heckelmann und Polizeipräsident Saberschinsky einen Bericht des Magazins *Focus* vom 15. Februar. Danach ist bei der Überprüfung von 206 seit dem 1. April 1987 in die Berliner Freiwillige Polizeireserve eingetretenen Mitgliedern festgestellt worden, daß 89 kriminelle Handlungen begangen haben wie Raub, schwere Körperverletzung und sexuellen Mißbrauch von Kindern. Vor einigen Wochen war bereits aufgefallen, daß einer Bande von zwölf Waffenschießern fünf Mitglieder der Freiwilligen Polizeireserve (FRP) angehörten, davon wiederum drei

hatten 1986 an Wehrsportübungen sowie an der Gründung der faschistischen FAP in Berlin teilgenommen. Inzwischen hat sich der NPD-Sprecher T. Salomon mit guten Kontakten in die FRP gebrüstet und 16 von den Hilfspolizisten sollen an Wehrsportübungen teilgenommen haben. Die Gewerkschaft der Polizei, Bündnis 90/Grüne, FDP und PDS fordern die Auflösung des 2426 Mann starken Überbleibels aus dem Kalten Krieg. Der Regierende Bürgermeister Diepgen, seit 29 Jahren selbst dabei und wie H. Lummer Ehrennadelträger der FRP, stellt sich mit den Worten: „Ich bleibe dabei“ gegenüber der „BZ“ vor

die Truppe. Innensenator Heckelmann will, soweit zulässig, Überprüfungen vornehmen, eine Säuberung durchführen und weitermachen. In der rot-grünen Koalition hatte die SPD noch mit der AL die Auflösung der FRP vereinbart und die Haushaltsmittel bereits gestrichen, weil die Freiwillige Polizeireserve als Überbleibsel des Kalten Krieges überlebt war. Kurz vor dem Bau der Mauer wurde sie gegründet als „Gegengewicht“ gegen die Betriebskampfgruppen und sollte im „Krisenfall“ die Postämter, die Rundfunkanstalten und die Druckereien der freien Springer-Presse in der Frontstadt schützen. In ihren

Hochzeiten zählte die Freiwilligentruppe bis zu 6000 Mann, aber bereits in den siebziger Jahren wurde ihre Auflösung mangels Interesse und Aufgaben diskutiert. Damals wurden die Hilfsordnungshüter von Innensenator Lummer, der auch Kontakte zur NPD hatte, vor dem Aus bewahrt. Immerhin hatten sich die FRP-Leute ja 1967 zum Schutz des Schah einsetzen lassen, als bei den damaligen Demonstrationen Benno Ohnesorg erschossen wurde, und ließen sich auch beim Reagan-Besuch oder beim IWF-Gipfel 1988 zur Entlastung der regulären Polizei verwenden. Neuerdings wird ihre Notwendigkeit mit den Aufgaben, die bei der erhofften Olympiade auf sie warten, zu begründen versucht.

Heckelmann konnte nach der Senatsitzung unwidersprochen berichten, daß entgegen öffentlichen Äußerungen von SPD-Vertretern in der Senatsitzung niemand, also auch nicht die SPD-Sena-

toren in der großen Koalition, die Auflösung gefordert hätten. Am 28. Dezember letzten Jahres erst hatte die CDU/SPD-Regierung die Kompetenzen der Freiwilligen Polizeireserve erweitert. Waffentragen wurde erlaubt und auch den Verkehr sollte sie regeln können. Ihre traditionelle Aufgabe des Gebäudeschutzes schließt auch die Bewachung von Flüchtlingsheimen ein. Laut *Focus* sollen sich jene 16 Mitglieder, die an Übungen von rechtsradikalen Wehrsportgruppen im Harz teilgenommen hatten, andererseits dem Berliner Neofaschisten Priem als Leibwache angeboten haben mit der Begründung, sie müßten sich für den nächsten Bürgerkrieg rüsten. Bündnis 90/Grüne hat inzwischen eine Sondersitzung des Innenausschusses beantragt, über einen Mißtrauensantrag der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus wird am 25. Februar entschieden. — (chk)

Eine Reihe von Organisationen und Personen, darunter Vertreter des Kurdistan-Komitees und der in Europa gewählten Abgeordneten für das kurdische Nationalparlament, haben am 16. Februar auf einer Pressekonferenz in Bonn bekanntgegeben, daß sie bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe eine Strafanzeige gegen die Bundesregierung eingereicht haben. Ihr Vorwurf: Die Bundesregierung leiste mit ihrer Militärhilfe an das türkische Regime „Beihilfe zum Völkermord“ (§ 220a StGB) am kurdischen Volk.

Die Anzeige wird getragen von folgenden Personen und/oder Organisationen:

Hans Brandscheid, medico international, Frankfurt
Angelika Beer, Bundesvorstandsmitglied der Grünen, Neumünster
Ulla Jelpke, MdB PDS/LL, Bonn
Jürgen Gräßlin, Rüstungsinformationsbüro Baden-Württemberg
Christiane Urban, BUKO, „Stoppt den Rüstungsexport“, Bremen
Holger Rothbauer, Dachverband kritischer AktionärInnen Daimler-Benz, Stuttgart
Vereinigung Hessischer Strafverteidiger e.V., Vorstand, vertreten durch RA Heiner Bremer, Frankfurt
Initiative Bremer StrafverteidigerInnen, Vorstand, vertreten durch RAin B. Kopp, Bremen
Organisationsbüro der Strafverteidigervereinigungen, vertreten durch den Geschäftsführer, RA Meertens, Köln
Rainer Ahues, Rechtsanwalt, Vorstandsmitglied im Republikanischen Anwältnenverein, Hannover

Aufruf:

Die Unterstützung des Völkermordes und Aggressionskrieges der Türkei gegen das kurdische Volk beenden und die Verantwortlichen bei uns zur Rechenschaft ziehen!

Während die Empörung über die Welle rassistischer Brand- und Mordanschläge wächst, verschiedene Gegenmaßnahmen getroffen und weitere diskutiert werden ... finden im Südosten der Türkei Massaker an der kurdischen Bevölkerung statt, die in der hiesigen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen werden, obwohl die Betroffenen und Menschenrechtler eine direkte deutsche Mitverantwortung anprangern, die man zynisch so beschreiben könnte: Alle reden von „Fluchtsachen bekämpfen!“ — wir schaffen sie!

Der Einsatz deutscher Waffen, insbesondere Panzer, gegen die kurdische Bevölkerung im vergangenen Jahre wurde von zahlreichen Zeugen bestätigt (u.a. durch medico international, amnesty international und Lord Avebury, Vorsitzender der Menschenrechtskommission des Britischen Parlaments), so bei den Newroz-Massakern, dem Überfall auf Sirkak Ende August, der Ermordung des Kurden Nevzat Dündar im September mit einem deutschen BTR-60-Panzer, sowie bei der Belagerung und Verwüstung der Stadt Kulp Anfang Oktober ... Wir sehen in den Rüstungslieferungen eine Unterstützung des Völkermordes an den Kurden durch die türkischen Machthaber und die durch unsere Verfassung verbotene Unterstützung eines Aggressionskrieges (Artikel 26 Grundgesetz).

Der Straftatbestand des § 220a unseres Strafgesetzbuchs ist erfüllt: Mit militärischen und paramilitärischen Mitteln, durch Folter, Zwangsdeportation usw. werden in der Absicht, eine nationale Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören Mitglieder der Gruppe getötet, schwere körperliche und seelische Schäden an Mitgliedern der Gruppe verursacht, vorsätzlich Lebensbedingungen für die Gruppe auferlegt, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen. Die Rüstungshilfe der BRD stellt sich daher als Beihilfe zum Völkermord dar.

Wir unterstützen daher die Strafanzeige wegen des Verdachts der Beihilfe zum Völkermord.

Anstelle des Rüstungsexportes in die Türkei ist es Zeit, das Selbstbestimmungsrecht der Kurden anzuerkennen und internationalen Druck auszuüben, damit die Türkei sich endlich zu einem Waffenstillstand und Friedensverhandlungen im Krieg mit der Guerilla der PKK bereit erklärt.

Ein Teil der Unterstützung des türki-

Anzeige gegen die Bundesregierung wegen „Beihilfe zum Völkermord“ in Kurdistan

VerteidigerInnen in den Düsseldorf und Celler PKK-Prozessen: E. Biskamp, J. Bremer, B. Fresenius, Frankfurt; F. Hess, D. Müller, Köln; M. Schubert, Freiburg; M. Böddeling, Hamburg; H. Plähn, Hannover; Hans-Eberhard Schultz, Bremen.
Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein Köln, vertreten durch H. Krause, Rechtsanwältin.
Kurdistan-Komitee in der BRD e.V., Köln.

Wir dokumentieren im folgenden Auszüge aus dem Aufruf zur Unterstützung der Anzeige und aus der Erklärung des kurdischen Abgeordneten M. Öztürk auf der Pressekonferenz in Bonn. Die Bundesanwaltschaft wird voraussichtlich mehrere Wochen benötigen, um die Anzeige zu prüfen und zu entscheiden, ob sie die Ermittlungen aufnimmt. Während dieser Zeit sollen weitere Unterstützer für die Anzeige gewonnen werden. Am 19. Februar erschien eine erste ganzseitige Anzeige in der tageszeitung. Der vollständige Text der Anzeige gegen die Bundesregierung und der Erklärungen auf der Pressekonferenz wird voraussichtlich im März als Broschüre erscheinen und ca. 50 Seiten umfassen. Bestellungen sind ab sofort beim Kurdistan-Komitee in Köln möglich.

schen Regimes sind die Strafverfahren gegen Kurden und Kurden in der BRD unter dem Vorwurf der „terroristischen“ Betätigung, die der Generalbundesanwalt vor verschiedenen Oberlandesgerichten angestrengt hat. Mit diesen Prozessen greift die Bundesrepublik unmittelbar auf Seite des türkischen Staates in den Konflikt ein ... Die aktuelle Situation in Kurdistan und in den Strafverfahren fordert die Einstellung der Verfolgung der PKK durch die bundesdeutsche Justiz als „terroristische Vereinigung“ mittels des § 129a StGB und die Beendigung der Unterstützung des türkischen Staates in seinem Vernichtungskampf gegen das kurdische Volk. Wir unterstützen daher auch die Forderung der Verteidigung in den sogenannten Kurden-Prozessen, den Anklagevorwurf nach § 129a StGB wegen „terroristischer Betätigung“ einzustellen.

Wir nehmen das Einreichen der Strafanzeige wegen Unterstützung des Völkermordes zum Anlaß, zur aktiven Unterstützung unserer Kampagne aufzurufen, mit der gefordert wird:

- ☆ Keine Unterstützung von Völkermord und Kriegsverbrechen am kurdischen Volk!
- ☆ Schluß mit dem Rüstungsexport in die Türkei!
- ☆ Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Kurden!
- ☆ Friedensverhandlungen jetzt!
- ☆ Beendigung der Verfolgung von Kurdeninnen und Kurden als „Terroristen“!
- ☆ Einstellung der Verfahren nach § 129a StGB!
- ☆ Keine Abschiebung von Kurden in die Türkei!

Zu den Erstunterzeichnern dieses Aufrufs gehören neben den Einreichern der Anzeige (s.o.) u.a.:

Heiner Bremer, Landesvorstand Die Grünen, Bremen; Prof. Jürgen Waller, Rektor der Hochschule für Künste; Prof. Ronald Mönch, Rektor der Hochschule Bremen; Prof. Dr. K.H. Jahnke, Rostock; Bildungs- und Solidaritätswerk Anna Seghers e.V.; Holger Jänicke (Pflugschar für Kurdistan); AsTA der Justus-Liebig-Universität Gießen; Frau Grützmaker, Die Grünen im Mainzer Landtag sowie mehrere weitere Einzelpersonen, Kurdistan-Solidaritätsgruppen u.a.

Erklärung von Mazallah Öztürk, Abgeordneter des Kurdischen Nationalparlaments, Bonn, 16. 2. 93

Der Hungerstreik richtet sich gegen die Massaker des türkischen Staates, die er unter dem Schlagwort „Inlandsoperation“ durchführt. Unser vordergründiges Anliegen ist es, die Öffentlichkeit auf diese inhumanen Maßnahmen aufmerksam zu machen und mögliche Genozide des türkischen Staates zu Newroz zu verhindern.

Die Forderungen beinhalten, daß jegliche militärische und ökonomische Unterstützung an die Türkei gestoppt wird. In diesem Sinne gilt unser Aufruf vor allem der deutschen Regierung.

Wie Ihnen bekannt ist, führt das kurdische Volk im türkisch besetzten Teil Kurdistans einen legitimen Befreiungskampf für seine natürlichsten Rechte.

Trotz der Resolution der UNO von 1977, nach der ein kolonisiertes Volk legitimiert ist, bewaffneten Widerstand gegen die Kolonialmacht zu führen, hat die politische Führung des kurdischen Befreiungskampfes sich immer wieder für einen Dialog und eine politische Lösung bereit erklärt.

Obwohl die PKK dem Wunsch des Europäischen Parlaments nach einem Waffenstillstand im Dezember letzten Jahres mit einer positiven Antwort entgegengekommen ist, hat der türkische Staat den Staatsterror erhöht.

Der türkische Staat gibt selbst zu, daß in Kurdistan ein Krieg ist. Und trotzdem verletzt er die internationalen Kriegsregeln:

- die Zivilbevölkerung wird massakriert;
- Gefangene werden durch Folter ermordet;
- über 320 Dörfer sind allein im letzten Jahr zerstört und die Bevölkerung zur Flucht gezwungen worden;
- 385 Personen sind durch die Konter-

Guerilla ermordet worden, darin sind Gefechte und Folter nicht mitgezählt;

- 20000 Personen sind festgenommen worden;
- 42 bekannte oppositionelle Politiker sind ermordet worden;
- insgesamt sind 16 grenzüberschreitende Operationen durchgeführt und Dörfer in Süd-Kurdistan bombardiert worden;
- die Städte Sirkak, Kulp, Lice, Cukurca und Dargecit wurden bombardiert.

In Kurdistan ist das Leben nicht mehr sicher; jederzeit kann die Konter-Guerilla wieder angreifen.

Insbesondere die Menschlichkeit wird in Kurdistan ermordet ...

Die deutsche Regierung unterstützt mit allen Mitteln den türkischen Staat, der sich an der Menschlichkeit schuldig macht. Damit ist die deutsche Regierung mitschuldig an den Taten des türkischen Staates. Die Massaker in Kurdistan werden mit deutschen Waffen begangen ...

Der MIT hat dem kurdischen Schriftsteller Selim Cürükkaya einen Drohbrief geschickt. Die deutsche Regierung schweigt dazu, als ob sie zu diesen Aktivitäten ermuntern wollte. Warum?

Im September letzten Jahres ist die Führung der KDP-Iran in Berlin ermordet worden. Obwohl die PKK von vornherein die Tat verurteilt hat und die KDP Hinweise auf mögliche Täter gegeben hat, hat der Bundesanwalt die Tat der PKK in die Schuhe geschoben. Diese Erklärung des Bundesanwaltes ist nichts anderes als der Versuch, dem türkischen Staat zu dienen und sein Sprachrohr zu sein.

Bei einem Besuch türkischer Sicherheitsbeamter im Dezember letzten Jahres in Deutschland ist durch ein Abkom-

men festgelegt worden, daß Spezial-Team-Einheiten und die Konter-Guerilla in Deutschland ausgebildet werden ... Solche Beispiele können beliebig fortgesetzt werden ...

Die deutsche Regierung sollte ihre einseitige Position aufgeben und eine Vermittlerrolle einnehmen.

Die Menschlichkeit erfordert diesen Schritt.

Die internationalen Abkommen, die sie unterschrieben hat, erst recht.

Mit der Unterstützung der Türkei, mit der sich die deutsche Regierung mitschuldig macht, muß Deutschland aufhören. Um noch mehr Blutvergießen in Kurdistan zu verhindern und nach einer politischen Lösung zu suchen, muß die deutsche Regierung ihre Unterstützung stoppen. Sie sollte sich um friedliche Lösungen bemühen.

Sie muß damit aufhören, mit den Steuern hunderttausender von Kurden, die in Deutschland leben, Waffen an die Türkei zu liefern.

Das kurdische Volk in Europa wird das nicht akzeptieren, und deshalb muß auch auf die Wut und den Zorn der Kurden in Deutschland geachtet werden.

Als Vertreter des Kurdischen Nationalparlaments wollen wir unser Streben nach einem Dialog und einer politischen Lösung der Frage bekunden. Wir wollen, daß der Krieg aufhört und werden alles in unserer Macht stehende tun, um unnötiges Blutvergießen zu verhindern.

Um die Zukunft des kurdischen Volkes zu gewährleisten, fordern wir eine Lösung. Das kann die Form eines Referendums annehmen.

Eins sollte jedoch klargestellt werden: ein Frieden im Mittleren Osten ist nur dann möglich, wenn das kurdische Volk seine Freiheit und Unabhängigkeit erlangt hat.

Masallah Öztürk, Abgeordneter des Kurdischen Nationalparlaments, Bonn, 16. Februar 1993

Dokumentiert: Auszüge der Anzeige

... In der 1948 verabschiedeten „Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes“ wird in Artikel II der Begriff „Völkermord, ob im Frieden oder im Krieg begangen“, allgemein bestimmt. Danach „bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen sind, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

- a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
- b) Verursachung von schwerem körperlichen oder seelischen Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
- c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;
- d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;
- e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe“.

Nach dieser Definition reicht also „schon“ die Tötung (einzelner) Menschen der nationalen Gruppe bzw. deren (schwere) körperliche oder seelische Schädigung, wenn sie in der Absicht begangen wird, die Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören ...

(Es folgt eine umfangreiche Dokumentation der Geschichte der türkischen Völkermordpolitik gegenüber den Kurden und der aktuellen türkischen Politik. Hier ein Auszug:)

„Nach dem Massaker von Sirkak erklärte Ministerpräsident Demirel ausdrücklich:

„Das Ausland betrachtet unseren Kampf als Kampf gegen den Terrorismus. Das ist für uns ein großer Vorteil.“ (Milliyet vom 8. 9. 1992, zitiert nach Frankfurter Rundschau, 22. 10. 1992)

Der Gouverneur der Stadt Kulp, in der im Oktober ein Massaker stattgefunden hatte (siehe oben), erklärte Yavuz Fersoglu vom Bundesvorstand der IG Medien anläßlich einer Delegationsreise:

„Was glaubt Ihr denn, wozu wir diese Panzerwagen aus den NVA-Beständen benutzen, jetzt, wo es den Feind Sowjetunion nicht mehr gibt?“ ...

(Im folgenden Auszüge aus dem Kapitel über „die deutsche Unterstützung der türkischen Machthaber“:)

„Die bundesdeutsche Wirtschafts- und Militärhilfe für die TR ist seit dem Militärputsch vom September 1980 Gegenstand kontroverser öffentlicher Debatten. Die nachfolgenden Ausführungen beschränken sich auf den Gesichtspunkt der Militärhilfe, die seit langem in den verschiedensten Formen durchgeführt wird ...

Die BRD hat in der Vergangenheit die Türkei auch und gerade seit dem Militärputsch systematisch militärisch hochgerüstet ...

„Der Einsatz deutscher Waffen, u.a. aus NVA-Beständen, während der Newroz-Massaker im März 1992 (siehe oben) ist vielfach belegt:

— Unter anderem durch die sogenannte „Newroz-Delegation von Politikern und Menschenrechtlern“, siehe oben (vgl. Weser-Kurier, 27. 3. 1992) ...

Sie führten u.a. zu einer vorläufigen Suspendierung der weiteren Waffenlieferungen und dem Rücktritt des Verteidigungsministers Stoltenberg im April 1992. Wenig später wurden die Lieferungen wieder aufgenommen, nachdem die türkische Seite angeblich zugesichert hatte, diese nur im NATO-Verteidigungsfall nach außen einzusetzen.

Wenig später wurde jedoch erneut der Einsatz von deutschen Waffen in Kurdistan bekannt.

— Der Vorsitzende des britischen Menschenrechtsausschusses, Lord Avebury, bestätigte den Einsatz deutscher Panzer während der oben erwähnten Massaker in Sirkak von Ende August 1992 ... Die Frankfurter Hilfsorganisation medico international berichtete unter Berufung auf Augenzeugen, daß neben den NVA-Panzern auch Geschosßreste aus ehemals deutschen Rohren in der im August fast völlig zerstörten Stadt Sirkak gefunden worden seien; überdies seien auch Granatreste des deutschen Leopard-I-Panzers in den Trümmern Sirkaks gefunden worden (vgl. FR 26. 9. 92).

— Die Ermordung von Mesat Dunder am 6. 9. 1992 durch türkische Sicherheitskräfte mit Hilfe eines deutschen Schützenpanzers vom Typ BTR-60, mit

dem er zu Tode geschleift wurde, ist fotografiert worden ...

— Nach Angaben von amnesty international von Mitte Oktober 1992 setzt die türkische Armee im Kampf gegen die Kurden weiterhin deutsche Waffen ein, und die türkischen Sicherheitskräfte töten und verletzen weiterhin auch Zivilisten mit deutschen Waffen (FR 20. 10. 92) ...

Am 23. 9. 1992 beschloß der Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages, im November und Dezember 46 Kriegsflugzeuge vom Typ Phantom-RF-4E des (ab 1993 aufgelösten) „Aufklärungsgeschwaders Immelmann“ sowie weitere Großwaffensysteme an die Türkei zu liefern ... Im November 1992 wurde durch eine Sendung des ARD-Magazins „Monitor“ bekannt, daß die Rüstungsfirma „Eurometaal“ im niedersächsischen Liebenau 18000 Artilleriegeschosse produzierte, die in Kürze der türkischen Armee zum Einsatz gegen die Kurden geliefert werden sollen. Hierbei handelt es sich um 185-mm-Granaten des Typs M483, die mit zahlreichen Sprengköpfen gefüllt sind und die Wirkung von Streubomben haben ... Auch beim Einmarsch türkischen Truppen in den irakischen Teil Kurdistans im Oktober und November 1992 wurden wiederum deutsche Waffen, Hubschrauber und Bomben eingesetzt ...

Wie bereits bei früheren Bombeneinsätzen waren wiederholt Brandbomben aus Deutschland auf kurdische Dörfer im Irak geworfen worden, entsprechende Bilder im deutschen Fernsehen gezeigt ...

(Abschließend stellt die Anzeige fest:)

„Nach den vorstehenden Ausführungen kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der Tatbestand des Völkermordes im Sinne des § 220a StGB sowie der zugrundeliegenden UNO-Resolution von 1948 durch das türkische Militär und die Regierung erfüllt ist ...

2.) Die deutsche Unterstützung des Völkermordhandlungen, insbesondere durch Rüstungslieferungen, Material- und Ausbildungshilfen sowie Geheimdienstzusammenarbeit usw. stellt sich als Beihilfe im Sinne von § 27 StGB dar. Beihilfe ist die vorsätzliche Unterstützung einer fremden, vorsätzlich begangenen und rechtswidrigen Tat ...

In Frankfurt hat die PDS die linke Bündnispolitik zurückgeworfen, indem sie die DKP aus der mit dem Anspruch einer „linken Stadtopposition“ auftretenden Ökologischen Linken Liste ausgegrenzt und die anti-grüne Stoßrichtung dieses Bündnisses mitgetragen hat — wir berichteten darüber in Nr. 24/92 und 4/93. Die DKP Frankfurt hatte, um die Zersplitterung der Frankfurter Linken nicht noch mehr zu verstärken, auf eine eigene Kandidatur verzichtet und auf ihrer Kreismitgliederversammlung am 8.10.92 einen aktiven Wahlkampf „gegen eine drohende Mehrheit der Rechten von CDU über REPs bis NPD und FWF im Römer“ beschlossen. Neben der weiteren programmatischen Arbeit an einem kommunalpolitischen Forderungsprogramm, das in großer Auflage in Frankfurt verteilt wurde, unterstützte die DKP vor allem antifaschistische Bündnisse. In der letzten Woche vor dem Wahlkampf wird stadtweit ein Flugblatt mehrerer antifaschistischer Kräfte gegen die stärkste der kandidierenden faschistischen Parteien, die „Republikaner“ verteilt. Darüber hinaus hatte die DKP beschlossen, „weiter für eine linke Stadtopposition, für eine antikapitalistische, antifaschistische Politik gemeinsam mit anderen Linken in Frankfurt“ zu wirken. Es gab Gespräche mit PDS, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD und BWK, ohne daß bisher ein „runder“ oder „roter“ Tisch zustandegekommen wäre.

Erfreuliche Entwicklungen außerhalb von Frankfurt

Während die PDS Hessen sich in den letzten Monaten fast vollständig auf Frankfurt konzentrierte, hat die DKP in vielen anderen hessischen Kommunen eine differenzierte linke Bündnispolitik betrieben. Der hessische Bezirksvorstand hatte es in seinem Beschluß am 28.9.1991 den Ortsgruppen freigestellt, auf DKP-Listen, offenen Listen oder linken Bündnislisten zu kandidieren.

Dieser Politik ist es mit zu verdanken, daß es am 7.3. folgende linke Bündnis-Kandidaturen gibt:

- „Alternative Linke Liste Hessisch Lichtenau“;
- „Marburger Linke“;
- „Arbeitskreis Umwelt und Frieden“ in Mainz-Kastell,
- „Bunte Liste“ in Malsfeld,
- „Linke Bürger-Liste“ in Gersfeld,
- „Demokratisches Bündnis“ im Ortsteil Wächtersbach-Wittgenborn
- „Niemand“ in Offenbach.

Offene Listen der DKP gibt es in Mörfelden-Walldorf und Neuburg. In Reinheim, Langenselbold, Dietzenbach und Maintal kandidieren DKP-Listen, teilweise auch mit Nicht-Mitgliedern. Besonders hervorzuheben ist, daß die DKP in Langenselbold seit vier Jahren mit der SPD eine Koalition gebildet hat und wie in Mörfelden einen Stadtrat stellt. In Reinheim, einem Ort mit langer kom-

Kommunalwahlen in Hessen: Stand der linken Bündnispolitik

munistischer Tradition, gibt es 20 Kandidat/innen, davon 6 Parteilose.

Insgesamt bestehen Chancen, daß in Hessen bei den Kommunalwahlen das DKP-Ergebnis von 1989 eingestellt wenn nicht sogar durch breitere Bündnisse überboten und erneut in mehreren Kommunen außerhalb Frankfurts die 5%-Hürde übersprungen wird. Alle Bündnisse und Listen (außer ÖkolinX in Frankfurt) haben massiven Wahlkampf gegen die Faschisten betrieben. Es ist zu hoffen, daß sich dies auch auf das Wahlergebnis auswirkt.

Linkes Wahlbündnis in Marburg

Zur Kommunalwahl am 7. März wird in Marburg ein Wahlbündnis mit dem Namen „Marburger Linke“ antreten. In ihm haben sich zusammengeschlossen:

1. Eine „Bunte Liste“, die bereits im Dezember 1991 gegründet wurde,
2. ein „Projekt Ökologische Linke“, dessen Mitglieder teilweise der „Ökologischen Linken“ verbunden sind,
3. die DKP,
4. linke Einzelpersonen, insbesondere Mitglieder der GEW und Aktive aus antifaschistischen Bündnissen.

Die DKP hat in der Stadtverordnetenversammlung derzeit noch vier Mandate. Sie wird zugunsten der „Marburger Linken“, auf deren Wahlvorschlag sie mit drei Mitgliedern vertreten ist, auf eine Einzelkandidatur verzichten.

Das neue Bündnis hat sich seit 1989 allmählich aus den kommunalpolitischen Auseinandersetzungen mit der 1991 schließlich geplatzten Koalition aus SPD und Realo-Grünen entwickelt. Zentraler Konfliktpunkt waren die von dem rosa-grünen Magistrat betriebene Räumung und der Abriss von Wohnungen und Kulturraum in der Stadtmitte („Biegeack“) zugunsten eines überflüssigen Prachthotels. Gegner dieses Projekts aus dem autonomen Spektrum schlossen sich 1991 der „Bunten Liste“ an und gehören über diese ebenfalls zu dem neuen Aktions-Zusammenhang „Marburger Linke“.

Zu den Aufgaben des Bündnisses gehören: Verhinderung des Spekulationshotels; Kampf um eine autofreie Innenstadt; Widerstand gegen die Privatisierung der Stadtwerke; Wachsamkeit gegen Ausländerfeindlichkeit, nachdem seit Dezember 1992 ein Lager für Asylsuchende in einer ehemaligen Kaserne eingerichtet wurde.

Georg Fülberth in „Gießener Echo“, Januar 1993, Zeitung der DKP Gießen

Alternative Liste Hessisch Lichtenau

Am 14. 8. 92 hat sich in Hessisch Lichtenau die „Alternative Liste HeLi“ (ALH) gegründet. ... Die ALH will sich als fortschrittliche Alternative zu den etablierten Parteien SPD und CDU darstellen und um Wählerstimmen werben. ... Die Alternative Liste wünscht sich eine offene Arbeit mit interessierten Personen, mit oder ohne politische Zugehörigkeit, die die gute regionalpolitische Arbeit der ehemaligen DKP-Fraktion fortsetzt. Unterschiedliche Auffassungen in politischen Grundfragen sind sicherlich vorhanden — dennoch sind sich alle Beteiligten einig, daß es eine Fülle von Gemeinsamkeiten in der Kommunalpolitik gibt. ... Die Alternative Liste HeLi setzt sich aus ehemaligen und verbliebenen DKP-Mitgliedern, Personen aus Bürgerinitiativen und anderen politisch Interessierten zusammen.

Gründungsankündigung der ALH in: „Lichtenauer Tatsachen“, Oktober 1992

Linke Bürger-Liste Gersfeld: Anwalt der „kleinen Leute“

Wir, die Linke Bürger-Liste, sind Frauen und Männer aus Gersfeld mit unterschiedlichen Interessen und Berufen, die sich zu einer offenen Liste zusammengeschlossen haben. ...

Sorgen, die uns und unsere Familien tagtäglich belasten: Preiserhöhungen, höhere Steuern, Gefährdung unserer Renten, Mißstände bei der Betreuung unserer Kinder, Angst um den Arbeitsplatz, höhere Gebühren und zusätzliche Belastungen der Bürger durch die kommunalen Vertreter, durch Geldbeschaffungspolitik für Land und Bund (Grundwasser-, Schmutzwasserabgabe u.s.w.).

Wir, die Kandidaten der Linken Bürger-Liste, wollen uns diesen Problemen stellen und als Anwälte der „kleinen Leute“ wirken. ...

aus: „Rhön Report“, Zeitung der Linken Bürger-Liste Gersfeld, Januar 1993

„Niemand vertritt unsere Interessen, wenn wir ...

... das nicht selber tun. Wählt Niemand!“ Unter dieser Losung haben sich in Offenbach Leute aus der autonomen Szene, aus verschiedenen Initiativen, Parteilose, aus der DKP und der PDS zu einem Wahlbündnis zusammengeworfen und betreiben einen munteren Wahlkampf gegen die seit Jahren in Offenbach existierende CDU-SPD-Koalition. Besonders ins Auge fallen die ori-

ginellen Plakate des Bündnisses. Ein angestrebtes Wahlbündnis mit den Grünen war aufgrund der Weigerung der Grünen nicht zustandegekommen. Unter der Losung „Wählt Niemand!“ ist ein Bündnis von Autonomen, die eher einen Wahlboykott vertreten, und anderen Linken gelungen. Veranstaltungen zur Asyl- und Ausländerpolitik, gegen die Republikaner, zur Wohnungsnot und zur Situation Jugendlicher in Offenbach waren geplant. Im folgenden dokumentieren wir zwei im Bündnis vertretene Positionen.

... Dabei ist die parlamentarische Betätigung ein Mittel, Politik umzusetzen. Ein Netzwerk außerparlamentarischer Aktivitäten in vielen Bereichen könnte Katalysator, Kontrolleur und Basis fortschrittlicher parlamentarischer Politik sein. ... Wahlenthaltung schwächt die wenigen fortschrittlichen Menschen, die ihre Politik an den Nöten und Bedürfnissen von Mensch und Umwelt ausrichten und kann darüber hinaus den Reaktionen den Sprung ins Stadtparlament bringen. ...

... Schreibt euch euer eigenes, individuelles, politisches Programm, schließt euch mit Leuten, notfalls auch auf der Basis des „kleinsten gemeinsamen Nenners“ zusammen, organisiert den Widerstand, schlägt Krach, meckert laut und unterstützt euch gegenseitig. ... Laßt euch nicht in Parlamenten kanalisieren und fixiert euch nicht auf die Wahl! Die politischen Entscheidungen fallen zwischen den Wahlen, und die wirklich wichtigen Dinge regelt niemals das Parlament.

Wählt, wenn ihr denn (aus Gewohnheit oder Zwang) schon wählt, Niemand, die „Liste“ des Offenbacher Oppositionsbündnisses. ...

Zitate aus: „Offenbacher Blätter“, Nr. 16, Jan./Febr. 93, Initiative Gegenöffentlichkeit

Kreis Bergstraße: Initiative auf Grüner Liste

Im südlichsten hessischen Kreis kandidieren keine linken Parteibündnisse. Allerdings hat die Grüne Liste Bensheim auf ihrer Liste Mehmet Korkusuz stehen, der seit über acht Jahren bei der Bergstraße Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit mitarbeitet. Er wurde vom Wahlausschuß wieder von der Liste gestrichen — wegen der unpassenden Staatsbürgerschaft.

Die Grünen haben auf ihre Liste für den Kreistag auf den dritten Platz Rainer Scheffler aufgenommen, der kein Mitglied der Grünen ist. Er ist seit über zehn Jahren Sprecher der Bergstraße Initiative

gegen Ausländerfeindlichkeit. Damit haben die Grünen sozusagen personell anerkannt, daß die Umsetzung von Koalitionsvereinbarungen (im Kreis gibt es bislang eine Koalition aus SPD und Grünen) zu Mindeststandards in den Asylunterkünften und zur Versorgung der Asylbewerber sowie zur Bildung und Unterstützung von Ausländerbeiräten bislang nicht ausreichend war. Bei den letzten Kreistagswahlen hatte die Bergstraße Initiative für die Koalitionsverhandlungen ein Forderungspaket erarbeitet (Einhaltung von Mindeststandards in den Asylunterkünften, Untersuchung und Begehung der Unterkünfte zur Klärung von Sicherheitsstandards, Schaffung einer Stelle für eine/n Ausländerbeauftragte/n u.a.). Die SPD hatte allem zugestimmt und nach zwei Jahren war lediglich die Ausländerbeauftragte eingestellt.

Zur Kandidatur der REP für den Kreistag führte die „Initiative“ am 13.2.92 eine Veranstaltung durch, bei der das Programm behandelt wurde. Außer zum Kreistag kandidieren die Reps lediglich in der Kommune Biblis. Bislang haben sie den Versuch unterlassen, öffentliche Veranstaltungen im Kreisgebiet durchzuführen.

Quellen: UZ 4/93 vom 19.2.93, Frankfurter Info, Offenbacher Blätter, Rhönreport, Lichtenauer Tatsachen, blickpunkt Mörfelden, Gießener Echo, Unser Weg Reinheim, Der rote Selbolder, Main-Kinzig-Zeitung, Marburger Virus, diverse Ausgaben — (cog, gst)

Termine

27./28.2. Konferenz für eine „Internationale Kampagne zur Verteidigung des Lebens von Abimael Guzman“ (verhafteter Vorsitzender der peruanischen Organisation „Leuchtender Pfad“ in Duisburg. Nähere Informationen über: I.E.C. Unterstützer in Deutschland, Telefon 030/6 12 74 91, Fax 030/6 11 50 21.

März Voraussichtlich 2. und 3. Lesung des neuen Asylrechtsartikels 16a im Grundgesetz im Bundestag. Geplant ist von verschiedenen Trägerkreisen u.a. eine Demonstration in der Bannmeile vor dem Bundestag. Außerdem soll ein öffentliches Hearing stattfinden. An vielen Orten bereiten lokale Bündnisse die Aktionen vor.

13./14.3. 13. ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz des BWK in Köln.

20./21.3. Treffen der Arbeitsgemeinschaft Ost-West-Solidarität im Gesundheitswesen bei Stuttgart. Themen u.a.: Statistische Unterlagen zu den Ursachen der „Kostenexplosion“ im Gesundheitswesen. Anmeldung: GNN-Verlag, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz

20./21.3. Außerordentliche zentrale Delegiertenkonferenz der VSP zur Klärung des Verhältnisses von VSP und IV. Internationale. Beginn 12 Uhr, in Duisburg.

28.3. Linke Opposition in Baden-Württemberg. Landesweites Treffen am 28. März. Geplant ist eine Fortsetzung der Diskussion der Arbeitsgruppen: Wirtschafts- und Sozialpolitik; Antifaschismus und Antirassismus; Wohnungspolitik; Großmachtspolitik der BRD. Stuttgart, Clara-Zetkin-Waldheim Sillenbuch, Gorch-Fock-Straße, Beginn 10 Uhr.

8.5. Frühjahrstagung der GNN-Verlage, Jugendgästehaus, Köln.

9.5. Frühjahrskonferenz des Arbeitskreises Politische Berichte. Jugendgästehaus, Köln.

25.5. bis 2.6. Bundesweite Aktionstage gegen Rassismus in den Medien. Vorschlag der Zeitung *Interim* für örtliche Aktionen.

29.7. bis 4.8. „Linke Sommerschule“ 1993: 30. Juli (Anreise 29.7.) bis 3. August (Abreise 4. August); Kinderbetreuung wird diesmal angestrebt. — Die Themen der Kurse stehen noch nicht fest; die Beteiligung weiterer linker Kräfte ist erwünscht.

16./17.10. Herbstkonferenz der 13. Bundesdelegiertenkonferenz des BWK in Köln.

Zentraler Roter Tisch diskutiert über Programmatik und Wahlen

Am 13. Februar diskutierten in Hannover auf Einladung des Zentralen Roten Tisches Mitglieder unterschiedlicher sozialistischer Organisationen über den Stand der sozialistischen Programmdiskussion. Ebenfalls kam es zum Disput über die daraus folgenden Verhaltensweisen bei den anstehenden parlamentarischen Wahlen.

Kurzreferate wurden gehalten von Vertretern der PDS, der Kommunistischen Plattform in der PDS, der KPD (Ost), der DKP, des Arbeiterbunds (nach kurzem Disput, wer das Original sei, kamen beide Richtungen des Arbeiterbunds zu Wort) und des BWK.

Andre Brie von der PDS-Programmkommission, die mit etlichen Mitgliedern anwesend war, stellte das kurz zuvor auf dem PDS-Parteitag verabschiedete Parteiprogramm vor. Das Programm sei auf praktisch-politische Fragen ausgerichtet und mache keine theoretisch-ideologische Richtung zur Voraussetzung der Zustimmung. Als eine Aussage gelte, daß der Satz „die freie Entfaltung des Einzelnen ist die Bedingung für die freie Entfaltung Aller“ sozialistisches Streben beschreibt und im Widerstand gegen Unterdrückung durchgesetzt werden muß. Dabei sei ein anderes Verständnis von „Subjekt“ entwickelt worden, als es der Tradition entspricht. Es soll nicht Bewußtsein „von

außen“ in die handelnden Kräfte hineingetragen werden, sondern Bewußtsein werde gefaßt als Selbst-Bewußtsein, als Selbst-Organisation. Emanzipation ließe sich am besten mit Selbstbefreiung übersetzen, sagte Brie. Organisationen, wie sie konkret da seien, müßten vernetzt werden. Das PDS-Programm wolle aus der Alltagswelt heraus werben für Veränderung. Es sei auch ein Beitrag zur Kommunikation gegen die stattfindende Kulturzerstörung.

Für die DKP sprach Heinz Stehr zu den ebenfalls neuen Programmentwürfen der DKP, in denen im Unterschied zur PDS-Programmatik wie ehemals der Führungsanspruch der Partei reklamiert wird.

Der Sprecher der Kommunistischen Plattform sagte, daß er gegen den Programmentwurf gestimmt hätte, es dazu bei ihnen aber unterschiedliche Auffassungen gäbe. Die Kommunistische Plattform sähe ihren Platz aber weiter innerhalb der PDS.

Die Vertreter des BWK traten für eine gemeinsame sozialistische Programmdiskussion „von unten“ und linke Wahlbündnisse bei den kommenden Wahlen ohne Ausgrenzungen ein.

Die Diskussion über programmatische Fragen drehte sich um die Probleme: Ist die Vorstellung einer Avantgarde-Partei haltbar? Welche Folgen hat

die soziale Differenzierung der modernen, bundesdeutschen Gesellschaft für sozialistische Politik — wie ist die Stellung zu den Grünen? Was sagen wir zur Herausbildung eines EG-Staates und damit zur EG-Wahl?

Kritik gab es von verschiedenen Seiten an der PDS-Wahltaktik zu den Frankfurter Kommunalwahlen. Ein PDS-Mitglied aus Frankfurt bestätigte, daß die im PDS-Ökolo-Bündnis versammelten Persönlichkeiten nichts mit DKPern zu tun haben wollten wegen alter Wunden etc. Die Frage blieb offen, wie diese Ausgrenzung mit dem neuen PDS-Programm zusammenpasse, ebenso, ob die PDS gedenke, bei den weiteren Wahlen so etwas zu lassen.

Der nächste Zentrale Rote Tisch soll im Mai stattfinden. — (gka)

PDS zu Wahlkämpfen

Der Pressedienst des PDS-Parteivorstandes druckt in seiner neuesten Ausgabe das „Beschlufsprotokoll der 1. Sitzung des Zentralen Wahlbüros der PDS“. Wir dokumentieren Auszüge: Die 1. Sitzung des Zentralen Wahlbüros der PDS diskutierte am 16. Februar in Berlin Grundzüge der Wahlstrategie der PDS zu den Wahlen 1994 sowie inhaltliche und organisatorische Fragen des

Wahlkampfes und der Arbeit des Zentralen Wahlbüros.

Nicht, um das beliebte Spiel der Ersetzung von Beschüssen und ihrer Verwirklichung durch Diskussionsrunden zu spielen, sondern um die sofortige praktische Arbeit einzuleiten, wurde die Bildung folgender Arbeitsgruppen beschlossen:

- a) Aufbau einer bundesweiten Struktur für die Wahlkampfführung bis in die Kreise hinein
- b) Bildung eines Büros für ungewöhnliche Maßnahmen, einschließlich origineller Plakat- und Flugblattaktionen
- c) Arbeitsgruppe für ein Medienmarketing
- d) Arbeitsgruppe zur Unterstützung von Wahlkampf- und Werbeaktionen in den alten Bundesländern
- e) Vorbereitung und Organisation einer Künstlertournee für den PDS-Wahlkampf
- f) Arbeitsgruppen zur Ausarbeitung des Wahlprogramms zu den Europawahlen und zu den Bundestagswahlen
- g) Analyse möglicher sozialer und politischer Zielgruppen, Konsequenzen für Wahlkampfhalte
- h) Analyse der Politik und Strategie anderer Parteien

... Die zweite Sitzung des Zentralen Büros wird am 24. März, 10.00 Uhr, mit folgender Tagesordnung stattfinden:

1. Diskussion und Beschluß des Arbeitsplans des Wahlbüros bis September 1993
 2. Brain storming, freie Diskussion von Ideen für alle Aspekte des Wahlkampfes
- Quelle: PDS-Pressedienst Nr. 7, 19.2.1993

Wir waren und bleiben Neinsager — Leo Löwenthal zum Abschied

„Sometimes he was surprised that the vital reservoir could still contain anything at all after all those years of loss.“ (Giuseppe di Lampedusa, *The Leopard*)

In den 60er Jahren fand zwischen den Philosophen Ernst Bloch und Theodor W. Adorno ein Rundfunkgespräch zum Thema „Utopie“ statt. Die Denker, beide in der Tradition eines materialistischen Humanismus, ließen in ihrem Gespräch eine Frage zu, die dem Marxisten unverständlich scheint, die aber doch aus marxistischer Perspektive gestellt wurde: Gehöre zur Utopie auch die eines Lebens, das einmal ohne Tod sein wird? Die Frage wurde bejaht, doch nicht die medizinische Beseitigung des Todes war gemeint, sondern die radikale Negation dessen, was in dieser Gesellschaft Tod ist.

Leo Löwenthal schien dieser Utopie ein Bild zu geben: Mit seinen über 90 Jahren dachte er buchstäblich noch an alles, nur nicht an seinen eigenen Tod. Und doch: Leo Löwenthal erlag am 21. Januar einer Lungenentzündung.

Geboren wurde Löwenthal 1900; beeinflusst von seinem aufklärerischen Elternhaus gewinnt er als Jugendlicher Interesse an den Revolutionen, die den Kapitalismus erschütterten und schließlich einen ersten sozialistischen Staat, die Sowjetunion, in Aussicht stellten. Wie viele jüdische Intellektuelle sieht auch Löwenthal in der Marxschen Theorie eine Alternative zum orthodoxen Glauben, wenngleich sich in seinem Werk durchaus religiös-messianische Elemente finden lassen. Eine Gemeinsamkeit, die den theoretischen Horizont seiner späteren Freunde und Kollegen markiert: Zusammen mit Max Horkheimer, Adorno, Erich Fromm und Herbert Marcuse ist Löwenthal am Aufbau des „Frankfurter Institut für Sozialforschung“ beteiligt. Unter der Direktion von Horkheimer bemüht man sich um die theoretische Fortführung des Marxismus, sowohl gegen die doktrinen Verzerrungen des Stalinismus wie auch gegen liberal-bürgerliche Vereinnahmungsversuche durch die Sozialdemokratie.

Auf der Grundlage der Kantischen Erkenntnistheorie, der Hegelschen Geschichtsphilosophie, der Freudschen Psychoanalyse und schließlich der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie wurde entwickelt, was später unter dem Namen „Kritische Theorie“ berühmt werden sollte. Allerdings sollte es nie so programmatisch verstanden werden, wie es heute verstanden wird: „Kritische Theorie“ sagten wir damals nicht, und der Gedanke einer

„Schule“ lag uns gewiß ganz fern. Wir waren und blieben Neinsager in der Tradition von Hegels bestimmter Negation.“ (1)

Der Faschismus zwang das Institut und seine Mitglieder zur Emigration, zunächst nach Genf, dann in die Vereinigten Staaten, wo Löwenthal bis zu seinem Tod lebte.

Jenseits der wissenschaftlichen Arbeitsteilung

Für die kritische Theorie, die die akademische Arbeitsteilung des Denkens in Teildisziplinen überwinden wollte, um so eine umfassende Theorie der Gesellschaft zu entwerfen, ist Löwenthal wohl selber das beste Beispiel: Seine Literatursoziologie steht jenseits von Germanistik und Soziologie; theoretisch bahnbrechend war eine Arbeit zu Knut Hamsun, in dessen Werk Löwenthal präfaschistische Tendenzen nachgewiesen hat; tatsächlich sollte sich Hamsun später offen zum Nationalsozialismus bekennen. Literatur verstand Löwenthal als Quellenmaterial für Gesellschaftsanalyse. Besonders in literarischen Charakteren sah er die Zerrissenheit des modernen bürgerlichen Subjekts dargestellt. „Die Literatur ist die einzige zuverlässige Quelle für das Bewußtsein und das Selbstbewußtsein des Menschen, für sein Verhältnis zur Welt als Erfahrung... Gute Literatursoziologie, so meine ich, interpretiert, was am weitesten von der Gesellschaft entfernt zu sein scheint, als den wahren Schlüssel zur Gesellschaft und besonders zum Schlechten an der Gesellschaft.“ (2)

In dem Aufsatz „Die biographische Mode“ untersucht er dieses Verhältnis von literarischem und gesellschaftlichem Individualismus anhand des wachsenden Interesses an Lebensläufen und deren novellistischen Überhöhungen. Wohl eine der aktuellsten literatursoziologischen Arbeiten, die sich jetzt erst vollständig zu entfalten scheint. Ein Blick auf den gegenwärtigen Buchmarkt zeigt das, der mit Biografien von als Zeitzeugen verkauften Menschen übersättigt ist, mit denen glauben gemacht werden soll, die Geschichte würde von den Leistungen von Einzelnen abhängen. Ganz davon abgesehen, daß damit eine ungeheure Psychologisierung von Literatur und Gesellschaft verbunden ist, die die geschichtliche Erfahrung von Klassen zu individuellen Schick-

salen machen soll. Nur scheinbar wird die Literatur zum Statthalter menschlicher Autonomie, in Wahrheit ist sie Ausdruck von Entfremdung und Vereinzelung der Menschen. Als ein Element der Massenkultur ersetzt sie schließlich die Solidarität und Kollektivität der Menschen.

Studien zum autoritären Charakter

Eine zweite große Abteilung in Löwenthals Werk bilden Untersuchungen zum Autoritarismus, wie er sowohl im Nationalsozialismus als auch in der amerikanischen Massendemokratie seinen Ausdruck fand. Zu der „Dialektik der Aufklärung“ von Adorno und Horkheimer steuerte er Studien zum Antisemitismus bei. Zu den berühmten Untersuchungen des Instituts über den autoritären Charakter zählt sein Buch „Falsche Propheten“. Eine der ersten Reaktionen auf die Massenvernichtung durch die Nationalsozialisten bildet der Thesen-Aufsatz von 1945 „Individuum und Terror“. „Es gibt eine weitverbreitete Ansicht“, schreibt Löwenthal dort, „derzufolge faschistischer Terror eine vorübergehende geschichtliche Phase sei, die glücklicherweise nun hinter uns liegt. Ich kann mich dieser Ansicht nicht anschließen, sehe den Terror vielmehr als tief in der Dynamik moderner Zivilisation und besonders moderner Wirtschaftsorganisation verwurzelt.“ (3)

Die Gegenwart: eine unbewältigte Vergangenheit

Der Ansicht, daß der Nationalsozialismus endgültig aus der Welt sei, konnte sich Löwenthal auch 1989 nicht anschließen, als selbst maßgebliche Teile der Linken sich in deutscher Vereinigungseuphorie befanden: Er warnte vor dem Neofaschismus, wofür er auf Vorträgen selbst in Tel Aviv belächelt wurde. Die akademische Sorglosigkeit sollte eines Besseren belehrt werden, was sie aber bis heute nicht wahrhaben will. Vielleicht auch ein Grund, weshalb Löwenthals Schriften bisher nur eine spärliche Rezeption in der Fachwelt

1978, bei einer Gedenkfeier für seinen gerade verstorbenen Freund Herbert Marcuse, meinte ein ehemaliger Mitarbeiter Marcuses und Löwenthals im amerikanischen Office of War Information, mit Marcuse sei der letzte deutsche Professor gestorben. Löwenthal, der die Todesfeier moderierte, sprang auf und sagte...: „I am the last German Professor!“ (aus: *Frankfurter Rundschau*, 25. 1. 1993)

Mit Leo Löwenthal ist nun der letzte aus dem innersten Kreis der „Kritischen Theorie“ dahingegangen. (aus: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25. 1. 1993)

Bild: Leo Löwenthal 1986 in Berkeley, USA



erfahren haben. Sein Beharren darauf, daß der faschistische Terror nach 1945 eine Gesellschaft hinterlassen hat, die die Menschen, Opfer wie Täter, „in absoluter materieller und geistiger Abhängigkeit“ hält (4), paßt nicht in den Betrieb. Folgen, wie sie heute wieder sichtbar werden, sind „hochmütige Reserviertheit einerseits und liebdennerische Unterwürfigkeit (der Deutschen, sowie) Rückfall in eine infantile Kollektivität.“ (5) Löwenthals sozialphilosophische Untersuchungen stören in einem Geistesbetrieb, der das Ende der Geschichte postuliert, oder im Zuge einer Ästhetisierung der Politik das Zeitalter der Postmoderne feiert. Dieses ist für Löwenthal ein Relativismus, gegen den er bis in die letzten Tage argumentierte. Mit Bestürzung verfolgte er die allgemeine Tendenz, daß die geisteswissenschaftliche Beliebtheit offensichtlich nicht davor zurückschreckt, sich der Arbeiten seines Freundes Adorno oder vor allem auch Walter Benjamins zu bedienen.

Helmut Dubiel resümierte in seinem Nachruf auf Löwenthal, daß mit ihm der „letzte große Repräsentant einer um die Jahrhundertwende geborenen Generation deutsch-jüdischer Intelligenz“ gestorben sei. „Diejenigen, die an ihrem Beispiel und ihren Schriften die klare Sicht und den aufrechten Gang übten, können sich von nun an nur noch auf ihre eigene Kraft verlassen.“ (6) Recht hat Dubiel. Und zu erwarten ist, daß das kritische Denken den Vereinnahmungs-

tendenzen selbsternannter Nachlaßverwalter unterliegen wird, wenn die eigene Kraft der Reflexion sich nicht auf die Dimension ihres Erbes besinnt: Keineswegs ginge es um bedingungslose Fortsetzung einer Schule; das widerspräche dem Projekt der kritischen Theorie. Vielmehr geht es um die kritische Fortsetzung des Denkens selbst, das im heutigen Wissenschaftsbetrieb so rar geworden zu sein scheint.

Schließlich ein Freund

Soll Denken aber nicht bloß jene technokratische Verwaltungssoziologie der Moderne sein, sondern vom kritischen Engagement des Forschers getragen werden, dann hat Löwenthal etwas hinterlassen, was wohl als kostbarstes Erbstück gehandelt werden kann: Die, die Löwenthal gekannt haben, kannten ihn zugleich als Freund. Vor jeder institutionelle Eingefahrenheit des Geistes stellte Löwenthal den persönlichen Dialog, das Gespräch.

Nicht zuletzt sind auch diese Zeilen Ergebnis eines solchen gedanklichen Austauschs; was ursprünglich als Gespräch mit Löwenthal veröffentlicht werden sollte, wurde von höheren Instanzen verhindert, an die Löwenthal nie glaubte. Mithin, es gilt ein Denken lebendig zu hal-

ten, das den Tod verweigert; ein Denken, das zumindest über die Sterblichkeit hinaus dem geistigen Kältetod der Menschen widerstreitet.

Über die Zeit vor dem Nationalsozialismus sagte Löwenthal einmal, er handelte „als guter alter Marxist nach dem Prinzip... zu Hause mit der Kritik anzufangen, und Deutschland hat mich damals um den Schlaf gebracht.“ (7) Hat Löwenthal auch mittlerweile seinen Schlaf gefunden, die Zustände mahnen weiter zur Wachheit. Sie mahnen uns, die wir noch hier geblieben sind, als Neinsager zu bleiben. — (rob)

Anmerkungen:

- 1) Literatursoziologie im Rückblick. Schriften 4, Seite 91
- 2) ebd., Seite 93
- 3) Individuum und Terror, Schriften 1, Seite 163
- 4) ebd., Seite 170
- 5) ebd., Seite 170 f.
- 6) Dubiel, Herr des klaren Denkens, in: *Die Zeit*, 29. 1. 93
- 7) „Mitmachen wollte ich nie“, Schriften 4, Seite 277

Quellenhinweis:

Leo Löwenthal, Schriften Band 1 bis 5, als Taschenbücher: Frankfurt/M. 1990
„Mitmachen wollte ich nie“, Gespräche mit Helmut Dubiel, Frankfurt/M. 1980
Martin Jay, (Hg.), *An unmastered Past: The autobiographical reflections of Leo Löwenthal*, Berkeley 1987
Michael Kausch, *Erziehung und Unterhaltung. Leo Löwenthals Theorie der Massenkommunikation*, Göttingen 1985 (enthält umfangreiche Bibliografie Löwenthals)

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Halbjahres-/Jahresabo (32,50 bzw. 65,- DM je Einzelabo)
- ☐ im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo)
- ☐ Halb-/Jahresabo für neue Länder (19,50 bzw. 39,- DM im Jahr)

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank) (Unterschrift)

Einsetzen an: GNN, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

5/93

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7. Tel.: 0221/21 64 42. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 6800 Mannheim 1), Jörg Deijen (über: GNN, Postfach 260 226, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 8000 München 2), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz), Werner Thümler (über: GNN, Czerninski Str. 5, W-1000 Berlin 62). Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 114 43 36 00.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 65,- DM (Förderabo 78,-

DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,20 DM; das Halbjahresabo kostet 19,50 DM/Jahresabo 39 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Dellen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront. AGMe, des NH Chemische Industrie. AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260 226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westfalen, Czerninski Str. 5, 1000 West Berlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1
GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Schwanthaler Str. 139, 8000 München 2

für Bezieher aus Ostdeutschland

GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz